

Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

13.

Beitritt des Kantons Graubünden zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat

Chur, den 7. Januar 2020

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft zum Beitritt des Kantons Graubünden zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat (GSK; BR 935.700 und 935.710).

Das Wichtigste in Kürze

Vorbemerkungen

Am 1. Januar 2019 ist das eidgenössische Geldspielgesetz in Kraft getreten. In diesem Gesetz hat der Bund das Spielbankengesetz sowie das Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbmässigen Wetten zusammengeführt. Das Geldspielgesetz hat zum Ziel, die Bevölkerung angemessen vor den Gefahren, die von Geldspielen ausgehen, zu schützen und sicherzustellen, dass Erträge aus Geldspielen zugunsten der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Zudem sollen auf dessen Grundlage die Kriminalität im Bereich des Geldspiels und das illegale Geldspiel effektiver bekämpft werden können. Das Geldspielgesetz, das auf Bundesebene in drei Verordnungen konkretisiert wird, enthält gewichtige Neuerungen.

Diese Änderungen wirken sich auf das kantonale Geldspielrecht aus. Im Kanton Graubünden ist dieses derzeit auf Gesetzesebene im Gesetz über das Lotteriewesen sowie im Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe geregelt. In Artikel 6 des Sportförderungsgesetzes und Artikel 38 des Finanzhaushaltsgesetzes werden zudem die Grundsätze festge-

legt, nach denen die dem Kanton Graubünden von der Swisslos zufließenden Reingewinne zu verteilen sind. Auf interkantonaler Ebene gilt für den Kanton Graubünden ferner die Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien (sog. Lotteriekonkordat) und die Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien (IVLW). Die beiden erstgenannten Gesetze sowie die vorgenannten interkantonalen Vereinbarungen enthalten zahlreiche Bestimmungen, die im Widerspruch zum neuen eidgenössischen Geldspielrecht stehen und deshalb revidiert werden müssen.

Die Regierung hat zu diesem Zweck drei Vorlagen ausgearbeitet, über die der Grosse Rat und im Fall eines Referendums die Bündner Stimmbevölkerung gesondert entscheiden können. Hierbei handelt es sich um die Botschaft betreffend den Beitritt des Kantons Graubünden zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat, die Botschaft betreffend den Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen und die Botschaft betreffend den Erlass eines Geldspielgesetzes des Kantons Graubünden.

Gesamtschweizerisches Geldspielkonkordat

Durch das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat wird die IVLW an das neue eidgenössische Geldspielrecht angepasst. Zugleich soll die interkantonale Organisation revidiert werden, um den neuen Herausforderungen im Bereich des Geldspielrechts besser begegnen zu können. Schliesslich sollen in der Praxis zu Tage getretene Schwierigkeiten beseitigt werden.

Hierzu werden die bisherigen interkantonalen Organe reorganisiert und zwei mit eigener juristischer Persönlichkeit ausgestattete, interkantonale Trägerschaften geschaffen. Hierbei handelt es sich zum einen um die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele, der die Fachdirektorenkonferenz Geldspiele (FDKG), die Revisionsstelle und das Geldspielgericht angehören werden, zum anderen um die Geldspielaufsichtsbehörde (GESPA), welche die derzeitige interkantonale Zulassungsbehörde Comlot ersetzen wird. Mit diesen Regelungen schaffen die Vereinbarungskantone die Voraussetzungen, damit auf ihren Kantonsgebieten weiterhin Grossspiele durchgeführt werden dürfen.

Das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat wird mit seinem Inkrafttreten die IVLW ablösen. Gleichzeitig wird die gestützt auf die IVLW erlassene Zusatzvereinbarung aufgehoben werden. Das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat tritt in Kraft, sobald ihm 13 Kantone beigetreten sind.

1. Vorbemerkungen

Am 11. März 2012 haben Volk und Stände den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» angenommen (vgl. Art. 106 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 [BV; SR 101]). Die sich daraus ergebenden verfassungsrechtlichen Vorgaben hat der Bund mit dem Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS; SR 935.51) umgesetzt, das vom Parlament am 29. September 2017 verabschiedet wurde und am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist. In diesem Gesetz wurden das Spielbankengesetz sowie das Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten zusammengeführt. Damit regelt der Bund das Geldspielrecht neu in einem einzigen Gesetz.

Konkretisiert werden die sich aus dem Geldspielgesetz ergebenden Vorgaben auf Bundesebene in der Verordnung vom 4. November 2018 über Geldspiele (Geldspielverordnung, VGS; SR 935.511), der Verordnung des Eigenössischen Justiz- und Polizeidepartements über die Sorgfaltspflichten der Veranstalterinnen von Grossspielen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung vom 7. November 2018 (Geldwäschereiverordnung EJPD, GwV-EJPD; SR 955.022) und der Verordnung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 7. November 2018 über Spielbanken (Spielbankenverordnung EJPD, SPBV-EJPD; SR 935.511.1). Diese Verordnungen sind – mit Ausnahme der Regelungen zu den Zugangssperren – gleichzeitig mit dem Geldspielgesetz in Kraft getreten.

1.1 Ziele und Inhalt des neuen eidgenössischen Geldspielrechts

Das neue eidgenössische Geldspielrecht bezweckt, die Bevölkerung angemessen vor den Gefahren, die von Geldspielen ausgehen, zu schützen und sicherzustellen, dass die Erträge aus Geldspielen zugunsten der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden. Zudem sollen auf dessen Grundlage die Kriminalität im Zusammenhang mit den Geldspielen und das illegale Spielangebot besser bekämpft werden können. Diese regulatorischen Ziele sollen in erster Linie durch die Zulassung eines attraktiven, aber sozialverträglich ausgestalteten Spielangebots und die gleichzeitige Bekämpfung illegaler Geldspielangebote erreicht werden (vgl. Botschaft des Bundesrats zum Geldspielgesetz vom 21. Oktober 2015, BBl 2015 8387 ff.).

1.2 Wesentliche Neuerungen

Das neue eidgenössische Geldspielrecht stimmt in seiner Grundkonzeption mit dem vormaligen Recht überein. Es beinhaltet indessen auch etliche, gewichtige Neuerungen.

1.2.1 Neue Begriffsbestimmungen

Das neue eidgenössische Geldspielrecht führt neue Legaldefinitionen ein. In dessen Geltungsbereich fallen grundsätzlich alle Spiele, bei denen gegen Leistung eines geldwerten Einsatzes oder bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts ein Geldgewinn oder ein anderweitiger geldwerter Vorteil in Aussicht gestellt wird. Innerhalb dieses neu eingefügten Oberbegriffs sind die einzelnen Spielkategorien weitgehend unverändert geblieben. Demzufolge ist weiterhin zwischen Lotterien, Sportwetten, Geschicklichkeitsspielen sowie Spielbankenspielen zu unterscheiden.

Für die Spielbankenspiele, die vormals als Glücksspiele bezeichnet wurden, ist bezeichnend, dass sie – anders als die Lotterien – nur einer begrenzten Anzahl von Personen offenstehen und weder die Kriterien einer Sportwette, eines Geschicklichkeitsspiels noch eines Kleinspiels erfüllen. Als Spielbankenspiele gelten namentlich die Tischspiele (Roulette, Black Jack, Poker etc.) und die Glücksspielautomaten. Neu dürfen Spielbankenspiele mit einer entsprechenden Bewilligung auch online durchgeführt werden.

Die neben den Spielbankenspielen existierenden Formen von Geldspielen werden neu in Gross- und Kleinspiele unterteilt. Grossspiele sind Lotterien, Sportwetten sowie Geschicklichkeitsspiele, die je automatisiert, interkantonal oder online durchgeführt werden; Kleinspiele sind Lotterien, Sportwetten und kleinen Pokerturniere, die weder automatisiert noch interkantonal noch online durchgeführt werden (Kleinlotterien, lokale Sportwetten, kleine Pokerturniere). Der Unterschied zwischen den Gross- und Kleinspielen ergibt sich folglich aus der Art bzw. dem Ort der Durchführung eines Geldspiels. Sobald ein Geldspiel automatisch, interkantonal oder online ausgeführt wird, handelt es sich um ein Grossspiel. Andernfalls liegt ein Kleinspiel vor (BBl 2015 8437). Dieser Unterscheidung liegt die Überlegung zugrunde, dass die Geldspiele, von denen grössere Gefahren ausgehen können und für die deshalb ein strenger regulatorischer Rahmen gelten muss, als Grossspiele zu qualifizieren sind. Bei den Kleinspielen sollen die Spieleinsätze im Vergleich zu den anderen Kategorien von Geldspielen klein sein und es bestehen bei einer gesetzeskonformen Ausgestaltung nur bescheidene Gewinnmöglichkeiten, weshalb die Suchtgefahr typischerweise gering ist.

1.2.2 Neue Bewilligungsvoraussetzungen

Die Unterscheidung zwischen Gross- und Kleinspielen ist für den kantonalen Regelungsspielraum insofern von Bedeutung, als Grossspiele im kantonalen Recht nur mehr insgesamt oder hinsichtlich einzelner Kategorien verboten werden können. Teilverbote – wie das derzeit im Kanton Graubünden für Geschicklichkeitsspielautomaten existierende – sind nicht mehr zulässig. Im Übrigen regelt das Bundesrecht die Bewilligungsvoraussetzungen für Grossspiele abschliessend. Der Kanton hat hier weder Gestaltungs- noch Entscheidungskompetenzen.

Grösser ist der Regelungsspielraum der Kantone bei den Kleinspielen. Im Unterschied zum alten Recht sieht das Bundesrecht neu zwar auch hier Bewilligungsvoraussetzungen vor. Die Kantone sind aber befugt, über diese bundesrechtlichen Minimalvorschriften hinausgehende Regelungen betreffend die Zulässigkeit, Durchführung und Organisation von Kleinspielen zu erlassen. Dabei haben sie insbesondere zu entscheiden, ob sie die mit dem neuen Recht geschaffene Möglichkeit nutzen und kleine Pokerturniere ausserhalb von Spielbanken zulassen wollen.

1.2.3 Schutz- und Präventionsmassnahmen

Die Ausweitung der zulässigen Spielangebote bringt neue Herausforderungen für den Schutz der Spielerinnen und Spieler vor den Gefahren, die exzessives Spielen mit sich bringt. Das Geldspielgesetz sieht deshalb eine Reihe von Massnahmen vor, welche den Schutz der Spielerinnen und Spieler verbessern sollen. Ausserdem enthält es zahlreiche Bestimmungen für einen sicheren sowie transparenten Spielbetrieb und unterstellt die Spielbanken sowie die Veranstalterinnen und Veranstalter der potenziell gefährlichsten Lotterien, Sportwetten und Geschicklichkeitsspiele dem Geldwäschereigesetz. Schliesslich werden die Strafbestimmungen modernisiert und der Zugang zu ausländischen Online-Geldspielangeboten gesperrt, um das Angebot von in der Schweiz nicht bewilligten Geldspielen einzudämmen.

Die Kantone tangieren die fraglichen Regelungen vor allem insofern, als sie verpflichtet werden, gegen die von den Geldspielen ausgehenden Gefahren Präventionsmassnahmen zu ergreifen sowie ein angemessenes Beratungs- und Behandlungsangebot zu schaffen. In den hierzu in das Geldspielgesetz aufgenommenen Bestimmungen hat der Bund inhaltlich die entsprechenden Regelungen der IVLW übernommen. Nur punktuell hat er weitergehende Regelungen erlassen.

1.2.4 Verwendung von Reinerträgen und Steuererhebung

Nach Artikel 106 Absatz 6 BV müssen die gesamten Reinerträge aus den Grosslotterien und den grossen Sportwetten für gemeinnützige Zwecke, namentlich in den Bereichen Kultur, Soziales und Sport, verwendet werden. Das Geldspielgesetz konkretisiert diese verfassungsrechtlichen Vorgaben, indem es einige Grundregeln für die Verwaltung und Verteilung der Reingewinne aus Grosslotterien und grossen Sportwetten festlegt, welche die bestimmungsgemässe und transparente Verwendung und Verteilung gewährleisten sollen. Die entsprechenden Vorgaben wurden im Wesentlichen aus der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und die Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten (IVLW; BR 935.460) übernommen.

Neu sind hingegen die bundesrechtlichen Vorgaben für die Verwendung der Reingewinne aus Kleinspielen. Diese dürfen nach dem Geldspielgesetz nur mehr für gemeinnützige Zwecke eingesetzt werden. Einzig Veranstalterinnen und Veranstalter, die sich keiner wirtschaftlichen Aufgabe widmen, sind berechtigt, die Reingewinne für eigene Zwecke zu nutzen. Lokale Vereine können folglich weiterhin Kleinlotterien zur Finanzierung ihrer Tätigkeiten organisieren. Ansonsten schliesst das Bundesrecht diese Möglichkeit aus.

Schliesslich ändert sich die Besteuerung der Gewinne aus Geldspielen. Während die Gewinne aus Spielbanken weiterhin steuerfrei bleiben, gilt dasselbe neu für Gewinne bis zu 1 Million Franken oder zu einem nach kantonalem Recht bestimmten höheren Betrag aus der Teilnahme an Grossspielen und aus der Online-Teilnahme an Spielbankenspielen. Neu ebenfalls steuerfrei sind die Gewinne aus Kleinspielen.

1.2.5 Behörden und Verfahren

Die Aufsicht und der Vollzug des Geldspielgesetzes obliegt im Bereich der Spielbankenspiele der Eidgenössischen Spielbankenkommission (ESBK). Sie prüft die Konzessionsgesuche und die Gesuche für Konzessionserweiterungen für die Online-Durchführung von Spielbankenspielen. Neu wird auf Bundesebene ein Koordinationsorgan geschaffen. Diesem gehören zwei Mitglieder der ESBK, eine Vertreterin oder ein Vertreter der Oberaufsichtsbehörde, zwei Mitglieder der interkantonalen Behörde sowie eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der kantonalen Aufsichts- und Vollzugsbehörde an. Dieses Koordinationsorgan hat insbesondere die Aufgabe, zu einer kohärenten und wirksamen Geldspielpolitik beizutragen.

Im Bereich der Grossspiele obliegt die Aufsicht und der Vollzug des Geldspielgesetzes den Kantonen. Um diese Aufgabe wahrzunehmen, müs-

sen die Kantone einem gesamtschweizerischen Konkordat beitreten, das eine interkantonale Aufsichts- und Vollzugsbehörde schafft und dieser mindestens die Aufgaben sowie Befugnisse überträgt, die im Geldspielgesetz vorgesehen sind. Diese neuen bundesrechtlichen Vorgaben sind auf interkantonaler Ebene umzusetzen.

Die Aufsicht und der Vollzug des Geldspielgesetzes im Bereich der Kleinspiele, einschliesslich Tombolas und kleiner Pokerturniere ausserhalb von Spielbanken, obliegt weiterhin den Kantonen. Diese haben im innerkantonalen Recht die zuständige Aufsichts- und Vollzugsbehörde zu bezeichnen und zu organisieren. Das Bundesrecht enthält hinsichtlich deren Aufgaben und Befugnisse Mindestvorschriften.

1.3 Auswirkung auf das kantonale Geldspielrecht

Der Kanton Graubünden regelt den Bereich der Geldspiele auf Gesetzesebene derzeit einerseits im Gesetz über das Lotteriewesen (BR 935.450), andererseits im Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe (BR 935.600). Die Verwendung der Reingewinne aus Grossspielen wird in den Grundzügen in Artikel 6 des Gesetzes über die Förderung von Sport und Bewegung vom 16. Juni 2014 (Sportförderungsgesetz; BR 470.000) sowie Artikel 38 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden vom 19. Oktober 2011 (Finanzhaushaltsgesetz, FHG; BR 710.100) normiert. Diese Regelungen werden in der Verordnung über das Lotteriewesen (BR 935.455), den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe (BR 935.650), den Artikeln 9–16 der Verordnung über die Förderung von Sport und Bewegung vom 7. Juli 2015 (Sportförderungsverordnung; BR 470.010) und im Reglement über die Ausrichtung von Beiträgen aus der Spezialfinanzierung Landeslotterie (Landeslotterie-Reglement, LLR; BR 710.600) näher ausgeführt (vgl. Anhang 1).

Auf interkantonaler Ebene existiert ferner die interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien (BR 935.480). Diesem sog. Lotteriekonkordat gehören alle Deutschschweizer Kantone und der Kanton Tessin an. Es beinhaltet das Organisationsstatut der Genossenschaft Swisslos (nachfolgend: Swisslos), welche als einzige Veranstalterin in den Vereinbarungskantonen gebietsübergreifende Lotterien, Sportwetten und seit kurzem auch Online-Geschicklichkeitsspiele durchführt (vgl. Anhang 1).

Am 24. April 2006 hat der Kanton Graubünden überdies die IVLW ratifiziert, der sämtliche Kantone beigetreten sind. Diese regelt die Aufsicht sowie die Bewilligung und die Ertragsverwendung von interkantonalen oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten und schafft mit der Lotterie- und Wettbewerbskommission Comlot eine interkantonale Auf-

sichts- sowie Vollzugsbehörde, welche interkantonale oder gesamtschweizerisch durchgeführte Lotterien und Wetten nach einheitlichen Kriterien bewilligt (vgl. Anhang 1).

Die allermeisten der obgenannten innerkantonalen Erlasse und das Lotteriekonkordat sowie die IVLW enthalten Regelungen, die – wenn auch teils nur terminologisch – im Widerspruch zum neuen eidgenössischen Geldspielrecht stehen und deshalb angepasst werden müssen. Die entsprechenden Änderungen sind dem Grossen Rat zum Entscheid vorzulegen, soweit sie Gesetze im Sinne von Artikel 31 KV betreffen oder sich auf das Lotteriekonkordat sowie die IVLW beziehen (Art. 32 Abs. 2 KV).

Zu diesem Zweck hat die Regierung drei Vorlagen ausgearbeitet, über die der Grosse Rat und im Fall eines Referendums die Bündner Stimmbevölkerung gesondert entscheiden können. Beraten werden sollen die fraglichen Botschaften in der Reihenfolge ihrer Normenhierarchie, d.h. zunächst die vorliegende Botschaft zum Beitritt des Kantons Graubünden zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat, dann jene zum Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen (Heft Nr. 11/2019–2020, S. 837 ff.) und schliesslich die Botschaft betreffend den Erlass eines Geldspielgesetzes des Kantons Graubünden (Heft Nr. 11/2019–2020, S. 870 ff.), mit welcher das innerkantonale Geldspielrecht angepasst werden soll. Bei der Beschlussfassung sollte berücksichtigt werden, dass die Vorlagen thematisch eng miteinander verknüpft sind. So ist der Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen zwecklos, wenn der Kanton Graubünden nicht dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat beitrifft. Nach Auffassung der Regierung sollten die fraglichen Konkordate folglich beide angenommen oder abgelehnt werden.

2. Ausgangslage

2.1 IVLW

Am 24. April 2006 trat der Kanton Graubünden der IVLW bei. Dieser interkantonalen Vereinbarung gehören alle Kantone an. Sie regelt die Aufsicht sowie die Bewilligung und die Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten, die der Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien vom 26. Mai 1937 oder der Convention relative à Loterie de la Suisse Romande vom 6. Februar 1985 unterstehen (Art. 1 IVLW).

Mit der IVLW wurde für Lotterien, die in mehreren Kantonen oder gesamtschweizerisch durchgeführt werden, ein einfacheres Bewilligungsver-

fahren geschaffen. Seit dem Inkrafttreten der IVLW sind solche Lotterien nach einheitlichen Kriterien zu bewilligen (Art. 5–7 IVLW, Art. 14–16 IVLW; vgl. Botschaft Heft Nr. 18/2005–2006, S. 1539). Im Rahmen dieses Bewilligungsverfahrens hat die Comlot als zuständige interkantonale Zulassungsbehörde insbesondere das Suchtpotenzial des zu bewilligenden Geldspiels abzuklären und die Bewilligung nötigenfalls mit Bedingungen und Auflagen zu verknüpfen, um übermässige Spielanreize zu vermeiden (Art. 17 IVLW). Die Kantone können die Durchführung sowie Organisation von interkantonalen oder gesamtschweizerischen Lotterien seither nur untersagen, indem sie die Durchführungsbewilligung verweigern. Der Kanton Graubünden hat den ihm verbleibenden Handlungsspielraum z.B. genutzt, als er der Swisslos verboten hat, den Lotterieautomaten Subito zu betreiben. Dieses Bewilligungsverfahren wurde zu einem späteren Zeitpunkt auf interkantonale oder gesamtschweizerisch durchgeführte Sportwetten ausgedehnt.

Mit Blick auf das von derartigen Spielen ausgehende Suchtpotential verpflichtet die IVLW die Kantone, Präventionsmassnahmen vorzusehen und für die Spielsucht spezifische Beratungs- sowie Behandlungsangebote zur Verfügung zu stellen. Die hierfür benötigten Finanzmittel haben die Veranstalterinnen und Veranstalter bereitzustellen (Art. 18 IVLW; Botschaft Heft Nr. 18/2005–2006, S. 1539). Sodann legt die IVLW in den Grundzügen fest, wie die Kantone mit den Reingewinnen umzugehen haben, die ihnen aus der Organisation sowie Durchführung von gesamtschweizerisch oder interkantonale durchgeführten Lotterien und Sportwetten zufließen (Art. 24–28 IVLW).

Für die Erfüllung dieser Aufgaben hat die IVLW drei interkantonale Organe geschaffen. Hierbei handelt es um die Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriewesen (FDKL) als politisches Führungsorgan, die Comlot als Zulassungs- und Aufsichtsbehörde sowie die Rekurskommission, die als letztinstanzliche richterliche Behörde Rekurse beurteilt, die gegen Entscheide interkantonomer Organe ergriffen werden.

2.2 Auftrag und Vorgehen

Am 13. Februar 2013 legte der Bundesrat die Eckwerte des neuen eidgenössischen Geldspielrechts fest. Am 30. April 2014 schickte er den Vorentwurf und den erläuternden Bericht betreffend den Erlass eines Bundesgesetzes über die Geldspiele in die Vernehmlassung. Aus den darin vorgeschlagenen Regelungen wurde ersichtlich, dass die IVLW revidiert werden musste. Vor diesem Hintergrund entschied der Vorstand der FDKL, die IVLW einer Totalrevision zu unterziehen (Erläuternder Bericht zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat vom 20. Mai 2019 [nachfolgend: Erläuternder Bericht GSK], S. 3).

Die zu diesem Zweck eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitete einen Entwurf für ein Gesamtschweizerisches Geldspielkonkordat. Diesen Entwurf gab die FDKL im Sommer 2017 zur Vernehmlassung frei. Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen wurde der Entwurf in der Folge überarbeitet. Die zweite Vernehmlassung dauerte vom 30. Juni 2018 bis zum 15. Oktober 2018. Am 20. Mai 2019 verabschiedete die FDKL das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat und gab dieses zur Ratifizierung frei.

2.3 Ersatz der IVLW durch das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat

Durch das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat wird die IVLW an das neue eidgenössische Geldspielrecht angepasst. Zugleich wird die interkantonale Organisation revidiert, um den neuen Herausforderungen im Bereich des Geldspielrechts besser begegnen zu können. Schliesslich sollen in der Praxis zu Tage getretene Regelungsdefizite beseitigt werden. Das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat wird mit seinem Inkrafttreten die IVLW ablösen (Art. 69 Abs. 3). Gleichzeitig wird die gestützt auf die IVLW erlassene Zusatzvereinbarung aufgehoben werden (Art. 69 Abs. 4).

Die hiermit verbundenen Änderungen werden nachfolgend erläutert. Die entsprechenden Ausführungen basieren auf dem von der FDKL verabschiedeten Erläuternden Bericht zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat (nachfolgend als Erläuternder Bericht GSK bezeichnet), der als gemeinsames Dokument der Konkordatskantone bei der Auslegung des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats zumindest in der Anfangsphase von zentraler Bedeutung sein wird.

3. Wesentliche Änderungen

3.1 Engerer Geltungsbereich

Der sachliche Geltungsbereich des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats ist enger als jener der IVLW, da der Bund die ihm zustehende, verfassungsrechtliche Befugnis zur Regelung der Geldspiele mit dem Erlass des neuen Geldspielrechts in weitergehendem Umfang genutzt hat als bislang. So regelt das eidgenössische Geldspielgesetz den Bereich der Bewilligung und Aufsicht von Grossspielen nunmehr abschliessend. Seit dem 1. Januar 2019 dürfen die Kantone daher keine Durchführungsbewilligungen für Grosslotterien und grosse Sportwetten mehr erteilen. Nur mehr die interkantonale Aufsichts- und Vollzugsbehörde ist für die Bewilligung von Grossspielen zuständig (vgl. dazu Vorbemerkungen, Ziff. 1.2.2 und 1.2.5).

Der Bund hat im Weiteren die in der IVLW verankerten Mindestanforderungen zur Verwendung der Reingewinne aus interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien sowie Sportwetten in das eidgenössische Geldspielgesetz aufgenommen und diese punktuell ergänzt (vgl. dazu die Vorbemerkungen, Ziff. 1.2.4). Auf eine Verschärfung der entsprechenden Anforderungen soll im Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat verzichtet werden. Hingegen soll die Möglichkeit genutzt werden, einen Teil der Reingewinne für interkantonale oder nationale, gemeinnützige Zwecke zu verwenden (Art. 127 BGS). Hierfür sieht das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat neu Bestimmungen betreffend die Verwendung von Reingewinnen zur Förderung des schweizerischen Sports vor.

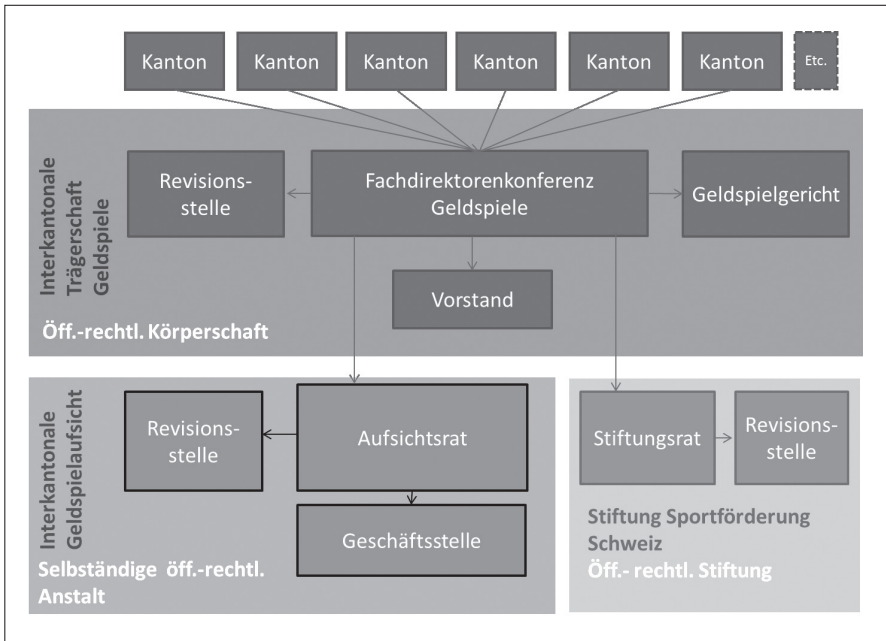
3.2 Reorganisation der interkantonalen Strukturen

Mit dem Inkrafttreten des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats werden die bisherigen Organe der IVLW in zwei juristische Personen überführt, nämlich die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele und die Interkantonale Geldspielaufsicht (GESPA). Mithilfe dieser organisatorischen Struktur sollen die Geldspielaufsicht und die von den interkantonalen Organen wahrzunehmenden Vollzugsaufgaben getrennt werden (vgl. Erläuternder Bericht GSK, S. 7).

Die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele soll zukünftig die Aufgaben erfüllen, die derzeit von der Plenarversammlung der FDKL wahrgenommen werden (Erläuternder Bericht GSK, S. 12). So soll sie im Rahmen des übergeordneten Rechts die Politik der Kantone im Bereich der Grossspiele bestimmen und die politischen Rahmenbedingungen für den Grossspielsektor festlegen (Art. 2 lit. a). Ausserdem wird die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele zukünftig die GESPA beaufsichtigen, soweit dies mit Blick auf die der GESPA zu zubilligenden Unabhängigkeit zulässig ist (Art. 2 lit. b). Die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele soll ferner den Rechtsschutz im Anwendungsbereich des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats sicherstellen, indem sie das Geldspielgericht (als unabhängiges Organ) wählt und administrativ beaufsichtigt (Art. 2 lit. c). Sodann wird ihr die Aufgabe übertragen, die transparente Verwendung von Reingewinnen aus Grosslotterien und grossen Sportwetten zugunsten des nationalen Sports zu gewährleisten. Schliesslich steuert und beaufsichtigt die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele die Stiftung Sportförderung Schweiz, welche als Nachfolgeorganisation der Schweizerischen Sport-Toto-Gesellschaft geschaffen und im Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat geregelt werden soll (Art. 2 lit. d). Der Interkantonalen Trägerschaft Geldspiele gehören die FDKG, die Revisionsstelle und das Geldspielgericht an. Sie soll neu als öffentlich-rechtliche Körperschaft ausgestaltet werden.

Der Vollzug, d.h. vorab die Wahrnehmung der im Bundesrecht der interkantonalen Aufsichts- und Vollzugsbehörde zugewiesenen Aufgaben (vgl. Art. 105 ff. BGS), soll die GESPA übernehmen. Diese wird als selbstständige, öffentlich-rechtliche Anstalt ausgestaltet. Hierdurch wird der Aussenauftritt der interkantonalen Aufsichts- und Vollzugsbehörde gestärkt und zugleich die vom Bundesrecht geforderte Unabhängigkeit auch organisationsrechtlich abgebildet. Der GESPA gehören der Aufsichtsrat, die Geschäftsstelle und die Revisionsstelle an.

Überblick über die neue Organisationsstruktur:



Quelle: Erläuternder Bericht GSK, S. 8

3.3 Regelung der Mittelvergabe zur Förderung des nationalen Sports

Die finanziellen Mittel zur Förderung des nationalen Sports werden derzeit durch die Sport-Toto-Gesellschaft verteilt, die als privatrechtlicher Verein organisiert ist. Diese Aufgabe soll neu von der öffentlich-rechtlichen Stiftung Sportförderung Schweiz wahrgenommen werden. Die Stiftung Sportförderung Schweiz wird von der gemeinsamen Interkantonalen Trägerschaft Geldspiele gesteuert und beaufsichtigt.

3.4 Gewährung exklusiver Veranstaltungsrechte

Derzeit räumt das Lotteriekonkordat der Swisslos das exklusive Veranstaltungsrecht zur Durchführung und Organisation von Grosslotterien und grossen Sportwetten in der Deutschschweiz und im Kanton Tessin ein. Eine gleichlautende Regelung zugunsten der Lotterie-Romand kennt die 9ème Convention relative à la Loterie Romande für die Westschweizer Kantone.

Diese exklusiven Vertretungsrechte sollen beibehalten, neu aber im Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat verankert werden. Die zugelassene Veranstalterin bzw. der zugelassene Veranstalter soll weiterhin in den regionalen Konkordaten bezeichnet werden (Erläuternder Bericht GSK, S. 8, 12).

4. Erläuterungen zu den neuen Bestimmungen

Erstes Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Gegenstand (Art. 1)

In Artikel 1 wird der sachliche Geltungsbereich des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats umschrieben. Danach regelt dieses die Wahl, die Organisation, die Aufgaben und die Finanzierung der interkantonalen Organe (Art. 1 Abs. 1 lit. a–c), die mit eigener juristischer Persönlichkeit ausgestattet werden sollen.

Im Weiteren wird die Gewährung exklusiver Veranstaltungsrechte für die Durchführung von Grosslotterien und grossen Sportwetten normiert (Art. 1 lit. d GSK).

Schliesslich enthält das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat die Rechtsgrundlagen für die Erhebung von Abgaben für die Deckung der Kosten, die durch die Bewilligung und Beaufsichtigung von Grossspielen entstehen, sowie für die Finanzierung von Präventionsmassnahmen gegen die Bekämpfung der Spielsucht und für die Gewährleistung eines angemessenen Beratungs- sowie Behandlungsangebots (Art. 1 lit. e GSK).

Zweites Kapitel: Die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele

Allgemeines (Art. 2 und 3)

Die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele nimmt die Aufgaben wahr, die nach der IVLW der Plenarversammlung der FDKL sowie dem Vorstand und dem Sekretariat obliegen (Art. 2, vgl. dazu auch die vorstehenden Ausführungen unter Ziff. 2.2).

Neu wird die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele die Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft aufweisen (Art. 3 Abs. 1). Dies bietet den Vorteil, dass durch deren Handlungen nicht automatisch alle Vereinbarungskantone berechtigt und verpflichtet werden. So kann die Inter-

kantonale Trägerschaft Geldspiele insbesondere in eigenem Namen und auf eigene Rechnung Abgaben erheben. Zudem ist nicht für alle Angelegenheiten, welche nicht ausdrücklich den interkantonalen Organen übertragen werden, Einstimmigkeit erforderlich (vgl. Erläuternder Bericht GSK, S. 13).

Die Fachdirektorenkonferenz Geldspiele (FDKG) (Art. 4–6)

Die FDKG ist das rechtsetzende Organ der Interkantonalen Trägerschaft Geldspiele. Ihr gehört je ein Regierungsmitglied jedes Kantons an. Sie übt die in Artikel 5 abschliessend aufgezählten Aufgaben aus. Die FDKG ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist (Art. 6 Abs. 1).

Die FDKG entscheidet grundsätzlich mit der Mehrheit der Stimmenden. Enthaltungen werden für die Ermittlung der Mehrheit nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit fällt das Präsidium den Stichentscheid (Art. 6 Abs. 3, vgl. Erläuternder Bericht GSK, S. 15).

Ausnahmen vom Mehrheitsbeschluss bilden das Verfahren für die Festlegung des Betrags zur Förderung des nationalen Sports (Art. 34), für welches ein doppeltes Mehr (einerseits der Kantone der Westschweiz und andererseits der Kantone der Deutschschweiz sowie des Kantons Tessin) erforderlich ist, und der Beschluss über geringfügige Änderungen des Konkordats (Art. 71 Abs. 3), welcher der Einstimmigkeit bedarf (Erläuternder Bericht GSK, S. 15).

Der Vorstand (Art. 7–10)

Die FDKG wählt – wie derzeit die FDKL – aus ihrer Mitte fünf Mitglieder in den Vorstand. Neu müssen mindestens zwei Vorstandsmitglieder aus der französischen Schweiz stammen (Art. 7 Abs. 2).

Der Vorstand bereitet alle Geschäfte der FDKG vor, setzt deren Entscheide um und vertritt die FDKG nach aussen (Art. 8). Für das Entscheidungsverfahren gelten dieselben Vorgaben wie für die FDKG (Art. 9).

Der Vorstand verfügt über ein Sekretariat (Art. 10 Abs. 1). Die Mitarbeitenden des Sekretariats werden mit einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsvertrag angestellt. Für diese Arbeitsverhältnisse gilt das Bundespersonalgesetz sinngemäss (Art. 10 Abs. 2).

Das Geldspielgericht (Art. 11–14)

Die Kantone haben in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten als unmittelbare Vorinstanz des Bundesgerichts obere kantonale Gerichte vorzusehen (Art. 86 Abs. 2 BGG). Um diese bundesrechtliche Vorgabe zu erfüllen, müssen die Kantone entweder ihre kantonalen Gerichte als Beschwerdeinstanz für Entscheide und Verfügungen der interkantonalen Organe bezeichnen oder eine interkantonale, richterliche Behörde schaffen. Der letztgenannte Ansatz wurde bereits mit dem IVLW gewählt, indem eine Rekurskommission

geschaffen wurde, die als letztinstanzliche richterliche Behörde Rekurse beurteilt, die gegen Entscheide interkantonaler Organe ergriffen werden (vgl. dazu die vorstehenden Ausführungen unter Ziff. 1.1). Dieses Vorgehen hat sich bewährt und soll beibehalten werden, wobei die interkantonale richterliche Behörde neu als Geldspielgericht bezeichnet werden soll.

Die Bestimmungen zur Wahl, zur Organisation und zur personellen sowie funktionellen Unabhängigkeit des Geldspielgerichts werden grundsätzlich aus der IVLW übernommen (Art. 11, 13). Im Unterschied zur aktuellen Regelung wird die Amtsdauer der Richterinnen und Richter auf sechs Jahre verlängert und die einmalige Wiederwahl vorgesehen (Art. 11 Abs. 3). Neu geschaffen wird sodann die Möglichkeit, ausserordentliche Richterinnen und Richter zu ernennen, wenn das Geldspielgericht andernfalls nicht beschlussfähig ist oder die Beurteilung einer Streitigkeit besondere Fachkenntnisse erfordert (Art. 11 Abs. 4).

Das Geldspielgericht beurteilt Beschwerden gegen Verfügungen und Entscheide der übrigen mit dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat geschaffenen Organisationen bzw. deren Organe. Es entscheidet als letztinstanzliche, interkantonale richterliche Behörde mit voller Kognition in Sach- und Rechtsfragen (Art. 12). Das Verfahren vor dem Geldspielgericht richtet sich nach dem eidgenössischen Verwaltungsgerichtsgesetz (Art. 14 Abs. 3).

Die Revisionsstelle (Art. 15–18)

Die FDKG wählt als Revisionsstelle ein kantonales Rechnungsprüfungsorgan oder eine anerkannte private Revisionsstelle für eine Amtsdauer von vier Jahren (Art. 15 Abs. 1). Die Revisionsstelle prüft die Rechnung der interkantonalen Trägerschaft Geldspiele, einschliesslich der Sonderrechnung des Geldspielgerichts, nach den Vorgaben gemäss Artikel 728a des Bundesgesetzes betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (OR; SR 220).

Finanzen (Art. 17–18)

Finanziert werden soll die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele einerseits mittels vom Geldspielgericht erhobener Verfahrensgebühren, andererseits durch Abgaben, die den Aufwand für die Aufsicht abdecken. Beide Formen von Kausalabgaben werden von den Veranstalterinnen und Veranstaltern erhoben (vgl. Erläuternder Bericht GSK, S. 17).

Drittes Kapitel: Die Interkantonale Geldspelaufsicht (GESPA)

Allgemeines (Art. 19–21)

Die Kantone, die auf ihrem Gebiet Grossspiele zulassen wollen, müssen von Bundesrechts wegen einem Konkordat beitreten, das eine interkantonale Aufsichts- und Vollzugsbehörde vorsieht (Art. 105 BGS). Diese interkanto-

nale Aufsichts- und Vollzugsbehörde wird mit dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat in Form der GESPA für die gesamte Schweiz geschaffen. Die GESPA nimmt die im Geldspielgesetz der interkantonalen Aufsichts- und Vollzugsbehörde zugewiesenen Aufgaben wahr. Hierfür kann sie die ihr vom Bundesrecht zugewiesenen Befugnisse beanspruchen (Art. 19 Abs. 1).

Artikel 19 Absatz 2 überträgt der GESPA als weitere Aufgabe, den Kantonen als Kompetenzzentrum für geldspielrechtliche Fragen zur Verfügung zu stehen. Zudem wird die FDKG ermächtigt, der GESPA weitere untergeordnete Aufgaben zu übertragen.

Die GESPA kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Ausführungsbestimmungen erlassen (Art. 19 Abs. 3, vgl. Erläuternder Bericht GSK, S. 18).

Wie die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele soll die GESPA neu mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet werden (Art. 20 Abs. 1, vgl. dazu auch die vorstehenden Ausführungen unter Ziff. 2.2). Sie führt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig (Art. 21 Abs. 1). Hierdurch werden die bundesrechtlichen Vorgaben gemäss Artikel 106 BGS umgesetzt (vgl. dazu die Ausführungen im Erläuternden Bericht GSK, S. 19).

Aufsichtsrat (Art. 23 und 24)

Leitungsorgan der GESPA ist der Aufsichtsrat (Art. 20 Abs. 2 lit. a). Diesem sollen im Unterschied zur derzeitigen Regelung sieben Mitglieder angehören können (vgl. Art. 23 Abs. 1 GSK). Diese Lösung lehnt sich an Artikel 94 Absatz 1 BGS an, der die Zusammensetzung der ESBK regelt. Hierdurch soll der Handlungsspielraum der Kantone erhöht werden: Wird etwa ein spezifisches Regulierungsthema besonders wichtig, kann die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele zusätzliche Aufsichtsratsmitglieder mit den benötigten Fachkenntnissen in den Aufsichtsrat wählen. Dadurch wird dessen Entscheidungsfähigkeit verbessert.

Die Amtsdauer von vier Jahren, einschliesslich der Möglichkeit der Wiederwahl, hat sich bewährt. Sie soll übernommen werden, wobei die maximale Amtsdauer auf zwölf Jahre beschränkt werden soll.

Die Zuständigkeit des Aufsichtsrats wird in Artikel 24 geregelt. Danach hat er insbesondere jene Aufgaben zu erfüllen, welche das Geldspielgesetz der interkantonalen Aufsichts- und Bewilligungsbehörde zuweist. So hat er namentlich die für die Durchführung und Organisation von Grossspielen erforderlichen Veranstalter- und Spielbewilligungen zu erteilen (Art. 24 Abs. 3). Im Übrigen kommt ihm die Auffangkompetenz zu, d.h. er soll alle Aufgaben der GESPA wahrnehmen, die keinem anderen Organ zugewiesen wurden (Art. 26 Abs. 2).

Die bereits in der IVLW vorgesehene Möglichkeit, die Ausübung gewisser Aufsichtsaufgaben an die Kantone zu delegieren, soll beibehalten werden (vgl. Art. 24 Abs. 5 GSK). Zu denken ist etwa an die Übertragung der

Beaufsichtigung von Ziehungen von Grosslotterien oder von Kontrollen im Rahmen der Ausübung der Aufsicht über Geschicklichkeitsspielautomaten (Erläuternder Bericht GSK, S. 20). Solche Aufgaben können z.B. in der Form eines verwaltungsrechtlichen Vertrags an einzelne Kantone oder Gemeinden übertragen werden (Art. 24 Abs. 3).

Die Geschäftsstelle und das Personal (Art. 25)

Das bisherige Sekretariat der Comlot wird neu als Geschäftsstelle bezeichnet. Deren Aufgaben und Befugnisse sollen in Artikel 25 geregelt werden. Darin wird die für die ESBK vorgesehene Aufgabenteilung zwischen der Kommission und dem Sekretariat übernommen. Insofern erfährt die interne Aufgabenteilung der interkantonalen Bewilligungs- und Aufsichtsorgane eine Änderung.

Die Revisionsstelle (Art. 26)

Explizit als Organ der GESPA aufgeführt werden soll neu die Revisionsstelle. Deren Wahl, Auftrag und Berichterstattung soll neu ausdrücklich in Artikel 26 geregelt werden. Unter den Begriff des kantonalen Prüfungsorgans im Sinne von Artikel 26 fallen sowohl verwaltungsinterne (von der Regierung eingesetzt) wie auch verwaltungsexterne (vom Parlament eingesetzt) Rechnungsprüfungsorgane. Die Revisionsstelle führt eine Prüfung im Sinne von Artikel 728a OR durch. Sie hat dem Aufsichtsrat hierüber Bericht zu erstatten (Art. 26 Abs. 2).

Reserven (Art. 27)

Um die Unabhängigkeit der GESPA in finanzieller Hinsicht zu gewährleisten, ist diese mit einer finanziellen Reserve auszustatten (Art. 27). Diese soll 3 Millionen Franken betragen. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die GESPA über hinreichend Finanzmittel verfügt, um Schwankungen in der Geschäftslast bewältigen zu können.

Die finanzielle Reserve wird von der Interkantonalen Trägerschaft Geldspiele bereitgestellt. Die fraglichen Mittel stammen aus der einmaligen Abgabe, welche die Veranstalterinnen oder Veranstalter von Grosslotterien und grossen Sportwetten als Teil der Gegenleistung für die Gewährung exklusiver Veranstaltungsrechte zu leisten haben (vgl. Art. 64).

Sinkt die Reserve unter 1.5 Millionen Franken, müssen die Gebühren und die Aufsichtsabgabe erhöht werden. Die vorgesehene Obergrenze von 150 % stellt sicher, dass die Gebühren und die Aufsichtsabgabe nicht über Jahre hinweg zu hoch angesetzt werden, womit fraglich sein könnte, ob die erhobenen Kausalabgaben in einem angemessenen Verhältnis zu der von der GESPA erbrachten Leistung stehen (Erläuternder Bericht GSK, S. 22).

Finanzierung, Rechnungslegung (Art. 28 und 29)

Die GESPA deckt ihren Aufwand primär über Abgaben (vgl. dazu siebtes Kapitel). Abgaben dürfen aber nur erhoben werden, wenn ein genügend enger Zusammenhang zwischen der Abgabe und der vom Abgabepflichtigen beanspruchten Leistung besteht. Ausserdem müssen sie in einem vernünftigen Verhältnis zur erbrachten Leistung stehen. Werden diese beiden Anforderungen berücksichtigt, so kann der gesamte Aufwand der GESPA nicht über Abgaben finanziert werden. Deshalb leistet die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele der GESPA zusätzlich Beiträge (Art. 28).

Für die Rechnungslegung der GESPA sind die Vorschriften für die kaufmännische Buchführung und Rechnungslegung gemäss Obligationenrecht sinngemäss anwendbar (vgl. Art. 29 Abs. 2). Zudem muss die Rechnung so aufgebaut sein, dass die Abgaben gemäss Kapitel 7 korrekt berechnet werden können. Dass diese Grundsätze eingehalten werden, hat die Revisionsstelle bei der Rechnungsprüfung zu überprüfen (Erläuternder Bericht GSK, S. 22).

Verteilung eines Aufwand- oder Ertragsüberschusses bei Auflösung der GESPA (Art. 30)

Weil alle Kantone gemeinsam Träger der GESPA sind, erscheint es naheliegend, einen Aufwand- oder Ertragsüberschuss der GESPA im Falle der Auflösung im Verhältnis der Wohnbevölkerung auf die Kantone zu verteilen.

Die nach diesem Modus zu verteilenden Finanzmittel unterliegen der bundesrechtlichen Zweckbindung für die Verwendung von Reingewinnen aus grossen Lotterien und Grosswetten, da sie praktisch alle aus den Abgaben der Veranstalterinnen und Veranstaltern stammen, welche diese von den Einnahmen als Kosten für die Geschäftsführung in Abzug gebracht und dadurch ihre Reingewinne geschmälert haben (Art. 30 Abs. 2 BGS, vgl. Erläuternder Bericht, S. 22 f.).

Verfahrensrecht (Art. 31)

Soweit das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat oder die gestützt darauf erlassenen Reglemente keine besonderen Bestimmungen enthalten, richtet sich das Verfahren nach dem Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (VwVG; SR 172.021). Dieses findet auch in Verfahren betreffend die Anordnung von Verwaltungsanktionen sinngemäss Anwendung (vgl. Art. 109 BGS).

Viertes Kapitel: Die Stiftung Sportförderung Schweiz (SFS)

Derzeit verwenden die Kantone einen Teil der ihnen zufließenden Reingewinne aus Grossspielen zur Förderung des nationalen Sports (vgl. dazu Botschaft Heft Nr. 11/2019–2020, Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung

von Geldspielen, Ziff. 1.1). Die Verteilung an die nationalen Sportverbände erfolgt über die Sport-Toto-Gesellschaft, der neben den Kantonen auch Dritte angehören. Da die Veranstalterinnen und Veranstalter von Grosslotterien und grossen Sportwetten ihre Reingewinne gemäss Artikel 126 Absatz 2 BGS den Kantonen abzuliefern haben, kann dieses System unter der Herrschaft des Geldspielgesetzes nicht beibehalten werden.

Das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat sieht daher vor, für die Verteilung der Mittel zur Förderung des nationalen Sports unter der Bezeichnung «Stiftung Sportförderung Schweiz» eine öffentlich-rechtliche Stiftung zu gründen (Art. 32 Abs. 2). Deren Organisation, Finanzierung und die von ihr geforderte Berichterstattung an die FDKG sollen in den Artikeln 33–36 geregelt werden.

Die Kriterien und das Verfahren zur Mittelvergabe werden neu in Artikel 37 verankert (vgl. dazu auch Art. 127 Abs. 1 BGS). Danach werden Beiträge grundsätzlich an den Dachverband der nationalen Sportverbände ausgerichtet. Nationale Sportverbände erhalten Beiträge, soweit sie – wie der Fussballverband und der Eishockeyverband – in der gesamten Schweiz massgeblich Wettsubstrat generieren. Diese Regelung trägt dem Umstand Rechnung, dass Sportwetten nur durchgeführt werden können, wenn überhaupt Wettkämpfe veranstaltet werden, die für Sportwetten genutzt werden können. Mit diesem Verteilmechanismus wird die bisherige Praxis kodifiziert.

Die FDKG kann das Verfahren und die Kriterien zur Mittelvergabe im Stiftungsreglement präzisieren. Der Stiftung Sportförderung Schweiz steht ein Antragsrecht zu (Art. 37 Abs. 2). Die FDKG legt auf deren Antrag zudem alle vier Jahre die Schwerpunkte für den Einsatz der Mittel fest (Art. 37 Abs. 2 GSK, vgl. zum Ganzen: Erläuternder Bericht GSK, S. 24–27).

Fünftes Kapitel: Gemeinsame Bestimmungen

Die Bestimmungen des 5. Kapitels gelten für alle mit dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat geschaffenen Organisationen, also für die Interkantonale Trägerschaft Geldspiele, die GESPA und die Stiftung Sportförderung Schweiz. Dies freilich nur, soweit das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat keine anderslautende Regelung enthält (Erläuternder Bericht GSK, S. 27).

Unvereinbarkeit, Offenlegung von Interessenbindungen und Ausstandspflichten (Art. 39–42)

Eine strikte Trennung der GESPA von den für die Mittelverteilung zuständigen Instanzen ist wichtig, um allfällige Interessenkonflikte zu verhindern und Vertrauen in die interkantonalen Institutionen zu schaffen. Das Geldspielgesetz fordert eine solche Trennung jedenfalls in Bezug auf die interkantonale Aufsichts- und Vollzugsbehörde (Art. 106 BGS) explizit. Aus

dieser Vorgabe leiten sich – in vermindertem Mass – auch Unabhängigkeitsvorgaben für die FDKG ab. Die entsprechenden bundesrechtlichen Anforderungen werden in den Artikeln 39, 40, 41 und 42 konkretisiert.

Finanzaufsicht (Art. 43)

Artikel 43 stellt klar, dass die mit dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat geschaffenen Organisationen nicht der Finanzaufsicht der Kantone unterstehen. Die interkantonalen Organisationen werden ausschliesslich von der FDKG beaufsichtigt.

Haftung (Art. 44)

Ob die interkantonalen Organe den durch ihre Handlungen verursachten Schaden zu ersetzen haben, beurteilt sich grundsätzlich nach dem eidgenössischen Verantwortlichkeitsgesetz, dessen Bestimmungen sinngemäss anzuwenden sind (Art. 44 Abs. 1).

Das eidgenössische Verantwortlichkeitsgesetz ist auf die Bundesverwaltung zugeschnitten. Die entsprechenden Regelungen tragen den Besonderheiten der durch das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat geschaffenen Organisation und den Entscheidungsstrukturen daher nicht in allen Bereichen Rechnung. Aus diesem Grund werden in den Artikeln 44 Absätzen 3, 4, 5, und 6 besondere Regelungen getroffen, die für alle interkantonalen Organe gelten. So wird insbesondere die Haftung für den Fall geregelt, dass die ersatzpflichtigen, interkantonalen Organe den geschuldeten Schadenersatz nicht bezahlen können. In diesem Fall haften die Kantone im Verhältnis ihrer Wohnbevölkerung für den Schaden (Art. 44 Abs. 4 und 5).

Gesondert geregelt wird im Weiteren die Haftung der GESPA. Der zu diesem Zweck erlassene Artikel 44 Absatz 2 orientiert sich am spezialgesetzlichen Haftungsregime der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) (vgl. Erläuternder Bericht GSK, S. 29). Er trägt der Tatsache Rechnung, dass eine Aufsichtsbehörde bei Bedarf beherzt eingreifen und daran nicht durch drohende Ersatzansprüche gehindert werden sollte. Ausserdem gilt es zu beachten, dass eine umfassende Kontrolle des Marktes nicht möglich ist. Vor diesem Hintergrund soll die Bestimmung auch die Wahrscheinlichkeit verringern, dass schlussendlich der Staat quasi als «full-risk-Versicherer» das Risiko übernimmt, dem sich die Marktteilnehmenden durch die Organisation und Durchführung von Grossspielen aussetzen (Erläuternder Bericht GSK, S. 28).

Datenschutz (Art. 45)

Artikel 45 Absatz 1 GSK erklärt die Datenschutzgesetzgebung des Bundes für sinngemäss anwendbar.

Die Aufsicht über die Datenbearbeitung kann dem eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten nicht übertragen werden. Das Geldspielgesetz verpflichtet die interkantonalen Organe deshalb, in ihren Organisationsreglementen eine unabhängige Datenschutzaufsichtsstelle

vorzusehen (Art. 45 Abs. 2). Deren Aufgaben richten sich sinngemäss nach den Artikeln 27, 30 und 31 des Bundesgesetzes über den Datenschutz vom 19. Juni 1992 (DSG; SR 235.1). Hierbei handelt es sich um einen statischen Verweis (Erläuternder Bericht GSK, S. 29). Sollte der Bund die Aufgaben des eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten im Zuge der laufenden Totalrevision des eidgenössischen Datenschutzgesetzes erweitern, wirkt sich diese Änderung nicht auf das interkantonale Geldspielrecht aus (vgl. Botschaft zum Bundesgesetz über die Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz, BBl 2017 6941 ff.).

Akteneinsicht (Art. 46)

Die Akteneinsicht ausserhalb von laufenden Verfahren richtet sich grundsätzlich und für alle mit dem Konkordat geschaffenen Organisationen nach dem Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung vom 17. Dezember 2014 (Öffentlichkeitsgesetz, BGÖ; SR 152.3).

Anders verhält es sich in Bezug auf die Akten der GESPA, die sich auf deren Bewilligungs- und Aufsichtstätigkeit beziehen (Art. 46 Abs. 2). Der Informationsaustausch zwischen den Beaufsichtigten und der Aufsichtsbehörde wird durch die Gewährung der Vertraulichkeit gefördert. Gilt hier das Öffentlichkeitsprinzip, müssen die Beaufsichtigten damit rechnen, dass Dokumente, die sie der Aufsichtsstelle zustellen, an die Öffentlichkeit gelangen. Dies erschwert die Aufsichtstätigkeit erheblich. Deshalb unterstellt das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat solche amtlichen Dokumente nicht dem Öffentlichkeitsprinzip und nimmt sie infolgedessen vom Geltungsbereich des BGÖ aus. Dadurch wird zugleich der Verkehr zwischen der GESPA und den kantonalen Behörden erleichtert, da die GESPA ihnen im Bedarfsfall Geheimhaltung zusichern kann (Erläuternder Bericht GSK, S. 30).

Publikation (Art. 47)

Die mit dem Konkordat geschaffenen Organisationen veröffentlichen ihre rechtsetzenden Erlasse und andere zu veröffentlichenden Mitteilungen im Internet (Art. 47 Abs. 1). Das momentan in der IVLW vorgesehene Publikationsverfahren soll entsprechend vereinfacht und modernisiert werden. Weil die Kantone teilweise vorsehen, dass auch rechtsetzende Erlasse interkantonomer Organe in den kantonalen Publikationsorganen zu veröffentlichen sind, werden letztere von den zuständigen Organen beim Erlass oder der Revision der Erlasse in geeigneter Form informiert (bspw. unter Angabe von Titel, Datum und Online-Fundstelle/Bezugsquelle des Erlasses, Erläuternder Bericht GSK, S. 30).

Veröffentlichungen in vergaberechtlichen Verfahren erfolgen auf der gemeinsam von Bund und Kantonen betriebenen Internetplattform für öffentliches Beschaffungswesen (Art. 47 Abs. 2, vgl. Erläuternder Bericht GSK, S. 30).

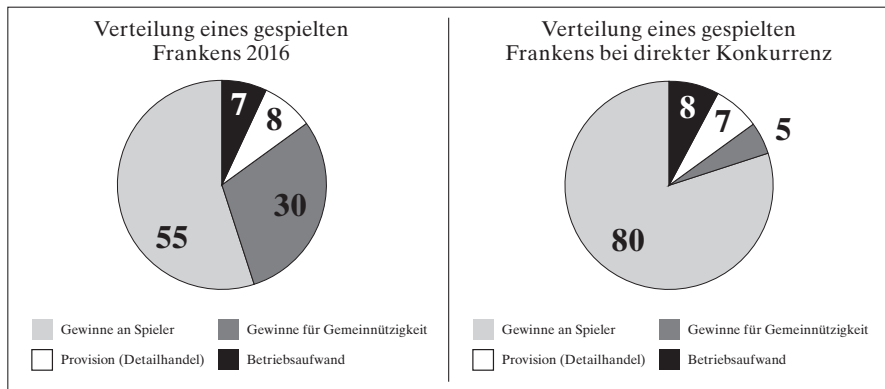
Anwendbares Recht (Art. 48)

Die sinngemässe Anwendung von Bundesrecht – wie sie schon die geltende IVLW vorsieht – hat sich bewährt und soll beibehalten werden (Erläuternder Bericht GSK, S. 31).

Sechstes Kapitel: Gewährung ausschliesslicher Veranstaltungsrechte für die Durchführung von Grosslotterien und grossen Sportwetten Zugelassene Veranstalterinnen und Veranstalter von Grosslotterien und grossen Sportwetten (Art. 49)

In Artikel 49 Absatz 1 wird die Anzahl der zulässigen Veranstalterinnen und Veranstalter von Grosslotterien und grossen Sportwetten auf zwei beschränkt. Hiermit wird das bestehende System, wonach pro Kantonsgebiet nur eine Veranstalterin Grosslotterien und grosse Sportwetten anbieten darf, beibehalten (vgl. dazu auch die vorstehenden Ausführungen unter Ziff. 2.4). Dahinter steht die Überlegung, dass die Zulassung von Konkurrenten einen Wettbewerb um Marktanteile zur Folge hätte. Das wiederum würde vermehrte Werbemassnahmen bedingen, wodurch die Mittel für gemeinnützige Zwecke reduziert würden. Ausserdem zöge die Zulassung von Konkurrenz ein aggressiveres Auftreten der Lotterieveranstalter nach sich und wäre geeignet, die Spielsucht zu fördern (Erläuternder Bericht GSK, S. 32, Erläuternder Bericht zur Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen [IKV 2020], S. 5 f., je mit weiteren Hinweisen). Um einen möglichst grossen Anteil der Einnahmen aus Grosslotterien und grossen Sportwetten für gemeinnützige Zwecke bereitstellen zu können, soll am bisherigen System der exklusiven Veranstaltungsrechte festgehalten werden.

Verteilung der Einnahmen mit und ohne Konkurrenz:



Quelle: Protokoll der FDKL vom 28. Mai 2018

Abgabe für die Gewährung ausschliesslicher Veranstaltungsrechte (Art. 50)

Als Gegenleistung für die Gewährung der ausschliesslichen Veranstaltungsrechte haben die Inhaber der Veranstaltungsrechte eine Abgabe zu entrichten. Deren Modalitäten und Höhe wird in den Artikeln 65–69 geregelt.

Siebttes Kapitel: Abgaben

Allgemeine Bestimmungen (Art. 51–53)

Artikel 51 legt den Gesamtaufwand der interkantonalen Organe fest, auf dessen Grundlage die Abgaben zu berechnen sind. Der Gesamtaufwand soll, soweit individuell zurechenbar, über Einzelaktgebühren der GESPA sowie des Geldspielgerichts gedeckt werden (Art. 52 Abs. 1 GSK; Erläuternder Bericht GSK, S. 33). Für den nicht über Einzelgebühren gedeckten Aufwand soll eine Aufsichtsabgabe erhoben werden, die für die verschiedenen Aufsichtsbereiche (Grosslotterien, Geschicklichkeitsgrossspiele, Sportwetten) gesondert erhoben wird (Art. 52 Abs. 2, Erläuternder Bericht GSK, S. 33).

Der verbleibende Anteil am Aufwand, d.h. die Kosten, die weder über Einzelaktgebühren noch mangels eines genügend engen Zurechnungszusammenhangs über die Aufsichtsabgabe gedeckt werden können, wird über den Ertrag aus der wiederkehrenden Abgabe für die Gewährung der ausschliesslichen Veranstaltungsrechte, Anteil «Aufsicht», finanziert (Art. 52 Abs. 3 GSK). Zu denken ist hier beispielsweise an den Aufwand im Zusammenhang mit dem Kompetenzzentrum für die Kantone, aber auch an jenen der FDKG für die Aufsicht über die Mittelverwendung (Erläuternder Bericht GSK, S. 34).

Die Comlot geht davon aus, dass rund 30% des Aufwands der interkantonalen Organe individuell zurechenbar und damit über Einzelaktgebühren finanzierbar sein werden. Rund 50% werden voraussichtlich gruppenäquivalent zurechenbar sein und damit über die Aufsichtsabgabe (differenziert nach verschiedenen Aufsichtsbereichen) gedeckt werden können. Der Rest (rund 20%) wird mutmasslich als Abgabe für die Gewährung der ausschliesslichen Veranstaltungsrechte, Anteil «Aufsicht», bei den Veranstalterinnen bzw. Veranstaltern von Grosslotterien und grossen Sportwetten erhoben werden (Erläuternder Bericht GSK, S. 34). Dieser Finanzierungsmechanismus soll gewährleisten, dass weder die Tätigkeit der Interkantonalen Trägerschaft Geldspiele noch der GESPA durch allgemeine Steuermittel finanziert werden muss.

Gebühren der Einzelakte der GESPA (Art. 54–58)

In den Artikel 54–58 GSK sollen die für die Gebührenerhebung erforderlichen Regelungen verankert werden, welche aufgrund des Legalitätsprinzips in ein Gesetz im formellen Sinne aufzunehmen sind. Inhaltlich er-

fährt die Rechtslage dadurch keine Änderung. Es soll die bisherige Praxis weitergeführt werden (Erläuternder Bericht GSK, S. 34).

Gebühren des Geldspielgerichts (Art. 59)

Die Gebühren für Verfahren vor dem Geldspielgesetz richten sich sinngemäss nach dem Bundesgesetz über das Bundesverwaltungsgericht vom 17. Juni 2015 (Verwaltungsgerichtsgesetz, VGG; SR 173.32).

Aufsichtsabgabe (Art. 60–63)

In den Artikeln 60 bis 63 wird die von den Inhaberinnen bzw. Inhabern einer Veranstalterbewilligung zu entrichtende Aufsichtsaufgabe geregelt. Artikel 61 Absätzen 2 und 3 enthalten Bemessungsgrundlagen zur Ermittlung des über die Aufsichtsabgabe zu finanzierenden Anteils. Weil das Anknüpfungskriterium der Zurechenbarkeit eher vage ist, soll in Absatz 3 eine Obergrenze für den über die Aufsichtsabgabe zu finanzierenden Anteil am Gesamtaufwand festgelegt werden (Erläuternder Bericht GSK, S. 35).

Die Verteilung des über die Aufsichtsabgabe zu deckenden Aufwands auf die einzelnen Veranstalterinnen bzw. Veranstalter richtet sich – wie bereits unter dem geltenden Recht – nach dem Verhältnis der im entsprechenden Jahr tatsächlich erzielten Bruttospielerträge (vgl. Art. 61 Abs. 4 sowie Definition des Bruttospielertrags in Abs. 5).

Das Verfahren für die Erhebung der Abgabe (vgl. Art. 63) entspricht der bisherigen Praxis (Erläuternder Bericht GSK, S. 35).

Abgabe für die Gewährung ausschliesslicher Veranstaltungsrechte (Art. 64–68)

Schliesslich haben die Inhaberinnen bzw. Inhaber von Veranstalterbewilligungen eine Abgabe für die Gewährung der ausschliesslichen Veranstaltungsrechte für Grossspiele zu entrichten. Die Abgabe besteht aus einer einmaligen Abgabe sowie einer wiederkehrenden Abgabe mit einem «Anteil Prävention» und einem «Anteil Aufsicht» (Art. 65).

Die einmalige Abgabe beträgt 3 Millionen Franken (Art. 64 Abs. 1). Diese Einnahmen werden verwendet, um die GESPA mit einem Reservekapital auszustatten (Art. 64 Abs. 3). Die Verteilung auf die Abgabepflichtigen richtet sich nach den Bruttospielerträgen, welche im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten erzielt werden (Art. 64 Abs. 2). Erhoben werden soll die Abgabe nach dem gleichen Verfahren wie die Aufsichtsabgabe (Art. 68 Abs. 2 i.V.m. Art. 63).

Die wiederkehrende Abgabe «Anteil Prävention» (Art. 66) entspricht der bereits unter der geltenden IVLW erhobenen Spielsuchtabgabe. Deren Bemessung (0.5% des jährlich erzielten Bruttospielertrags) bleibt unverändert. Die Einnahmen dürfen nur für Massnahmen zur Prävention vor exzessivem

Geldspiel sowie für Beratungs- und Behandlungsangebote für spielsuchtgefährdete und spielsüchtige Personen und für deren Umfeld verwendet werden (vgl. Erläuternder Bericht GSK, S. 35).

Neu erhoben werden soll eine wiederkehrende Abgabe «Anteil Aufsicht». Die Höhe dieser Abgabe legt die FDKG jährlich fest (Art. 67). Die Grundsätze für deren Bemessung ergeben sich aus Artikel 52 Absatz 3 und aus dem Zusammenhang mit den Bestimmungen über die Bemessung der Aufsichtsabgabe (Art. 61). Mit dem Ertrag der Abgabe darf nur der Fehlbetrag gedeckt werden, welcher nicht anderweitig über Gebühren oder die Aufsichtsabgabe finanziert werden kann. Ein Teil der Einnahmen verbleibt bei der Interkantonalen Trägerschaft Geldspiele, der andere Teil wird als Beitrag an die Tätigkeit der GESPA geleistet (Erläuternder Bericht GSK, S. 36).

Schlussbestimmungen

Inkrafttreten (Art. 69)

Das Gesamtschweizerische Geldspielgesetz soll in Kraft treten, sobald mindestens 18 Kantone ihren Beitritt erklärt haben (Art. 69 Abs. 1).

Mit dem Inkrafttreten des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats werden die IVLW sowie die auf deren Grundlage erlassene Zusatzvereinbarung zur IVLW ausser Kraft treten. Dies hat zur Folge, dass in denjenigen Kantonen, die dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat bis dahin nicht beigetreten sind, keine Veranstalter- oder Spielbewilligungen mehr erteilt werden können. Schon erteilte Bewilligungen wären für das entsprechende Kantonsgebiet allenfalls zu widerrufen. Zumindest mittelfristig könnten im betreffenden Kantonsgebiet indessen keine Grossspiele mehr veranstaltet werden (Erläuternder Bericht GSK, S. 37).

Geltungsdauer, Kündigung (Art. 70)

Im Unterschied zur IVLW soll das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat erst dahinfallen, wenn 18 Kantone das Konkordat kündigen. Mit dieser Änderung soll das Risiko minimiert werden, dass sich bei einem allfälligen Austritt einzelner Kantone die verbleibenden Kantone mit einem Aufsichtsvakuum konfrontiert sehen (Erläuternder Bericht GSK, S. 37).

Eine Kündigung soll erstmals auf Ende des zehnten Jahres seit dem Inkrafttreten des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats möglich sein (Art. 70 Abs. 2). Im Übrigen stimmt die Regelung mit den geltenden Bestimmungen zur Geltungsdauer und der Kündigung der IVLW überein.

Änderung des Konkordats (Art. 71)

Das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat ist grundsätzlich auf dieselbe Weise zu ändern, wie es entstanden ist. Für das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat als interkantonale Vereinbarung mit Gesetzesrang hat

dies zur Folge, dass sie nach dem für interkantonale Vereinbarungen geltenden, ordentlichen Erlassverfahren zu modifizieren sind. Im Kanton Graubünden hat hierüber der Grosse Rat in einem dem fakultativen Referendum unterliegenden Beschluss zu entscheiden. Dieses Verfahren ist ausgesprochen aufwendig.

Deshalb soll die FDKG neu befugt werden, untergeordnete Änderungen des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats einstimmig zu beschliessen (Art. 71 Abs. 3). Ist der Kanton Graubünden mit einer solchen Änderung nicht einverstanden, hat er die Möglichkeit, eine ordentliche Teil- oder Totalrevision zu verlangen (vgl. Erläuternder Bericht, S. 38). In diesem Fall sind diese Änderungen dem Grossen Rat zum Beschluss vorzulegen. Der Entscheid des Grossen Rats unterliegt dem fakultativen Referendum.

Verhältnis zu regional beschränkten Konkordaten (Art. 72)

Mit dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat soll sichergestellt werden, dass im Bereich des Vollzugs und der Aufsicht über die Grossspiele für alle Kantone dieselben Grundregeln gelten (Erläuternder Bericht GSK, S. 38). Folgerichtig räumt Artikel 72 dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat den Vorrang gegenüber der Interkantonalen Vereinbarung betreffend die Durchführung von Lotterien, der Convention relative à la Loterie Romande und ihrer Nachfolgeerlasse ein (Art. 72, Erläuternder Bericht GSK, S. 38). Enthält eine der vorgenannten, interkantonalen Vereinbarungen eine Regelung, die dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat widerspricht, gelangt die Regelung des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats zur Anwendung.

Übergangsbestimmungen (Art. 73)

Diese Übergangsbestimmungen sollen eine reibungslose Ablösung der IVLW sowie der Zusatzvereinbarung zur IVLW durch das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat gewährleisten (vgl. dazu Erläuternder Bericht GSK, S. 38 f.).

5. Zuständigkeit und Referendum

Beim Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat handelt es sich um einen interkantonalen Vertrag, der sowohl rechtsgeschäftliche als auch rechtsetzende Elemente aufweist (Erläuternder Bericht GSK, S. 6).

Nach Artikel 45 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Graubünden vom 14. September 2003 (KV; BR 110.100) ist die Regierung für das Aushandeln solcher Verträge und, soweit sie in ihre Verordnungskompetenz fallen, auch für deren Abschluss zuständig. Der Grosse Rat genehmigt die interkantona-

len und internationalen Verträge, soweit nicht die Regierung zum alleinigen Abschluss befugt ist (Art. 32 Abs. 2 KV). Nach Artikel 17 Absatz 1 Ziffer 2 KV sind der Abschluss, die Änderung oder die Kündigung von interkantonalen oder internationalen Verträgen mit gesetzesänderndem Inhalt dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Nach Artikel 31 Absatz 1 KV hat der Grosse Rat wichtige Bestimmungen in der Form eines Gesetzes zu erlassen. Dazu gehören namentlich die Umschreibung des Kreises der Abgabepflichtigen, der Gegenstand und die Bemessungsgrundlage von Abgaben, soweit diese nicht von geringfügiger Bedeutung sind (Art. 31 Abs. 2 Ziff. 2 KV), und die Art sowie der Umfang der Übertragung von hoheitlichen sowie anderen bedeutenden Aufgaben an Trägerschaften ausserhalb der kantonalen Verwaltung (Art. 31 Abs. 2 Ziff. 6 KV).

Mit dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat überträgt der Kanton Graubünden der Interkantonalen Trägerschaft Geldspiele und der GESPA die Aufsicht und Bewilligung von Grossspielen sowie weitere, öffentliche Aufgaben in diesem Bereich. Ausserdem enthält das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat organisatorische Regelungen, die geeignet sind, die Rechtsstellung Privater zu berühren. Schliesslich bildet es die Rechtsgrundlage für die Erhebung von Abgaben. Damit enthält das Geldspielkonkordat wichtige, rechtsetzende Bestimmungen im Sinne von Artikel 31 KV. Demzufolge ist die Regierung nicht berechtigt, dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat beizutreten. Diese Entscheidung hat vielmehr der Grosse Rat zu treffen, der hierüber in einem dem fakultativen Referendum unterstehenden Beschluss zu entscheiden hat.

6. Personelle und finanzielle Auswirkungen

6.1 Für den Kanton

Der Bundesrat führte in der Botschaft zum Geldspielgesetz bezüglich des Aufwands für die interkantonale Bewilligung und Aufsicht über die Grossspiele aus, der Kern der vom Geldspielgesetz für die interkantonale Aufsichts- und Vollzugsbehörde vorgesehenen Aufgaben und Befugnisse werde bereits heute von der Comlot wahrgenommen. Das Geldspielgesetz sehe allerdings zahlreiche und vielseitige, ergänzende sowie erweiternde Aufgaben und Befugnisse vor (BBl 2015 8522 f.). Deshalb dürften sich die Kosten der interkantonalen Aufsichts- und Vollzugsbehörde nach dem Inkrafttreten des Geldspielgesetzes auf 4 bis 6 Millionen Franken erhöhen. Der Budgetrahmen falle deshalb so breit aus, weil der Ressourcenbedarf insbesondere stark von den neuen kantonalen Rechtsgrundlagen zu den Geschicklichkeitsspielen abhängen werde, d.h. von der Frage, ob die Kantone

an den geltenden Geschicklichkeitsspielautomatenverboten festhalten würden oder nicht (BBl 2015 8523).

Die Richtigkeit dieser Beurteilung stellt die FDKL im Erläuternden Bericht zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat vom 20. Mai 2019 nicht infrage (Erläuternder Bericht GSK, S. 40). Sie weist aber darauf hin, dass nach der Konzeption des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats sowohl die Tätigkeit der Interkantonalen Trägerschaft Geldspiele als auch der GESPA vollständig über Abgaben und Beiträge finanziert werden solle. Die durch Revision der IVLW bedingten Mehrkosten sollten daher zulasten der Abgabepflichtigen und nicht der Kantone gehen. Der Beitritt zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat dürfte folglich für die Kantone keine nennenswerten finanziellen oder personellen Folgen nach sich ziehen (vgl. dazu die vorstehenden Ausführungen unter Ziff. 3 zu den Artikeln 51–68).

Die Regierung teilt diese Auffassung. Sie rechnet infolge des Beitritts zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat mit keinen finanziellen und personellen Auswirkungen für den Kanton.

6.2 Für die Regionen

Für die Regionen sind aufgrund des Beitritts zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat weder finanzielle noch personelle Folgen zu erwarten.

6.3 Für die Gemeinden

Der Beitritt zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat ist weder für die politischen Gemeinden noch die Bürgergemeinden mit personellen oder finanziellen Folgen verbunden.

6.4 Für gemeinnützige, wohltätige und sportliche Projekte

Im Kanton Graubünden darf nur die Swisslos interkantonale oder gesamtschweizerisch durchgeführte Lotterien sowie grosse Sportwetten und Online-Geschicklichkeitsspiele durchführen. Die Swisslos wird von den Deutschschweizer Kantonen und dem Kanton Tessin betrieben. In den vergangenen fünf Jahren hat Swisslos dem Kanton Graubünden als Gewinnanteil pro Jahr rund 15 Millionen Franken ausgerichtet (vgl. dazu die Ausführungen in der Botschaft Nr. 11/2019–2020, Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame

Durchführung von Geldspielen, Ziff. 1.1). Diese finanziellen Mittel hat der Kanton Graubünden zur Förderung kantonalen gemeinnütziger, wohltätiger oder sportlicher Projekte und Institutionen eingesetzt.

Diese finanziellen Mittel würden im Kanton Graubünden inskünftig fehlen, wenn der Kanton Graubünden dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat nicht beitreten und dieses – wovon auszugehen ist – mindestens von 18 Kantonen ratifiziert werden würde. Denn in diesem Fall dürften im Kanton Graubünden zumindest mittelfristig keine Grossspiele mehr durchgeführt werden, womit der Kanton Graubünden die Reingewinne, die Swisslos mit der Durchführung und Organisation solcher Spiele erzielt, nicht mehr beanspruchen könnte (Art. 1 Abs. 3 IKV 2020, vgl. dazu die vorstehenden Ausführungen unter Ziff. 3 zu Art. 69). Insofern besteht ein erhebliches kantonales Interesse an einem Beitritt zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat.

7. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Beitritt des Kantons Graubünden zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat vom 20. Mai 2019 gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Rathgeb*
Der Kanzleidirektor: *Spadin*

Anhang 1: Glossar

- Geldspiele:** Spiele, bei denen gegen Leistung eines geldwerten Einsatzes oder bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts ein Geldgewinn oder ein anderer geldwerter Vorteil in Aussicht steht (Art. 3 lit. a BGS).
- Lotterien:** Geldspiele, die einer unbegrenzten oder zumindest einer hohen Anzahl Personen offenstehen und bei denen das Ergebnis durch ein und dieselbe Zufallsziehung oder durch eine ähnliche Prozedur ermittelt wird (Art. 3 lit. b BGS).
- Sportwetten:** Geldspiele, bei denen der Spielgewinn abhängig ist von der richtigen Vorhersage des Verlaufs oder des Ausgangs eines Sportereignisses (Art. 3 lit. c BGS).
- Geschicklichkeitsspiele:** Geldspiele, bei denen der Spielgewinn ganz oder überwiegend von der Geschicklichkeit der Spielerin oder des Spielers abhängt (Art. 3 lit. d BGS). Beispiele hierfür sind Jassen, Schach sowie automatisierte Geschicklichkeitsspielautomaten.
- Grossspiele:** Lotterien, Sportwetten und Geschicklichkeitsspiele, die je automatisiert oder interkantonal oder online durchgeführt werden (Art. 3 lit. e BGS).
- Kleinspiele:** Lotterien, Sportwetten und Pokerturniere, die je weder automatisiert noch interkantonal noch online durchgeführt werden. Darunter fallen Kleinlotterien, lokale Sportwetten sowie kleine Pokerturniere (Art. 3 lit. f BGS).
- Unterhaltungslotterien:** Besondere Form von Kleinlotterien, die bei einem Unterhaltungsanlass veranstaltet werden, deren Gewinne ausschliesslich in Sachpreisen bestehen, bei denen die Ausgabe der Lose, die Losziehung und die Ausrichtung der Gewinne im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Unterhaltungsanlass erfolgen und bei denen die maximale Summe aller Einsätze tief ist (Art. 41 Abs. 2 BGS). Diese Spiele sind unter dem Begriff «Tombolas» oder «Lottos» bekannt und werden zumeist von lokalen Vereinen durchgeführt.

- Spielbankenspiele: Geldspiele, die einer eng begrenzten Anzahl von Personen offenstehen; ausgenommen sind Sportwetten, Geschicklichkeitsspiele und Kleinspiele (Art. 3 lit. g BGS). Diese Spiele werden in Spielbanken durchgeführt. Beispiele sind Roulette, Blackjack, Glücksrad sowie Glücksspielautomaten.
- Glückspielautomat: Glückspielautomaten sind Geräte, die ein Glücksspiel anbieten, das im Wesentlichen automatisch abläuft (Art. 3 Abs. 2 SBG). Glücksspielautomaten dürfen nur in Casinos betrieben werden. Beispiele finden sich auf der Liste der bis zum 31. Dezember 2018 in den Casinos bewilligten automatisiert durchgeführten Spiele (abrufbar unter: Startseite ESBK > Aufsicht über die Spielbanken > Spielbanken, letztmals besucht am 6. August 2019).
- Geschicklichkeitsspiel- Geschicklichkeitsspielautomaten sind Geräte, die ein Geschicklichkeitsspiel anbieten, das im Wesentlichen automatisch abläuft und dessen Gewinn hauptsächlich von der Geschicklichkeit der Spielenden abhängt (Art. 3 Abs. 3 SBG). Geschicklichkeitsspielautomaten dürfen ausserhalb von Casinos betrieben werden, sofern das kantonale Recht sie nicht verbietet.
- Unterhaltungsspiel- Gerät, bei dem in der Regel nach einem Münzeinwurf ein automatisierter Spielverlauf gestartet wird, dessen Ergebnis vom Zufall oder/ und der Geschicklichkeit der Spielenden abhängt. Es werden keine Geld- oder Warengewinne oder andere geldwerte Vorteile in Aussicht stellt. Hierbei handelt es sich nicht um ein Geldspiel im Sinne des Geldspielgesetzes. Beispiele hierfür sind Flipperautomaten, Dartspiele, Tischkegelspiele, Schiessapparate und Videospiele ohne Geldgewinne.

Anhang 2: Übersicht über die Rechtserlasse im Bereich des Geldspielrechts

Bundesebene	
bis 31.12.2018	Art. 106 BV; Spielbankengesetz; Lotteriegesezt
ab 1.1.2019	Art. 106 BV Geldspielgesetz Geldspielverordnung Geldwäschereiverordnung des EJPD Spielbankenverordnung des EJPD
Interkantonale Ebene	
bis 31.12.2018	ILW Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien (sog. Lotteriekonkordat)
ab 1.1.2019	IVLW Zusatzvereinbarung zur IVLW Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien (sog. Lotteriekonkordat)
neu	Gesamtschweizerisches Geldspielkonkordat (Botschaft zum Beitritt des Kantons Graubünden zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat [Heft Nr. 11/2019–2020, S. 709 ff.]) IKV 2020 (Botschaft zum Beitritt des Kantons Graubünden zur IKV 2020 [Heft Nr. 11/2019–2020, S. 837 ff.]

Innerkantonale Ebene	
geltendes Recht	<p style="text-align: center;">Gesetz über das Lotteriewesen (BR 935.450) mit der Verordnung über das Lotteriewesen</p> <p style="text-align: center;">Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe</p> <p style="text-align: center;">Art. 38 des Finanzhaushaltsgesetzes</p> <p style="text-align: center;">Reglement über die Ausrichtung von Beiträgen aus der Spezialfinanzierung Landeslotterie (Landeslotterie-Reglement)</p> <p style="text-align: center;">Art. 6 des Sportförderungsgesetzes (BR 470.000)</p> <p style="text-align: center;">Art. 9–16 der Sportförderungsverordnung</p>
neu	<p style="text-align: center;">Geldspielgesetz des Kantons Graubünden (Botschaft betreffend den Erlass eines Geldspielgesetzes des Kan- tons Graubünden [Heft Nr. 11/2019–2020, S. 870 ff.])</p> <p style="text-align: center;">Geldspielverordnung des Kantons Graubünden (von der Regierung zu erlassen)</p>
unverändert	<p style="text-align: center;">Art. 38 des Finanzhaushaltsgesetzes</p> <p style="text-align: center;">Reglement über die Ausrichtung von Beiträgen aus der Spezialfinanzierung Landeslotterie (Landeslotterie-Reglement)</p> <p style="text-align: center;">Art. 6 des Sportförderungsgesetzes (BR 470.000)</p> <p style="text-align: center;">Art. 9–16 der Sportförderungsverordnung</p>

Beitritt des Kantons Graubünden zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat vom 20. Mai 2019

Vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat vom 20. Mai 2019 bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zum Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat vom 20. Mai 2019 gegenüber der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesezt zu erklären.
3. Die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Gesamtschweizerisches Geldspielkonkordat (GSK)

Vom 20. Mai 2019

Die Kantone

gestützt auf

- Art. 48 und Art. 106 sowie Art. 191 b Abs. 2 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101; BV)
- das Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (SR 935.51; Geldspielgesetz, BGS)

vereinbaren:

Kapitel: **Allgemeine Bestimmungen**

Art. 1 **Gegenstand**

Dieses Konkordat regelt

- a. die interkantonale Trägerschaft Geldspiele (nachfolgend: Trägerschaft) einschliesslich das interkantonale Geldspielgericht (nachfolgend: Geldspielgericht);
- b. die interkantonale Aufsichts- und Vollzugsbehörde gemäss Art. 105 BGS (nachfolgend: Interkantonale Geldspielaufsicht; GESPA);
- c. die Stiftung Sportförderung Schweiz (nachfolgend SFS);
- d. die Gewährung ausschliesslicher Veranstaltungsrechte für die Durchführung von Grosslotterien und grossen Sportwetten;
- e. die Erhebung und Verwendung von Abgaben für die Finanzierung des Aufwands im Zusammenhang mit dem Geldspiel und der Bekämpfung der Spielsucht.

Kapitel: Die interkantonale Trägerschaft Geldspiele

ERSTER ABSCHNITT: AUFGABEN UND ORGANISATION

a) *Allgemeines*

Art. 2 Aufgaben der Trägerschaft

Die Trägerschaft

- a. bestimmt im Rahmen des übergeordneten Rechts die Politik der Kantone im Bereich der Grossspiele und setzt politische Rahmenbedingungen für den Grossspielsektor;
- b. nimmt die Verantwortung der Kantone als Träger der GESPA wahr; sie übt insbesondere die administrative Aufsicht über die GESPA aus;
- c. stellt das Geldspielgericht;
- d. gewährleistet die transparente Verwendung von Reingewinnen aus Grosslotterien und grossen Sportwetten zugunsten des nationalen Sports; sie übt insbesondere die administrative Aufsicht über die SFS aus;
- e. ist Depositärin des Konkordats.

Art. 3 Rechtsform, Sitz und Organe

¹ Die Trägerschaft ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft mit Sitz in Bern.

² Organe der Trägerschaft sind:

- a. die Fachdirektorenkonferenz Geldspiele (nachfolgend: FDKG);
- b. der Vorstand;
- c. das Geldspielgericht;
- d. die Revisionsstelle.

b) *Die Fachdirektorenkonferenz Geldspiele (FDKG)*

Art. 4 Zusammensetzung

Die Kantone entsenden je ein Regierungsmitglied in die FDKG.

Art. 5 Zuständigkeiten der FDKG

Die FDKG:

- a. verabschiedet Stellungnahmen und Empfehlungen zuhanden der Kantone im Bereich der Geldspielpolitik;
- b. wählt
 - i. die Mitglieder des Vorstands;
 - ii. die Revisionsstelle;
 - iii. die Mitglieder des Aufsichtsrats der GESPA sowie deren Präsidium;
 - iv. die Richterinnen und Richter, die Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter sowie die a.o. Richterinnen und Richter des Geldspielgerichts sowie dessen Präsidium;
 - v. die Mitglieder des Stiftungsrats der SFS sowie dessen Präsidium;
 - vi. die Vertretungen der kantonalen Vollzugsbehörden und der GESPA im Koordinationsorgan gemäss Art. 113 ff. BGS;
- c. bestimmt das Mitglied oder die Mitglieder der Kantone in der Eidgenössischen Spielbankenkommission gemäss Art. 94 ff. BGS;
- d. erlässt das Organisationsreglement;
- e. beschliesst
 - i. das Budget;
 - ii. den Jahresbericht und die Jahresrechnung;
 - iii. die Höhe des Anteils „Aufsicht“ der Abgabe gemäss Art. 67 Abs. 1;
 - iv. den Leistungsauftrag der GESPA jeweils für 4 Jahre;
 - v. auf Antrag der GESPA den jährlichen Beitrag an die GESPA aus dem Ertrag der Abgabe gemäss Art. 67 Abs. 2;

- vi. auf Antrag der SFS das Stiftungsreglement der SFS;
 - vii. auf Antrag der SFS den Betrag zur Förderung des nationalen Sports jeweils für 4 Jahre im Verfahren gemäss Art. 34;
 - viii. auf Antrag der SFS die Schwerpunkte für den Einsatz der Mittel zugunsten des nationalen Sports jeweils für 4 Jahre;
 - ix. geringfügige Änderungen des Konkordats im vereinfachten Verfahren gemäss Art. 71 Abs. 3;
- f. genehmigt
- i. das Organisationsreglement der GESPA;
 - ii. das Gebührenreglement der GESPA;
 - iii. die Entschädigungsordnung für die Mitglieder des Aufsichtsrats der GESPA;
 - iv. den vierjährigen Rechenschaftsbericht der GESPA;
 - v. das Geschäftsreglement des Geldspielgerichts;
 - vi. den Jahresbericht und die Sonderrechnung des Geldspielgerichts;
 - vii. die Entschädigungsordnung für die Mitglieder des Stiftungsrats der SFS;
 - viii. den vierjährigen Rechenschaftsbericht der SFS;
- g. nimmt Kenntnis
- i. vom jährlichen Budget der GESPA;
 - ii. vom Jahresbericht und von der Jahresrechnung der GESPA;
 - iii. vom Jahresbericht und von der Jahresrechnung der SFS;
- h. nimmt darüber hinaus alle Zuständigkeiten der Trägerschaft wahr, die keinem anderen Organ der Trägerschaft übertragen sind.

Art. 6 Entscheidungsverfahren der FDKG

¹ Die FDKG ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist.

² Ein Beschluss der FDKG kommt unter Vorbehalt von Art. 34 und Art. 71 Abs. 3 zustande, wenn ihm die Mehrheit der Stimmenden zustimmt.

³ Bei Stimmengleichheit fällt das Präsidium den Stichentscheid.

c) *Der Vorstand*

Art. 7 Zusammensetzung des Vorstands

¹ Die FDKG wählt aus ihrer Mitte fünf Mitglieder in den Vorstand. Mindestens zwei Mitglieder stammen aus der französischen Schweiz.

² Eines der Mitglieder aus der französischen Schweiz übt das Amt des Präsidiums oder des Vizepräsidiums aus.

³ Der Conférence Romande des membres de gouvernement concernés par les jeux d'argent (CRJA) steht in Bezug auf die Mitglieder aus der französischen Schweiz ein Vorschlagsrecht zu.

Art. 8 Zuständigkeiten

Der Vorstand

- a. bereitet die Beschlüsse der FDKG vor, stellt Antrag und setzt die Beschlüsse der FDKG um;
- b. vertritt die Trägerschaft nach aussen.

Art. 9 Entscheidverfahren

¹ Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist.

² Ein Beschluss des Vorstands kommt zustande, wenn ihm die Mehrheit der Stimmen zustimmt.

³ Bei Stimmgleichheit fällt das Präsidium den Stichentscheid.

Art. 10 Sekretariat

¹ Der Vorstand verfügt über ein Sekretariat.

² Soweit Personal angestellt wird, erfolgt die Anstellung öffentlich-rechtlich. Das Bundespersonalrecht ist sinngemäss anwendbar. Das Organisationsreglement kann davon abweichende Bestimmungen enthalten, soweit die besonderen Verhältnisse und die zu erfüllenden Aufgaben dies erfordern.

d) *Das Geldspielgericht*

Art. 11 Zusammensetzung, Amtsdauer, Amtszeit

¹ Das Geldspielgericht besteht aus fünf Richterinnen oder Richtern, wovon je zwei aus der französischen und der deutschen sowie eine oder einer aus der italienischen Schweiz stammen.

² Dem Geldspielgericht gehören drei Ersatzrichterinnen oder Ersatzrichter an, wovon zwei aus der deutschen sowie eine oder einer aus der französischen oder der italienischen Schweiz stammen.

³ Die Amtsdauer beträgt 6 Jahre; Richterinnen und Richter sowie Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter können einmal wiedergewählt werden. Die Amtsdauer der Ersatzrichterinnen oder Ersatzrichter wird für die Bemessung der maximalen Amtszeit einer Richterin oder eines Richters nicht angerechnet.

⁴ Die FDKG kann auf Antrag des interkantonalen Geldspielgerichts ausserordentliche Richterinnen oder Richter ernennen,

- a. soweit infolge Ausstands der ordentlichen Richterinnen und Richter und der Ersatzrichterinnen und –richter ansonsten keine gültige Verhandlung stattfinden kann, oder
- b. wenn für die Beurteilung einer Streitsache besondere Fachkenntnisse erforderlich sind, über welche die ordentlichen Richterinnen und Richter bzw. die Ersatzrichterinnen oder –richter nicht verfügen; diesfalls muss die a.o. Richterin bzw. der a.o. Richter über die entsprechenden Fachkenntnisse verfügen.

Art. 12 Zuständigkeit

Das Geldspielgericht beurteilt als letztinstanzliche interkantonale richterliche Behörde mit voller Kognition in Sachverhalts- und Rechtsfragen Beschwerden gegen Verfügungen und Entscheide der übrigen mit diesem Konkordat geschaffenen Organisationen bzw. deren Organe.

Art. 13 Unabhängigkeit

Das Geldspielgericht ist in seiner Recht sprechenden Tätigkeit unabhängig und nur dem Recht verpflichtet.

Art. 14 Organisation und Berichterstattung

¹ Das Geldspielgericht erlässt ein Geschäftsreglement, welches der Genehmigung durch die FDKG bedarf. Darin regelt es insbesondere die Organisation, die Zuständigkeiten, die Entschädigungen, das Personal und die Kommunikation seiner Tätigkeit.

² Soweit Personal angestellt wird, erfolgt die Anstellung öffentlich-rechtlich, das Bundespersonalrecht ist sinngemäss anwendbar. Das Geschäftsreglement kann davon abweichende Regelungen enthalten, soweit die besonderen Verhältnisse und die vom Geldspielgericht zu erfüllenden Aufgaben dies erfordern.

³ Das Verfahren vor dem Geldspielgericht richtet sich nach dem Verwaltungsgesichtsgesetz des Bundes vom 17. Juni 2005 (VGG; SR 173.32).

⁴ Das Geldspielgericht unterbreitet der FDKG jährlich einen Jahresbericht, zusammen mit der von der Revisionsstelle der Trägerschaft geprüften Sonderrechnung des Geldspielgerichts.

e) Die Revisionsstelle

Art. 15 Wahl und Berichterstattung

¹ Die FDKG wählt als Revisionsstelle ein kantonales Rechnungsprüfungsorgan oder eine anerkannte private Revisionsstelle auf eine Amtsdauer von 4 Jahren; Wiederwahl ist möglich.

² Die Revisionsstelle führt eine im Sinne von Art. 728a des Bundesgesetzes betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 30. März 1911 (Fünfter Teil: Obligationenrecht/OR; SR 220) ordentliche Revision der Rechnung der Trägerschaft, einschliesslich der Sonderrechnung des Geldspielgerichts, durch.

³ Sie berichtet der FDKG und stellt Antrag auf Genehmigung oder Nichtgenehmigung der jeweiligen Rechnung.

f) Weitere organisatorische Einheiten

Art. 16 Kommissionen und Arbeitsgruppen

¹ Die FDKG und der Vorstand können projektbezogene Arbeitsgruppen einsetzen; die FDKG kann zudem ständige Kommissionen einsetzen.

² Das einsetzende Organ bestimmt den Auftrag, die Mitglieder der Kommission oder Arbeitsgruppe und die zur Verfügung stehenden Mittel.

³ Die eingesetzten Einheiten berichten periodisch über den Stand der Geschäfte und stellen ihren Antrag.

ZWEITER ABSCHNITT: FINANZEN

Art. 17 Finanzierung

Die Trägerschaft deckt ihren Aufwand über die Abgabe gemäss Art. 67 sowie über Gebührenerträge des Geldspielgerichts.

Art. 18 Rechnungswesen

¹ Die Trägerschaft führt eine eigene Rechnung. Die Rechnungslegung erfolgt sinn- gemäss nach den Vorschriften des 32. Titels OR.

² Das Geldspielgericht führt eine Sonderrechnung, als Teil der Rechnung gemäss Abs. 1.

Kapitel: Die interkantonale Geldspielaufsicht (GESPA)

ERSTER ABSCHNITT: AUFGABEN UND ORGANISATION

a) *Allgemeines*

Art. 19 Aufgaben und Befugnisse

¹ Die GESPA nimmt die im BGS der interkantonalen Aufsichts- und Vollzugsbe- hörde zugewiesenen Aufgaben wahr und verfügt über die ihr bundesrechtlich zuge- wiesenen Befugnisse. Die Trägerschaft kann mit der GESPA allgemeine Grundsätze zur Aufgabenerfüllung vereinbaren.

² Die GESPA ist das Kompetenzzentrum der Kantone im Bereich Geldspiele. Die Trägerschaft erlässt mittels Leistungsauftrag allgemeine Vorgaben hinsichtlich Quantität und Qualität der Aufgabenerfüllung. Die Trägerschaft kann der GESPA weitere untergeordnete Aufgaben übertragen.

³ Die GESPA kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Ausführungsbestimmungen erlassen.

⁴ Sie darf gegen kostendeckendes Entgelt im Auftrag Dritter Leistungen erbringen, soweit ein enger Zusammenhang zu den Aufgaben gemäss Abs. 1 bis 2 besteht.

⁵ Sie darf selbst keine gewerblichen Leistungen am Markt erbringen und zu diesem Zweck keine Beteiligungen oder Kooperationen eingehen.

Art. 20 Rechtsform, Sitz und Organe

¹ Die GESPA ist eine interkantonale öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und Sitz in Bern.

² Sie verfügt über die folgenden Organe:

- a. den Aufsichtsrat;
- b. die Geschäftsstelle;
- c. die Revisionsstelle.

Art. 21 Unabhängigkeit

¹ Die GESPA erfüllt ihre Aufgaben selbständig und unabhängig.

² Das Präsidium der FDKG führt mit dem Präsidium der GESPA jährlich ein Gespräch über die Aufgabenerfüllung.

Art. 22 Organisation und Berichterstattung

¹ Die GESPA organisiert sich im Rahmen der Vorgaben dieses Konkordats selbst.

² Sie unterbreitet der Trägerschaft jährlich einen Jahresbericht zur Kenntnisnahme, zusammen mit der von der Revisionsstelle geprüften Jahresrechnung.

³ Sie erstattet der Trägerschaft alle vier Jahre einen Rechenschaftsbericht.

b) *Der Aufsichtsrat*

Art. 23 Zusammensetzung, Amtsdauer, Amtszeit

¹ Der Aufsichtsrat besteht aus fünf oder sieben sachverständigen Mitgliedern, wovon je mindestens zwei Mitglieder aus der französischen und deutschen Schweiz sowie

ein Mitglied aus der italienischen Schweiz stammen. Mindestens ein Mitglied muss über besondere Kenntnisse im Bereich der Suchtprävention verfügen.

² Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt 4 Jahre; jedes Mitglied kann zweimal wiedergewählt werden.

Art. 24 Zuständigkeiten

¹ Der Aufsichtsrat

- a. erlässt
 - i. das Organisationsreglement der GESPA, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die FDKG;
 - ii. das Gebührenreglement der GESPA, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die FDKG;
 - iii. die Entschädigungsordnung der Mitglieder des Aufsichtsrats, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die FDKG;
 - iv. die Regulierung betreffend das Personal;
- b. kann zuhanden der Kantone Empfehlungen abgeben;
- c. beschliesst
 - i. das jährliche Budget der GESPA;
 - ii. den Jahresbericht und die Jahresrechnung der GESPA;
 - iii. den Rechenschaftsbericht zuhanden der FDKG, jeweils für vier Jahre;
- d. stellt die Direktorin oder den Direktor und die Vizedirektorin oder den Vizedirektor an und genehmigt die Anstellung der weiteren Mitarbeitenden der Geschäftsstelle.

² Der Aufsichtsrat übt die Zuständigkeiten gemäss BGS aus sowie darüber hinaus sämtliche Zuständigkeiten, die für die Erfüllung der mit diesem Konkordat und mit dem Leistungsauftrag der Trägerschaft übertragenen Aufgaben notwendig und keinem anderen Organ übertragen sind.

³ Der Aufsichtsrat erlässt insbesondere die Veranstalter- und Spielbewilligungen und verfügt die damit verbundenen Abgaben.

⁴ Der Aufsichtsrat kann im Organisationsreglement Zuständigkeiten an die Geschäftsstelle delegieren.

⁵ Der Aufsichtsrat kann Kantonen oder Gemeinden im gegenseitigen Einvernehmen und gegen kostendeckendes Entgelt einzelne Aufsichtsaufgaben übertragen.

c) *Die Geschäftsstelle*

Art. 25 Geschäftsstelle und Personal

¹ Die Geschäftsstelle steht unter der Leitung einer Direktorin oder eines Direktors.

² Sie übt die unmittelbare Aufsicht über den Grossspielsektor aus; der Aufsichtsrat kann in Fällen von grosser Tragweite die Zuständigkeit an sich ziehen.

³ Sie bereitet die Geschäfte des Aufsichtsrats vor, stellt Antrag und vollzieht dessen Beschlüsse.

⁴ Sie berichtet dem Aufsichtsrat regelmässig, bei besonderen Ereignissen ohne Verzug.

⁵ Sie verkehrt mit Veranstalterinnen, Behörden und Dritten direkt und erlässt in ihrem Zuständigkeitsbereich nach Massgabe des Organisationsreglements selbstständig Verfügungen und erhebt Abgaben.

⁶ Sie prüft die der GESPA gestützt auf Art. 32 Abs. 2 BGS von den kantonalen Bewilligungsbehörden zugestellten Bewilligungsentscheide auf Übereinstimmung mit dem Bundesrecht.

⁷ Sie vertritt die GESPA vor eidgenössischen, interkantonalen und kantonalen Gerichten.

⁸ Das Personal wird öffentlich-rechtlich angestellt. Das Bundespersonalrecht ist sinngemäss anwendbar. Das Reglement kann davon abweichende Regelungen enthalten, soweit die besonderen Verhältnisse und die zu erfüllenden Aufgaben dies erfordern.

d) *Die Revisionsstelle*

Art. 26 Wahl, Auftrag und Berichterstattung

¹ Der Aufsichtsrat wählt als Revisionsstelle ein kantonales Rechnungsprüfungsorgan oder eine anerkannte private Revisionsstelle auf eine Amtsdauer von vier Jahren; Wiederwahl ist möglich.

² Die Revisionsstelle führt eine im Sinn von Art. 728a OR ordentliche Revision durch und berichtet dem Aufsichtsrat.

Art. 27 Reserven

¹ Die GESPA bildet aus der einmaligen Abgabe (Art. 64) Reserven in der Höhe von CHF 3 Mio.

² Die Reserven der GESPA müssen ab dem vierten Jahr nach Inkrafttreten dieses Konkordats stets mindestens 50% und höchstens 150% des Betrags ihres auf den Durchschnitt der drei vorangegangenen Jahre errechneten, jährlichen Gesamtaufwands aufweisen.

Art. 28 Finanzierung

Die GESPA deckt ihren Aufwand über Abgaben gemäss Kapitel 7 dieses Konkordats sowie über Beiträge der Trägerschaft.

Art. 29 Rechnungslegung

¹ Der Aufbau der Rechnung stellt sicher, dass die Abgaben gemäss Kapitel 7 korrekt berechnet werden können.

² Im Übrigen gelten die Vorschriften des 32. Titels OR sinngemäss.

**Art. 30 Verteilung eines Aufwand- oder Ertragsüberschusses bei
Auflösung der GESPA**

¹ Bei einer Auflösung der Anstalt wird ein Aufwand- oder Ertragsüberschuss im Verhältnis der Wohnbevölkerung auf die Kantone verteilt.

² Die Kantone verwenden einen Ertragsüberschuss ausschliesslich für die Finanzierung der Aufsicht über den Grossspielsektor oder für gemeinnützige Zwecke.

Art. 31 Verfahrensrecht

Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (VwVG; SR 172.021).

Kapitel: Die Stiftung Sportförderung Schweiz (SFS)**Art. 32 Errichtung und Zweck**

¹ Die Kantone verwenden einen Teil der Reingewinne von Grosslotterien und grossen Sportwetten zur Förderung des nationalen Sports.

² Zur Verteilung der Mittel gemäss Abs. 1 wird die rechtlich selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung Sportförderung Schweiz (SFS) errichtet.

³ Die SFS gewährt Beiträge zur Förderung des nationalen Sports im Rahmen der Vorgaben des übergeordneten Rechts, dieses Konkordats sowie der Vorgaben der FDKG (Stiftungsreglement und Beschluss der FDKG über die Schwerpunkte für den Einsatz der Mittel).

⁴ Sie kontrolliert die zweckgemässe Verwendung der Beiträge durch die Destinatäre.

⁵ Sie kann nach Massgabe des Stiftungsreglements weitere Aufgaben erfüllen.

Art. 33 Stiftungsvermögen

¹ Die FDKG legt den Betrag aus dem Reingewinn, welcher der Stiftung jährlich zugewendet wird, im Verfahren gemäss Art. 34 jeweils auf vier Jahre fest.

² Das aus Reingewinnen von Grosslotterien und grossen Sportwetten geäuftete Stiftungsvermögen darf ausschliesslich zum Zwecke der Förderung des nationalen Sports, insbesondere für den Nachwuchsleistungssport, für Aus- und Weiterbildung, für die Information sowie für die Verwaltung der Stiftung eingesetzt werden.

³ Im Falle einer Auflösung der Stiftung fällt das Stiftungsvermögen im Verhältnis der Wohnbevölkerung an die Kantone.

⁴ Die Kantone verwenden die Mittel gemäss Abs. 3 ausschliesslich zur Förderung des kantonalen Sports.

Art. 34 Verfahren für die Festlegung des Betrags zur Förderung des nationalen Sports

¹ Der Stiftungsrat der SFS stellt der FDKG spätestens 12 Monate vor Ablauf der Vierjahresperiode Antrag.

² Die Mitglieder der FDKG informieren die Regierung des sie entsendenden Kantons frühzeitig über die bevorstehende Beschlussfassung. Die Regierung kann der bzw. dem Delegierten das Mandat binden.

³ Der Beschluss der FDKG kommt zustande, wenn sowohl die Mehrheit der Stimmen der sechs Kantone der Westschweiz als auch die Mehrheit der Stimmen

der zwanzig Kantone der Deutschschweiz und des Kantons Tessin dem Antrag zustimmen.

⁴ Der Betrag wird von den Kantonen im Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen. Die Einwohnerzahlen werden auf der Grundlage der aktuellsten Angaben des Bundesamts für Statistik zum Zeitpunkt der Beschlussfassung ermittelt.

Art. 35 Organisation

¹ Die SFS verfügt über einen Stiftungsrat als oberstes Organ sowie eine Revisionsstelle.

² Der Stiftungsrat verfügt über 5 oder 7 Mitglieder; bei der Zusammensetzung ist auf eine angemessene Vertretung der verschiedenen Sprachregionen zu achten.

³ Die Rechnungslegung erfolgt sinngemäss nach den Vorschriften des 32. Titels OR.

⁴ Der Stiftungsrat wählt als Revisionsstelle ein kantonales Rechnungsprüfungsorgan oder eine anerkannte private Revisionsstelle auf eine Amtsdauer von vier Jahren; Wiederwahl ist möglich.

⁵ Die Revisionsstelle führt eine im Sinne von Art. 728a OR ordentliche Revision durch und prüft insbesondere, ob die Mittelverwendung im Einklang mit den Vorgaben erfolgt ist.

⁶ Die FDKG bestimmt den Sitz der Stiftung und regelt die Einzelheiten auf Antrag der SFS in einem Stiftungsreglement. Das Reglement regelt namentlich die Aufgaben der Stiftung abschliessend, die Organisation einschliesslich Rechnungswesen und Berichterstattung, die Unabhängigkeit von den Destinatären sowie das Verfahren und die Kriterien für die Mittelverwendung.

⁷ Soweit Personal angestellt wird, erfolgt die Anstellung privatrechtlich.

Art. 36 Berichterstattung

¹ Die SFS unterbreitet der FDKG jährlich einen Jahresbericht zur Kenntnisnahme, zusammen mit der von der Revisionsstelle geprüften Jahresrechnung.

² Sie erstattet der FDKG alle vier Jahre einen Rechenschaftsbericht.

Art. 37 Kriterien und Verfahren für die Mittelvergabe

¹ Die SFS gewährt Beiträge

- a. an den Dachverband der nationalen Sportverbände (Swiss Olympic);

- b. an nationale Sportverbände, welche wie der Fussballverband und der Eishockeyverband massgebend in der Schweiz Wettsubstrat generieren.

² Die FDKG regelt auf Antrag der SFS das Verfahren und die Kriterien für die Mittelverwendung im Stiftungsreglement und beschliesst auf Antrag der SFS die Schwerpunkte des Mitteleinsatzes jeweils für 4 Jahre.

³ Es besteht kein Rechtsanspruch auf Beiträge der SFS.

Art. 38 Transparenz

¹ Die SFS legt offen, welche Empfängerinnen und Empfänger für welche Bereiche wie hohe Beiträge erhalten haben.

² Sie veröffentlicht die Informationen gemäss Abs. 1 sowie ihre Rechnung jährlich auf ihrer Website.

Kapitel: Gemeinsame Bestimmungen

Art. 39 Unvereinbarkeit

¹ Niemand darf gleichzeitig in mehreren mit dem Konkordat geschaffenen Organen Einsitz nehmen.

² Die Mitglieder der mit dem vorliegenden Konkordat geschaffenen Organe dürfen weder Mitglied eines Organs noch Mitarbeitende von Geldspielunternehmen oder von Fabrikations- und Handelsbetrieben der Geldspielbranche sein noch dürfen sie an solchen Unternehmungen beteiligt sein oder ein Mandat für eine solche Unternehmung ausüben.

Art. 40 Offenlegung von Interessenbindungen

¹ Die Mitglieder von mit dem vorliegenden Konkordat geschaffenen Organen legen ihre Interessenbindungen vor ihrer Wahl offen.

² Wer sich weigert, seine Interessenbindungen offenzulegen, ist als Mitglied eines Organs nicht wählbar.

Art. 41 Ausstandspflicht

¹ Wer an einem Geschäft unmittelbar persönliche Interessen hat, ist bei dessen Behandlung ausstandspflichtig.

² Ausstandspflichtig ist ebenfalls, wer mit einer Person, deren persönliche Interessen von einem Geschäft unmittelbar berührt werden, in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis dem dritten Grade verwandt oder verschwägert oder durch Ehe, eingetragene Partnerschaft oder faktische Lebensgemeinschaft verbunden ist oder diese Person gesetzlich, statutarisch oder vertraglich vertritt.

³ Ausstandspflichtige müssen von sich aus ihre Interessenbindung offenlegen.

⁴ Sie dürfen sich vor Verlassen des Raumes zur Sache äussern.

Art. 42 Verpflichtung zur Überbindung auf Mitarbeitende

Die mit dem vorliegenden Konkordat geschaffenen Organisationen stellen sicher, dass die Mitarbeitenden von der Geldspielbranche unabhängig sind und bei Interessenkonflikten in den Ausstand treten.

Art. 43 Finanzaufsicht

Die mit dem GSK geschaffenen Organisationen unterstehen nicht der Finanzaufsicht der Kantone. Die Finanzaufsicht wird abschliessend durch die FDKG wahrgenommen.

Art. 44 Haftung

¹ Die Haftung richtet sich unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen sinngemäss nach dem Verantwortlichkeitsgesetz des Bundes vom 14. März 1958 (VG; SR 170.32).

² Für den Schaden, den die GESPA in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Dritten zufügt, haftet sie nur, wenn ihre Organe oder Mitarbeitenden

- a. wesentliche Amtspflichten verletzt haben und
- b. Schäden nicht auf Pflichtverletzungen eines Beaufichtigten zurückzuführen sind.

³ Über streitige Ansprüche von Dritten erlässt die Organisation, gegen welche ein Anspruch gerichtet wird, eine Verfügung.

⁴ Gegenüber Organen oder Mitarbeitenden steht der oder dem Geschädigten kein Anspruch zu.

⁵ Soweit die haftpflichtige Organisation die geschuldete Entschädigung nicht zu leisten vermag, haften die Kantone solidarisch.

⁶ Die Kantone tragen einen allfälligen Schaden im Verhältnis ihrer Wohnbevölkerung.

Art. 45 Datenschutz

¹ Der Datenschutz richtet sich sinngemäss nach der Gesetzgebung des Bundes über den Datenschutz (DSG; SR 235.1 und Ausführungserlasse).

² Die mit dem vorliegenden Konkordat geschaffenen Organisationen bezeichnen in ihrem Organisationsreglement eine unabhängige Datenschutzaufsichtsstelle. Deren Aufgaben richten sich sinngemäss nach den Artikeln 27, 30 und 31 DSG. Die übrigen Bestimmungen des 5. Abschnitts des DSG sind nicht anwendbar.

Art. 46 Akteneinsicht

¹ Die Einsicht in amtliche Akten richtet sich unter Vorbehalt der nachfolgenden Absätze sinngemäss nach der Gesetzgebung des Bundes über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (SR 152.3 und Ausführungserlasse).

² Kein Zugang wird zu amtlichen Akten gewährt, welche die Zulassungs- und Aufsichtstätigkeit der GESPA betreffen.

³ Die Bestimmungen über das Schlichtungsverfahren (Art. 13 bis 15 des Öffentlichkeitsgesetzes des Bundes, SR 152.3) finden keine Anwendung. Die um Gewährung der Akteneinsicht ersuchte Behörde informiert über eine Fristverlängerung oder ihren Entscheid und erlässt auf Verlangen eine Verfügung.

⁴ Die Einsicht in Akten von laufenden Verfahren richtet sich nach dem anwendbaren Verfahrensrecht.

Art. 47 Publikationen

¹ Die Trägerschaft, die GESPA und die SFS veröffentlichen ihre rechtsetzenden Erlasse und andere zu veröffentlichende Mitteilungen je auf ihrer Website.

² Veröffentlichungen in vergaberechtlichen Verfahren erfolgen auf der gemeinsam von Bund und Kantonen betriebenen Internetplattform für öffentliche Beschaffungen.

Art. 48 Anwendbares Recht

Soweit das vorliegende Konkordat oder die gestützt darauf erlassenen Reglemente keine besondere Regelung enthalten, gelangt Bundesrecht sinngemäss zur Anwendung.

Kapitel: Gewährung ausschliesslicher Veranstaltungsrechte für die Durchführung von Grosslotterien und grossen Sportwetten

Art. 49 Zugelassene Veranstalterinnen oder Veranstalter von Grosslotterien und grossen Sportwetten

¹ Die Anzahl der Veranstalterinnen oder Veranstalter von Lotterien und Sportwetten ist i.S. von Art. 23 Abs. 1 BGS auf zwei beschränkt.

² Auf dem Gebiet der Deutschschweizer Kantone und des Kantons Tessin darf im Sinne von Art. 23 Abs. 2 BGS bei gegebenen Bewilligungsvoraussetzungen nur eine einzige Bewilligung für die Veranstaltung von Lotterien und Sportwetten erteilt werden. Die Deutschschweizer Kantone und der Kanton Tessin benennen die Veranstalterin oder den Veranstalter in einer rechtsetzenden interkantonalen Vereinbarung.

³ Auf dem Gebiet der Westschweizer Kantone darf im Sinne von Art. 23 Abs. 2 BGS bei gegebenen Bewilligungsvoraussetzungen nur eine einzige Bewilligung für die Veranstaltung von Lotterien und Sportwetten erteilt werden. Die Westschweizer Kantone benennen die Veranstalterin oder den Veranstalter in einer rechtsetzenden interkantonalen Vereinbarung.

Art. 50 Abgabe für die Gewährung ausschliesslicher Veranstaltungsrechte

Als Gegenleistung für die Gewährung der ausschliesslichen Veranstaltungsrechte gemäss Art. 49 hiervor entrichten die Inhaberinnen oder Inhaber der entsprechenden Veranstalterbewilligung der Trägerschaft eine einmalige sowie eine jährlich wiederkehrende Abgabe nach Massgabe der Art. 65 bis 68 dieses Konkordats.

Kapitel: Abgaben

ERSTER ABSCHNITT: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 51 Massgebender Gesamtaufwand

Der im Rahmen der nachfolgenden Bestimmungen mit Abgaben zu finanzierende Gesamtaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

- a. Aufwand der Trägerschaft, einschliesslich Geldspielgericht;

- b. Aufwand der GESPA;
- c. Auf die Kantone entfallender Anteil des Aufwands des Koordinationsorgans gemäss Art. 114 BGS.

Art. 52 Finanzierung

¹ Der Deckung des Gesamtaufwands gemäss Art. 51 hiervor dienen vorab

- a. Gebühren für Verfügungen und Dienstleistungen der GESPA im Einzelfall (Art. 54 ff.);
- b. Gebühren für Verfahren vor dem Geldspielgericht im Einzelfall (Art. 59).

² Zur Deckung des Anteils des Gesamtaufwands, welcher durch die Gebühren gemäss Abs. 1 lit. a und b vorstehend nicht gedeckt wird, bei welchem jedoch ein enger Zurechnungszusammenhang zu den Veranstalterinnen oder Veranstaltern von Grossspielen besteht, erhebt die GESPA von den Veranstalterinnen oder Veranstaltern jährlich pro Aufsichtsbereich eine Aufsichtsabgabe (Art. 60 ff.).

³ Der nicht den Veranstalterinnen oder Veranstaltern von Grossspielen zurechenbare Anteil des Gesamtaufwands wird über den Ertrag aus der wiederkehrenden Abgabe für die Gewährung der ausschliesslichen Veranstaltungsrechte, Anteil „Aufsicht“, finanziert.

Art. 53 Gebührenreglement der GESPA

¹ Die GESPA regelt die Einzelheiten der Abgaben in einem zu publizierenden Gebührenreglement.

² Sie regelt insbesondere die Abgrenzung zwischen dem zurechenbaren und dem nicht zurechenbaren Anteil des Gesamtaufwands (Art. 52, Abs. 2 und 3).

³ Soweit das vorliegende Konkordat und das Reglement der GESPA keine Regelungen enthalten, gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Gebührenverordnung des Bundes vom 8. September 2004 (AllgGebV; SR 172.041.1) sinngemäss.

ZWEITER ABSCHNITT: GEBÜHREN FÜR EINZELAKTE DER GESPA

Art. 54 Gebührenpflicht

¹ Wer eine Verfügung der GESPA veranlasst oder eine Dienstleistung der GESPA beansprucht, muss dafür Gebühren bezahlen.

² Die GESPA kann für Verfahren, die einen erheblichen Kontrollaufwand verursachen und nicht mit einer Verfügung enden, im Einzelfall Gebühren erheben, sofern der Gebührenpflichtige Anlass zu dieser Untersuchung gegeben hat.

Art. 55 Bemessung

¹ Die Gebühren werden nach dem tatsächlichen, gebotenen Zeitaufwand, und der erforderlichen Sachkenntnis, abgestuft nach Funktionsstufen und Qualifikation des ausführenden Personals, bemessen.

² Die Höhe der Gebühr liegt zwischen CHF 100.– und CHF 350.– pro Stunde.

³ Die GESPA legt die Ansätze für die einzelnen Funktionsstufen im Gebührenreglement fest.

⁴ Sie kann pauschalisierte Rahmentarife für standardisierte Verfahren festlegen.

Art. 56 Gebührenzuschlag

Die GESPA kann Zuschläge bis zu 50 Prozent der Gebühren gemäss Art. 54 f. erheben für Dienstleistungen oder Verfügungen, die

- a. auf Ersuchen hin dringlich verrichtet oder erlassen werden, oder
- b. ausserhalb der normalen Arbeitszeit verrichtet oder erlassen werden müssen.

Art. 57 Auslagen

¹ Auslagen sind zusätzlich zur Gebühr geschuldet.

² Als Auslagen gelten die Kosten, die für die einzelne Verfügung oder Dienstleistung zusätzlich anfallen, namentlich:

- a. Kosten für beigezogene Sachverständige;
- b. Reise- und Transportkosten;
- c. Übernachtungs- und Verpflegungskosten;
- d. Reproduktionskosten, Porti, Kommunikation.

Art. 58 Vorschüsse

Die GESPA kann von der oder dem Gebührenpflichtigen bis zur voraussichtlichen Höhe der geschuldeten Gebühr einschliesslich Auslagen einen Vorschuss verlangen.

DRITTER ABSCHNITT: GEBÜHREN DES GELDSPIELGERICHTS

Art. 59 Gebühren des Geldspielgerichts

Die Gebühren für das Verfahren vor dem Geldspielgericht richten sich sinngemäss nach der Bundesgesetzgebung für das Verfahren vor Bundesverwaltungsgericht.

VIERTER ABSCHNITT: AUFSICHTSABGABE

Art. 60 Abgabepflicht

Die GESPA erhebt von den Inhaberinnen oder Inhabern einer Veranstalterbewilligung (Art. 21 BGS) jährlich eine Aufsichtsabgabe.

Art. 61 Bemessung der Abgabe

¹ Der Aufsichtsrat der GESPA legt die Höhe der Aufsichtsabgabe jährlich gestützt auf das Budget der GESPA fest.

² Die Höhe der Abgabe ist so festzusetzen, dass die Erträge den nicht durch Einzelaktgebühren gedeckten, jedoch den Veranstalterinnen oder Veranstaltern von Grossspielen zurechenbaren Anteil des Gesamtaufwands deckt und die Vorgaben betreffend die Bildung von Reserven (Art. 27 Abs. 2) eingehalten werden.

³ Der jährlich über die Aufsichtsabgabe finanzierte Aufwand darf 70% des jährlichen Gesamtaufwands (Art. 51) nicht überschreiten.

⁴ Die Veranstalterinnen oder Veranstalter tragen die Aufsichtsabgabe im Verhältnis ihrer Bruttospielerträge.

⁵ Als Bruttospielertrag gilt die Differenz zwischen den Spieleinsätzen und den an die Spieler ausbezahlten Gewinnen.

Art. 62 Beginn und Ende der Abgabepflicht

¹ Die Abgabepflicht beginnt mit der Erteilung der Veranstalterbewilligung und endet mit deren Entzug bzw. mit der Entlassung aus der Aufsicht.

² Beginnt oder endet die Abgabepflicht nicht mit dem Rechnungsjahr, so ist die Abgabe pro rata temporis geschuldet.

Art. 63 Erhebung der Abgabe

¹ Die GESPA stellt den abgabepflichtigen Veranstalterinnen oder Veranstaltern aufgrund ihres Budgets im Rechnungsjahr einen Kostenvorschuss in der Höhe des voraussichtlich geschuldeten Abgabebetrags in Rechnung.

² Sie erstellt im ersten Semester des Folgejahres aufgrund ihrer Jahresrechnung sowie der definitiven Bruttospielerträge der Abgabepflichtigen die Schlussabrechnung. Differenzen zwischen dem geleisteten Kostenvorschuss und dem tatsächlich geschuldeten Abgabebetrag werden auf den Kostenvorschuss des Folgejahres vorge-tragen.

³ Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage.

⁴ Ist die Aufsichtsabgabe strittig, so kann die Veranstalterin oder der Veranstalter von der GESPA eine beschwerdefähige Verfügung verlangen.

⁵ Mit der Eröffnung der Verfügung wird der ganze Abgabebetrag fällig.

FÜNFTER ABSCHNITT: ABGABE FÜR DIE GEWÄHRUNG AUSSCHLISSLICHER VERANSTALTUNGSRECHTE

Art. 64 Einmalige Abgabe für die Gewährung ausschliesslicher Ver-anstaltungsrechte

¹ Die einmalige Abgabe gemäss Art. 50 beträgt gesamthaft CHF 3 Mio.

² Der Betrag gemäss Abs. 1 wird im Verhältnis der im ersten Jahr nach Inkrafttreten dieses Konkordats erzielten Bruttospielerträge auf die Inhaberinnen oder Inhaber der ausschliesslichen Veranstaltungsrechte verteilt.

³ Die Trägerschaft verwendet den Ertrag aus der einmaligen Abgabe gemäss Abs. 1 zur Ausstattung der GESPA mit Kapital (Art. 27 Abs. 1).

Art. 65 Wiederkehrende Abgabe für die Gewährung ausschliesslicher Veranstaltungsrechte

Die jährlich wiederkehrende Abgabe gemäss Art. 50 setzt sich zusammen aus einem Anteil „Prävention“ und einem Anteil „Aufsicht“.

Art. 66 Anteil „Prävention“

¹ Der Anteil „Prävention“ beträgt 0.5 % des mit den Lotterien und Sportwetten erzielten jährlichen Bruttospielertrags.

² Die Erträge aus dem Anteil „Prävention“ dürfen ausschliesslich für Massnahmen gemäss Art. 85 BGS eingesetzt werden.

³ Sie werden mit der Zweckbindung gemäss Abs. 2 vorstehend nach dem in den einzelnen Kantonen erzielten Bruttospielertrag auf die Kantone verteilt.

⁴ Die FDKG erlässt Empfehlungen über die Verwendung der Abgabe.

Art. 67 Anteil „Aufsicht“

¹ Die Höhe des Anteils „Aufsicht“ wird jährlich von der FDKG nach Massgabe von Art. 52 Abs. 3 festgelegt.

² Die Trägerschaft verwendet den Ertrag aus dieser Abgabe zur Deckung ihres Aufwands sowie zur Leistung des Beitrags an die GESPA gemäss Art. 28.

Art. 68 Erhebung der Abgabe für die Gewährung ausschliesslicher Veranstaltungsrechte

¹ Die Erhebung der Abgabe erfolgt im Namen und auf Rechnung der Trägerschaft durch die GESPA.

² Art. 63 gilt sinngemäss. Die GESPA erlässt gegebenenfalls die Verfügung.

Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 69 Inkrafttreten

¹ Dieses Konkordat tritt in Kraft, sobald mindestens 18 Kantone ihren Beitritt erklärt haben.

² Der Beitritt ist gegenüber der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz zu erklären. Sie teilt das Inkrafttreten den Kantonen und dem Bund mit.

³ Mit Inkrafttreten dieses Konkordats wird die Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten (IVLW), welche von der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz am 7. Januar 2005 zur Ratifizierung in den Kantonen verabschiedet wurde, aufgehoben.

⁴ Die gestützt auf die IVLW erlassenen Ausführungsbestimmungen werden auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Konkordats aufgehoben.

Art. 70 Geltungsdauer, Kündigung

¹ Das Konkordat gilt auf unbeschränkte Zeit.

² Es kann mit einer Frist von zwei Jahren jeweils auf Ende eines Jahres durch schriftliche Mitteilung an die Trägerschaft gekündigt werden, frühestens auf das Ende des 10. Jahres seit Inkrafttreten.

³ Die Kündigung eines Kantons beendet das Konkordat, sofern dadurch die Anzahl der verbleibenden Vereinbarungskantone unter 18 sinkt.

Art. 71 Änderung des Konkordats

¹ Auf Antrag eines Kantons oder der GESPA entscheidet die FDKG darüber, ob sie eine Teil- oder Totalrevision des Konkordats einleitet.

² Die Änderung tritt in Kraft, sobald ihr alle Vereinbarungskantone zugestimmt haben.

³ Anpassungen von untergeordneter Bedeutung können in einem vereinfachten Verfahren, durch einstimmigen Beschluss der FDKG, vorgenommen werden. Die Trägerschaft bringt den Wortlaut des beabsichtigten Beschlusses vorgängig den Kantonen zur Kenntnis.

Art. 72 Verhältnis zu regional beschränkten Konkordaten

Das vorliegende Konkordat geht widersprechenden Bestimmungen der IKV¹, der C-LoRo² sowie deren Nachfolgekonkordate vor.

Art. 73 Übergangsbestimmungen

¹ Im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Konkordats tritt die Trägerschaft an die Stelle der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesez gemäss Art. 3 lit. a IVLW.

² Im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Konkordats tritt der Aufsichtsrat der GESPA an die Stelle der Lotterie- und Wettkommission gemäss Art. 3 lit. b IVLW. Die amtierenden Mitglieder der Lotterie- und Wettkommission können ihre Amtsdauer beenden und werden zu Mitgliedern des Aufsichtsrats. Unter Geltung der IVLW

¹ Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien vom 26. Mai 1937 (welchem die Deutschschweizerkantone und der Kanton Tessin beigetreten sind).

² 9ème Convention relative à la Loterie Romande vom 18. November 2005 (welcher die Westschweizerkantone beigetreten sind).

geleistete volle Amtsdauern werden für die Berechnung der maximalen Amtszeit angerechnet.

³ Sämtliche Rechte und Pflichten, die gestützt auf die IVLW entstanden sind, gehen unter Vorbehalt der nachfolgenden Absätze auf die GESPA über.

⁴ Die GESPA übernimmt alle Verfahren der Lotterie- und Wettkommission, die bei Inkrafttreten dieses Konkordats hängig sind.

⁵ Im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Konkordats tritt das Geldspielgericht an die Stelle der Rekurskommission gemäss Art. 3 lit. c IVLW. Die amtierenden Richterinnen, Richter, Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter der Rekurskommission können ihre Amtsdauer beenden und werden zu Richterinnen, Richtern, Ersatzrichterinnen und Ersatzrichtern des Geldspielgerichts. Unter Geltung der IVLW geleistete volle Amtsdauern werden für die Berechnung der maximalen Amtszeit angerechnet.

⁶ Das Geldspielgericht übernimmt alle Verfahren der Rekurskommission, die bei Inkrafttreten dieses Konkordats hängig sind.

⁷ Für Verfahren, die bei Inkrafttreten dieses Konkordats hängig sind, gilt das bisherige Verfahrensrecht bis zum Abschluss vor der betroffenen Instanz. Für die Rechtsmittel gilt das Recht, das bei der Eröffnung des Entscheides in Kraft ist. Bewilligungsgesuche gestützt auf das BGS werden nach neuem Verfahrensrecht beurteilt.

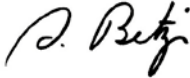
⁸ Die GESPA ist berechtigt während einer Frist von 5 Jahren ab Inkrafttreten dieses Konkordats von den Inhaberinnen oder Inhabern altrechtlicher Bewilligungen Vorauszahlungen und Abgaben gestützt auf die altrechtlichen Bewilligungen zu erheben.

⁹ Die Festlegung des Betrags zur Förderung des nationalen Sports gemäss Art. 34 erfolgt erstmals im Jahr 2022 für die Periode 2023 – 2026. Bis Ende 2022 können die Kantone wie bisher einen Teil der Reinerträge vor der Verteilung in die kantonalen Fonds zur Förderung des nationalen Sports verwenden.

¹⁰ Die letzte altrechtlich bei den Veranstalterinnen oder Veranstaltern gestützt auf Art. 21 IVLW erhobene Aufsichtsgebühr gilt als Vorauszahlung im Sinne von Art. 58.

Beschlossen von der Plenarversammlung der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegelgesetz zu Handen der Ratifikation in den Kantonen am 20. Mai 2019.

Für die Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegelgesetz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Bettiga', written in a cursive style.

Dr. Andrea Bettiga, Landammann

Präsident FDKL

Participaziun dal chantun Grischun al Concordat davart ils gieus per daners sin plaun naziunal dals 20 da matg 2019

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 1 da la constituziun chantunala,
sunter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

1. Il chantun Grischun sa participescha al Concordat davart ils gieus per daners sin plaun naziunal dals 20 da matg 2019.
2. La regenza vegn autorisada da declerar la participaziun al Concordat davart ils gieus per daners sin plaun naziunal dals 20 da matg 2019 envers la Conferenza dals directurs chantunals cumpetents per il martgà da lottarias e per la lescha davart las lottarias.
3. Las cifras 1 e 2 da quest conclus èn suttemessas al referendum facultativ.

Concordat davart ils gieus per daners sin plaun naziunal (CGD)

dals 20 da matg 2019

Ils chantuns

sa basond sin

- ils artitgels 48 e 106 sco er 191 b alinea 2 da la Constituziun federala da la Confederaziun svizra dals 18 d'avrigl 1999 (SR 101; Cst.)
- la Lescha federala dals 29 da settember 2017 davart gieus per daners (SR 935.51; Lescha da gieus per daners, LGD)

concludan:

Chapitel: Disposiziuns generalas

Art. 1 Object

Quest concordat regla:

- a. la purtadra interchantunala da gieus per daners (en quai che suonda: purtadra) inclusiv la dretgira interchantunala da gieus per daners (en quai che suonda: dretgira da gieus per daners);
- b. l'autoridad interchantunala da surveglianza e d'execuziun tenor l'artitgel 105 LGD (en quai che suonda: surveglianza interchantunala da gieus per daners; GESPA);
- c. la Fundaziun per la promoziun dal sport en Svizra (en quai che suonda: FPSS);
- d. la concessiun dals dretgs exclusivs per l'organisaziun da lottarias grondas e da scumessas da sport grondas;
- e. l'incassament e l'utilisaziun da taxas per finanziair ils custs en connex cun ils gieus per daners e cun il cumbat cunter la dependenza dal gieu.

Chapitel: La purtadra interchantunala da gieus per daners

EMPRIMA PART: INCUMBENSAS ED ORGANISAZIUN

a) *Chaussas generalas*

Art. 2 Incumbensas da la purtadra

La purtadra

- a. definescha – en il rom dal dretg surordinà – la politica dals chantuns en il sectur dals gieus da gronda extensiun e determinescha las cundiziuns generalas politicas per il sectur dals gieus da gronda extensiun;
- b. surpiglia la responsabladad dals chantuns sco purtaders da la GESPA; ella pratitgescha en spezial la surveglianza administrativa da la GESPA;
- c. nominescha la dretgira da gieus per daners;
- d. garantgescha l'utilisaziun transparenta dals gudogns nets da las lottarias grondas e da las scumessas da sport grondas a favur dal sport naziunal; ella pratitgescha en spezial la surveglianza administrativa da la FPSS;
- e. è depositaria dal concordat.

Art. 3 Furma giuridica, sedia ed organs

¹ La purtadra è ina corporaziun da dretg public cun sedia a Berna.

² Ils organs da la purtadra èn:

- a. la conferenza dals directurs chantunals cumpetents dals gieus per daners (en quai che suonda: CDGD);
- b. la suprastanza;
- c. la dretgira da gieus per daners;
- d. il post da revisiun.

- b) *La conferenza dals directurs chantunals cumpetents dals gieus per daners (CDGD)*

Art. 4 Cumposiziun

Ils chantuns tramettan mintgamaì in commember da la regenza a la CDGD.

Art. 5 Cumpetenzas da la CDGD

La CDGD:

- a. deliberescha posiziuns e recumandaziuns per mauns dals chantuns en il sectur da la politica da gieus per daners;
- b. elegia
 - i. ils commembers da la suprastanza;
 - ii. il post da revisiun;
 - iii. ils commembers dal cussegl da surveglianza da la GESPA sco er il presidi da quella;
 - iv. ils derschaders, ils derschaders suppleants ed ils derschaders extraordinaris da la dretgira da gieus per daners sco er il presidi da quella;
 - v. ils commembers dal cussegl da fundaziun da la FPSS sco er il presidi da quella;
 - vi. ils represchentants da las autoritads executivas chantunals e da la GESPA en l'organ da coordinaziun tenor ils artitgels 113 ss. LGD;
- c. designescha il commember u ils commembers dals chantuns en la commissiun federala da bancas da gieus tenor ils artitgels 94 ss. LGD;
- d. decretescha il reglament d'organisaziun;
- e. concluda
 - i. il preventiv;
 - ii. il rapport annual ed il quint annual;
 - iii. l'import da la part "surveglianza" da la taxa tenor l'artitgel 67 alinea 1;
 - iv. l'incarica da prestaziun da la GESPA mintgamaì per 4 onns;

- v. sin proposta da la GESPA, la contribuziun annuala a la GESPA or dal retgav da la taxa tenor l'artitgel 67 alinea 2;
 - vi. sin proposta da la FPSS, il reglament da fundaziun da la FPSS;
 - vii. sin proposta da la FPSS, l'import per la promoziun dal sport naziunal mintgamai per 4 onns, en la procedura tenor l'artitgel 34;
 - viii. sin proposta da la FPSS, las prioritads per l'utilisaziun dals meds finansials a favur dal sport naziunal, mintgamai per 4 onns;
 - ix. midadas minimalas dal concordat, en la procedura simplifitgada tenor l'artitgel 71 alinea 3;
- f. approva
- i. il reglament d'organisaziun da la GESPA;
 - ii. il reglament da taxas da la GESPA;
 - iii. il reglament davart las indemnizaziuns dals commembers dal cussegl da surveglianza da la GESPA;
 - iv. il rapport da gestiun da quartal da la GESPA;
 - v. il reglament da gestiun da la dretgira da gieus per daners;
 - vi. il rapport annual ed ils quints speziels da la dretgira da gieus per daners;
 - vii. il reglament davart las indemnizaziuns dals commembers dal cussegl da fundaziun da la FPSS;
 - viii. il rapport da gestiun da quartal da la FPSS;
- g. prenda enconuschientscha
- i. dal preventiv annual da la GESPA;
 - ii. dal rapport annual e dal quint annual da la GESPA;
 - iii. dal rapport annual e dal quint annual da la FPSS;
- h. surpiglia ultra da quai tut las competenzas da la purtadra, che n'èn betg attribuidas ad in auter da ses organs.

Art. 6 **Procedura da decisiun da la CDGD**

¹ La CDGD è abla da decider, sche la maioritad da ses commembers è preschenta.

² In conclus da la CDGD reussescha – cun resalva dals artitgels 34 e 71 alinea 3 –, sche la maioritad dals votants l'accepta.

³ En cas da paritad da las vuschs decida il presidi.

c) *La suprastanza*

Art. 7 **Cumposiziun da la suprastanza**

¹ La CDGD elegia or da ses ravugl 5 commembers da la suprastanza. Almain 2 commembers derivan da la Svizra franzosa.

² In dals commembers da la Svizra franzosa surpiglia l'uffizi da president u da vicepresidente.

³ La Conférence Romande des membres de gouvernement concernés par les jeux d'argent (CRJA) ha il dretg da proponer ils commembers da la Svizra franzosa.

Art. 8 **Cumpetenzas**

La suprastanza

- a. prepara ils conclus da la CDGD, fa propostas e realisescha ils conclus da la CDGD;
- b. represchenta la purtadra vers anora.

Art. 9 **Procedura da decisiun**

¹ La suprastanza è abla da decider, sche la maioritad da ses commembers è preschenta.

² In conclus da la suprastanza reussescha, sche la maioritad dals votants l'accepta.

³ En cas da paritad da las vuschs decida il presidi.

Art. 10 **Secretariat**

¹ La suprastanza ha in secretariat.

² Sch'i vegn engaschè persunal, sa drizza ses engaschament tenor il dretg public. Il dretg federal davart il persunal vegn applitgà tenor il senn. Il reglament

d'organisaziun po cuntegnair disposiziuns che divergeschan dad el, sche las relaziuns spezialas e las incumbensas che ston vegnir ademplidas pretendan quai.

d) *La dretgira da gieus per daners*

Art. 11 Cumposiziun, durada d'uffizi, temp d'uffizi

¹ La dretgira da gieus per daners consista da 5 derschaders, dals quals derivan 2 da la Svizra franzosa, 2 da la Svizra tudestga ed 1 da la Svizra taliana.

² Da la dretgira da gieus per daners fan part 3 derschaders suppleants, dals quals derivan 2 da la Svizra tudestga ed 1 da la Svizra franzosa u da la Svizra taliana.

³ La perioda d'uffizi è 6 onns; derschaders ordinaris e derschaders suppleants pon vegnir reelegids ina giada. Il temp d'uffizi dals derschaders suppleants na vegn betg quintà per calcular la perioda d'uffizi maximala d'in derschader ordinari.

⁴ La CDGD po – sin dumonda da la dretgira intercantunala da gieus per daners – nominar derschaders extraordinaris,

- a. sche – pervia da la recusaziun dals derschaders ordinaris e dals derschaders suppleants – na po autramain betg avair lieu ina tractativa valaivla, u
- b. sch'i èn necessarias enconuschientschas spezialas per giuditgar ina chausa en disputa, ch'ils derschaders ordinaris respectivamain ils derschaders suppleants n'han betg; en quest cas sto il derschader extraordinari avair las enconuschientschas spezialas correspondentas.

Art. 12 Cumpetenza

Sco autoritad giudiziala intercantunala en ultima istanza giuditgescha la dretgira da gieus per daners – cun tutta cogniziun en dumondas giuridicas e da fatgs – recurs cunter disposiziuns e decisziuns da las ulteriuras organisaziuns respectivamain dals ulteriurs organs instituids tras quest concordat.

Art. 13 Independenza

En sia activitad giudiziala è la dretgira da gieus per daners independenta e suttamessa mo al dretg.

Art. 14 Organisations e rapport

¹ La dretgira da gieus per daners decretescha in reglament da gestiun che sto vegnir approvà da la CDGD. En quel regla ella particularmain l'organisaziun, las competenzas, las indemnizaziuns, il personal e la communicaziun da sia activitad.

² Sch'i vegn engaschà personal, sa drizza ses engaschament tenor il dretg public, il dretg federal davart il personal vegn applitgà tenor il senn. Il reglament da gestiun po cuntignair disposiziuns che divergeschan dad el, sche las relaziuns spezialas e las incumbenzas che ston vegnir ademplidas da la dretgira da gieus per daners, pretendan quai.

³ La procedura davant la dretgira da gieus per daners sa drizza tenor la Lescha dals 17 da zercladur 2005 davart il Tribunal administrativ federal (LTAF; SR 173.32).

⁴ La dretgira da gieus per daners sutmetta a la CDGD mintga onn in rapport annual ed ils quints spezial da la dretgira da gieus per daners, ch'èn vegnids verifitgads dal post da revisiun da la purtadra.

e) Il post da revisiun

Art. 15 Elecziun e rapports

¹ Sco post da revisiun elegia la CDGD – per ina durada d'uffizi da 4 onns – in organ da revisiun da quints chantunal u in post da revisiun privat renconuschi; ina reelecziun è pussaivla.

² Il post da revisiun fa – en il senn da l'artitgel 728a da la Lescha federala davart la cumplettaziun dal Cudesch civil svizzer dals 30 da mars 1911 (Tschintgavla part: Dretg d'obligaziuns/DO; CS 220) – ina revisiun ordinaria dal quint da la purtadra, inclusiv dal quint spezial da la dretgira da gieus per daners.

³ El sutmetta in rapport a la CDGD e fa ina proposta d'approvar u da refusar il quint respectiv.

f) Ulteriuras unitads organisatoricas

Art. 16 Cumissiuns e gruppas da lavur

¹ La CDGD e la suprastanza pon instituir gruppas da lavur per tscherts projects; la CDGD po ultra da quai nominar cumissiuns permanentas.

² L'organ instituint definescha l'incumbensa, ils commembers da la cumissiun u da la gruppa da lavur ed ils meds finansials che stattan a disposiziun.

³ Las unitads instituidas rapportan periodicamain davart il stadi da las fatschentas e fan lur propostas.

SEGUNDA PART: FINANZAS

Art. 17 Finanziaziun

La purtadra cuvra ses custs tras la taxa tenor l'artitgel 67 sco er tras ils retgavs da las taxas da la dretgira da gieus per daners.

Art. 18 Contabilitad

¹ La purtadra ha in'atgna contabilitad. Il rendaquint vegn fatg analogamain a las prescripciuns dal 32. titel dal DO.

² La dretgira da gieus per daners ha in quint spezial, sco part da la contabilitad tenor l'alinea 1.

Chapitel: La sorveglianza interchantunala da gieus per daners (GESPA)

EMPRIMA PART: INCUMBENSAS ED ORGANISAZIUN

a) *Chaussas generalas*

Art. 19 Incumbensas e cumpetenzas

¹ La GESPA ademplescha las incumbensas che la LGD attribuescha a l'autoridad interchantunala da sorveglianza e d'execuziun e posseda las cumpetenzas concedidas dal dretg federal. La purtadra po fixar cun la GESPA princips generals per ademplir las incumbensas.

² La GESPA è il center da cumpetenzas dals chantuns en il sectur dals gieus per daners. La purtadra decretescha – en ina incarica da prestaziun – prescripciuns generalas areguard la quantidad e la qualidad per ademplir las incumbensas. La purtadra po surdar a la GESPA ulteriuras incumbensas subordinadas.

³ La GESPA po decretar disposiziuns executivas per ademplir sias incumbensas.

⁴ Ella dastga furnir prestaziuns per incumbensa da terzs cunter ina indemnisaziun che covra ils custs, sch'igl exista in stretg connex cun las incumbensas tenor ils alineas 1 e 2.

⁵ Ella na dastga betg furnir senza prestaziuns commercialas sin il martgà e concluder participaziuns u cooperaziuns per quest intent.

Art. 20 Furma giuridica, sedia ed organs

¹ La GESPA è in institut interchantunal da dretg public cun atgna personalitad giuridica e cun sedia a Berna.

² Ella ha ils suandants organs:

- a. il cussegl da surveglianza;
- b. il secretariat;
- c. il post da revisiun.

Art. 21 Independenza

¹ La GESPA ademplescha sias incumbensas en moda autonoma ed independenta.

² Il presidi da la CDGD maina mintga onn in discours cun il presidi da la GESPA davart l'adempliment da las incumbensas.

Art. 22 Organisaziun e rapport

¹ La GESPA s'organisescha senza en il rom da las prescripziuns da quest concordat.

² Ella suttametta a la purtadra mintga onn in rapport annual per prender enconuschientscha, ensemen cun il quint annual verifitgà dal post da revisiun.

³ Ella suttametta a la purtadra mintga 4 onns in rapport da gestiun.

b) *Il cussegl da surveglianza*

Art. 23 Cumposiziun, durada d'uffizi, temp d'uffizi

¹ Il cussegl da surveglianza sa cumpona da 5 u da 7 commembers experts, dals quals almain 2 derivan da la Svizra franzosa, almain 2 da la Svizra tudestga ed 1 da la Svizra taliana. Almain in commember sto avair enconuschientschas spezialas dal sector da la prevenziun da dependenza.

² La durada d'uffizi dals commembers è 4 onns; mintga commember po vegnir reelegi duas giadas.

Art. 24 Cumpetenzas

¹ Il cussegl da surveglianza

- a. decretescha
 - i. il reglament d'organisaziun da la GESPA, cun resalva da l'approvaziun da la CDGD;
 - ii. il reglament da taxas da la GESPA, cun resalva da l'approvaziun da la CDGD;
 - iii. il reglament davart las indemnisaziuns dals commembers dal cussegl da surveglianza, cun resalva da l'approvaziun da la CDGD;
 - iv. il reglament concernent il personal;
- b. po far recumandaziuns per mauns dals chantuns;
- c. concluda
 - i. il preventiv annual da la GESPA;
 - ii. il rapport annual ed il quint annual da la GESPA;
 - iii. il rapport da gestiun per mauns da la CDGD, mintgamai per 4 onns;
- d. engascha il directur ed il vicedirectur ed approva l'engaschament dals ulteriurs collavuratur dal secretariat.

² Il cussegl da surveglianza exequescha las cumpetenzas tenor la LGD e plinavant tut las cumpetenzas ch'èn necessarias per ademplir las incumbensas che al vegnan surdadas cun quest concordat e cun l'incarica da prestaziun da la purtadra e che n'èn betg surdadas ad in auter organ.

³ Il cussegl da surveglianza decretescha particularmain las permissiuns d'organisaziun e las permissiuns da gieu e decida davart las taxas colliadas cun quai.

⁴ Il cussegl da surveglianza po delegar las cumpetenzas al secretariat tras il reglament d'organisaziun.

⁵ Il cussegl da surveglianza po surdar singulas incumbensas da surveglianza a chantuns u a vischnancas en enlegientscha vicendaivla e cunter ina indemnisaziun che cuvra ils custs.

c) *Il secretariat*

Art. 25 Secretariat e personal

- ¹ Il secretariat vegn manà d'in directur.
- ² El ha la surveglianza directa dal sector dals gieu da gronda extensiu; il cussegl da surveglianza po trair a sai la cumpetenzza en cas da gronda impurtanza.
- ³ El prepara las fatschentas dal cussegl da surveglianza, fa las propostas ed exequescha las decisiuns da quel.
- ⁴ El rapporta regularmain al cussegl da surveglianza, en cas d'eveniments spezial senza retardar.
- ⁵ El communitgescha directamain cun ils organisatur, cun las autoritads e cun terz e decretescha – en ses sector da cumpetenzza tenor il reglament d'organisaziun – en moda autonoma disposiziuns ed incassa taxas.
- ⁶ El examinescha, sche las decisiuns da permissiun che las autoritads chantunalas da permissiun transmettan a la GESPA sa basond sin l'artitgel 32 alinea 2 LGD, è cumpatiblas cun il dretg federal.
- ⁷ El represchenta la GESPA davant tribunals federals, davant dretgiras interchantunalas e davant dretgiras chantunalas.
- ⁸ Il personal vegn engaschà tenor il dretg public. Il dretg federal davart il personal vegn applitgà tenor il senn. Il reglament po cuntegnair disposiziuns che divergeschan da quel, sche las relaziuns spezialas e las incumbensas ch'èn d'ademplier pretendan quai.

d) *Il post da revisiun*

Art. 26 Elecziun, incarica e rapports

- ¹ Sco post da revisiun elegia il cussegl da surveglianza – per ina durada d'uffizi da 4 onns – in organ da revisiun da quints chantunal u in post da revisiun privat reconuschi; ina reelecziun è pussaivla.
- ² Il post da revisiun fa ina revisiun ordinaria en il senn da l'artitgel 728a DO e rapporta al cussegl da surveglianza.

SEGUNDA PART: FINANZAS E DRETG PROCESSUAL APPLITGABEL

Art. 27 Reservas

¹ La GESPA furma reservas da 3 milliuns francs or da la taxa unica (art. 64).

² A partir dal 4. onn suenter l'entrada en vigur da quest concordat ston las reservas da la GESPA importar adina almain 50 % e maximalmain 150 % da la media dals custs totals annuals dals ultims 3 onns.

Art. 28 Finanziaziun

La GESPA paja ses custs cun las taxas tenor il chapitel 7 da quest concordat sco er cun las contribuziuns da la purtadra.

Art. 29 Rendaquint

¹ La structura dal quint garantescha che las taxas tenor il chapitel 7 vegnian calculadas correctamain.

² Dal rest valan tenor il senn las prescripziuns dal 32. titel dal DO.

Art. 30 Repartiziun d'in surpli dals custs u dal retgav en cas d'ina schliaziun da la GESPA

¹ En cas d'ina schliaziun da l'institut, vegn il surpli dals custs u dal retgav repartì sin ils chantuns proporziunalmain a lur populaziun residenta.

² Ils chantuns utiliseschan in surpli dal retgav exclusivamain per financiar la surveglianza dal sector dals gieus da gronda extensiu u per intents d'utilitad publica.

Art. 31 Dretg da procedura

La procedura sa drizza analogamain tenor las disposiziuns da la Lescha federala dals 20 da december 1968 davart la procedura administrativa (LFPA; CS 172.021).

Chapitel: La fundaziun per la promoziun dal sport en Svizra (FPSS)

Art. 32 Instituziun ed intent

¹ Ils chantuns utiliseschan ina part dals gudogns nets da las lottarias grondas e da las cumessas da sport grondas per promover il sport naziunal.

² Per repartir ils meds finanzials tenor l'alineia 1 vegn instituida la Fundaziun autonoma da dretg public per la promoziun dal sport en Svizra (FPSS).

³ La FPSS conceda contribuziuns per promover il sport naziunal en il rom da las prescripziuns dal dretg surordinà, en il rom da quest concordat sco er en il rom da las prescripziuns da la CDGD (reglament da fundaziun e conclus da la CDGD davart las prioritads per l'utilisaziun dals meds finanzials).

⁴ Ella controlla l'utilisaziun tenor l'intent da las contribuziuns tras ils destinataris.

⁵ Ella po ademplir ulteriuras incumbensas a norma dal reglament da fundaziun.

Art. 33 Facultad da la fundaziun

¹ La CDGD fixescha – mintgamai per 4 onns e tenor la procedura tenor l'artitgel 34 – l'import or dal gudogn net, che vegn deditgà mintga onn a la fundaziun.

² La facultad da la fundaziun, ch'è s'augmentada or dal gudogn net da las lottarias grondas e da las scumessas da sport grondas, dastga vegnir impundida exclusivamain cun l'intent da promover il sport naziunal, particularmain la generaziun giuvna en il sport da prestaziun, la scolaziun e la farmaziun supplementara, l'infurmaziun sco er l'administraziun da la fundaziun.

³ En cas d'ina schliaziun da la fundaziun pervegn la facultad da la fundaziun als chantuns proporziunalmain a lur populaziun residenta.

⁴ Ils chantuns utiliseschan ils meds finanzials tenor l'alineia 3 exclusivamain per promover il sport chantunal.

Art. 34 Procedura per fixar l'import per promover il sport naziunal

¹ Il cussegl da fundaziun da la FPSS fa ina proposta a la CDGD il pli tard 12 mais avant la scadenza da la perioda da 4 onns.

² Ils commembers da la CDGD infurmeschan a temp la regenza dal chantun ch'als ha delegads davart la decisiun previsa. La regenza po surdar a ses delegà in mandat liant.

³ La decisiun da la CDGD reussescha, sche tant la maiortad dals votants dals 6 chantuns da la Svizra franzosa sco er la maiortad dals votants dals ulteriurs 20 chantuns (chantuns da la Svizra tudestga e chantun Tessin) acceptan la proposta.

⁴ Ils chantuns surpiglian l'import proporziunalmain a lur dumber d'abitants. Il dumber d'abitants vegn erui sin basa da las indicaziuns las pli actualas da l'Uffizi federal da statistica il mument da la decisiun.

Art. 35 Organisations

¹ La FPSS ha in cussegl da fundaziun sco organ suprem sco er in post da revisiun.

² Il cussegl da fundaziun sa cumpona da 5 u da 7 commembers; las differentas regiuns linguisticas èn represchentadas adequatamain.

³ Il rendaint vegn fatg analogamain a las prescripziuns dal 32. titel dal DO. ⁴ Sco post da revisiun elegia il cussegl da fundaziun – per ina durada d'uffizi da 4 onns – in organ da revisiun da quints chantunal u in post da revisiun privat reconuschi; ina reelecziun è pussaivla.

⁵ Il post da revisiun fa ina revisiun ordinaria en il senn da l'artitgel 728a DO ed examinescha particularmain, sch'ils meds finansials èn vegnids utilisads tenor las prescripziuns.

⁶ La CDGD designescha la sedia da la fundaziun e regla ils detagls – per incumbensa da la FPSS – en in reglament da fundaziun. Il reglament regla particularmain las incumbensas da la fundaziun en moda definitiva, l'organisations inclusiv la contabilitad ed ils rapports, l'indipendenza dals destinataris sco er la procedura ed ils criteris per l'utilisaziun dals meds finansials.

⁷ Sch'i vegn engaschà personal, sa drizza ses engaschament tenor il dretg privat.

Art. 36 Rapports

¹ La FPSS suttametta a la CDGD mintga onn in rapport annual per prender enconuschientscha, ensemen cun il quint annual verifitgà dal post da revisiun.

² Ella suttametta a la CDGD mintga 4 onns in rapport da gestiun.

Art. 37 Criteris e procedura per la surdada dals meds finansials

¹ La FPSS conceda contribuziuns

- a. a la federaziun tetgala da las federaziuns naziunalas da sport (Swiss olympic);
- b. a las federaziuns naziunalas da sport che – sco l'associaziun da ballape e la federaziun da hockey sin glatsch – genereschan il substrat impurtant da scumessas en Svizra.

² La CDGD regla – sin proposta da la FPSS – la procedura ed ils criteris per la surdada dals meds finansials en il reglament da fundaziun, e concluda – sin proposta da la FPSS – las prioritads per l'utilisaziun dals meds finansials mintgamai per 4 onns.

³ I n'exista nagin dretg da contribuziuns da la FPSS.

Art. 38 Transparenza

¹ La FPSS communitgescha ils nums dals retschaviders, las contribuziuns ch'els han survegni ed ils secturs, per ils quals ellas èn vegnidas pajadas.

² Ella publitgescha mintga onn las infurmaziuns tenor l'alineia 1 sco er ses quint sin sia pagina d'internet.

Chapitel: Disposiziuns cuminaivlas**Art. 39 Incumpatibilitad**

¹ Nagin na dastga far part a medem temp da plirs organs instituids tras il concordat.

² Ils commembers dals organs instituids tras il concordat qua avant maun na dastgan ni esser commembers d'in organ u collavuratur d'interpresas da gieus per daners u da manaschis da fabricaziun e da commerzi da la branscha da gieus per daners, ni sa participar a talas interpresas u pratitgar in mandat per ina tala interpresa.

Art. 40 Decleraziun da las relaziuns d'interess

¹ Ils commembers dals organs instituids tras il concordat qua avant maun decleran lur relaziuns d'interess avant lur elecziun.

² Tgi che refusa da declerar sias relaziuns d'interess na po betg vegnir elegi sco commember d'in organ.

Art. 41 Obligaziun da prender recusaziun

¹ Tgi che ha interess persunals directs vi d'ina fatschenta è obligà da prender recusaziun cur ch'ella vegn tractada.

² Obligà da prender recusaziun è er tgi ch'è parent u quinà en lingia directa u laterala fin al terz grad cun ina persuna, da la quala ils interess persunals èn tangads directamain d'ina fatschenta, ubain tgi ch'è lià tras lètg, tras partenadi registrà u tras ina cuminanza da vita efectiva a questa persuna ubain tgi che represchenta questa persuna per lescha, per statut u per contract.

³ Las persunas obligadas da prender recusaziun ston communitgar da sai anora lur relaziuns d'interess.

⁴ Avant che bandunar la sala, dastgan ellas s'exprimer davart la fatschenta.

Art. 42 **Obligaziun da transferir l'obligaziun da prender recusaziun sin collavuratur**

Las organisaziuns ch'èn vegnidas instituidas tras il concordat qua avant maun, garanteschan ch'ils collavuratur èn independents da la bransch da gieus per daners e ch'els prendan recusaziun en cas da conflicts d'interess.

Art. 43 **Surveglianza da las finanzas**

Las organisaziuns ch'èn vegnidas instituidas cun il CGD, n'èn betg sutmessas a la surveglianza da las finanzas dals chantuns. La surveglianza da las finanzas vegn ademplita exclusivamain da la CDGD.

Art. 44 **Responsabladad**

¹ La responsabladad sa drizza – cun resalva da las disposiziuns qua sutvast – analogamain tenor la Lescha federala da responsabladad dals 14 da mars 1958 (LResp; CS 170.32).

² La GESPA è mo responsabla per ils donns ch'ella commetta envers terzs exequind sia activitad uffiziala, sche ses organs u ses collavuratur

- a. han violà obligaziuns d'uffizi essenzialas ed
- b. ils donns n'èn betg d'attribuir a violaziuns d'obligaziuns d'ina persuna suttamessa a sia surveglianza.

³ L'organisaziun decretescha ina disposiziun davart las pretensiuns disputaivlas pronunziadas da terzs cunter ella.

⁴ La persuna donnegiada n'ha nagin dretg envers organs u envers collavuratur.

⁵ Sche l'organisaziun responsabla n'è betg abla da pajar l'indemnisaziun debitada, stattan buns ils chantuns solidaricamain.

⁶ Ils chantuns surpiglian in eventual donn proporziunalmain a lur populaziun residenta.

Art. 45 **Protecziun da datas**

¹ La protecziun da datas sa drizza analogamain tenor la legislaziun federala davart la protecziun da datas (LPD; CS 235.1 e decrets executivs).

² Las organisaziuns ch'èn vegnidas instituidas cun il concordat qua avant maun, designeschan in post independent da surveglianza da la protecziun da datas en lur reglament d'organisaziun. Las incumbensas da quest post sa drizzan analogamain

tenor ils artitgels 27, 30 e 31 LPD. Las ulteriuras disposiziuns da la part 5 da la LPD n'èn betg applitgables.

Art. 46 Invista da las actas

¹ L'invista da las actas uffizialas sa drizza – cun resalva dals alineas qua sutvart – analogamain tenor la legislaziun federala davart il princip da la trasparenza da l'administraziun (CS 152.3 e decrets executivs).

² Las actas uffizialas che pertutgan l'activitad d'admissiun e da surveglianza da la GESPA n'èn betg accessiblas.

³ Las disposiziuns davart la procedura da mediaziun (art. 13 – 15 da la Lescha federala da trasparenza, CS 152.3) na vegnan betg applitgadas. L'autorità, a la quala è vegnida dumandada l'invista da las actas, infurmescha davart ina prolungaziun dal termin u davart sia decisiun e decretescha – sin dumonda – ina disposiziun.

⁴ L'invista da las actas da proceduras currentas sa drizza tenor il dretg processual applitgabel.

Art. 47 Publicaziuns

¹ La purtadra, la GESPA e la FPSS publitgeschan lur decrets legislativs e las autras communicaziuns che ston vegnir publitgadas, sin lur pagina d'internet respectiva.

² Las publicaziuns concernent proceduras da surdada vegnan fatgas sin la plattafurma d'internet per acquisiziuns publicas, che vegn manada cuminaivlamain da la Confederaziun e dals chantuns.

Art. 48 Dretg applitgabel

Uschenavant ch'il concordat qua avant maun u ils reglaments ch'èn vegnids decretads sin basa da quel, na cuntengnan nagina regulaziun speziala, vegn applitgà il dretg federal tenor il senn.

**Chapitel: Concessiun dals dretgs exclusivs per
 l'organisaziun da lottarias grondas e da
 scumessas da sport grondas**

**Art. 49 Organisaturs admiss da lottarias grondas e da scumessas da
 sport grondas**

¹ Il dumber dals organisaturs da lottarias e da scumessas da sport è limità a 2 en il senn da l'artitgel 23 alinea 1 LGD.

² Sin il territori dals chantuns da la Svizra tudestga e dal chantun Tessin dastga – en il senn da l'artitgel 23 alinea 2 LGD – vegnir concedida mo in'unica permissiun d'organisar lottarias e scumessas da sport, sche las premissas da la permissiun èn ademplidas. Ils chantuns da la Svizra tudestga ed il chantun Tessin designeschan l'organisatur en ina cunvegna interchantunala legislativa.

³ Sin il territori dals chantuns da la Svizra franzosa dastga – en il senn da l'artitgel 23 alinea 2 LGD – vegnir concedida mo in'unica permissiun d'organisar lottarias e scumessas da sport, sche las premissas da la permissiun èn ademplidas. Ils chantuns da la Svizra franzosa designeschan l'organisatur en ina cunvegna interchantunala legislativa.

**Art. 50 Taxa per la concessiun dals dretgs exclusivs d'organisar
 gieu per daners**

Sco cuntraprestaziun per la concessiun dals dretgs exclusivs d'organisar gieu per daners tenor l'artitgel 49 qua survart, pajan ils titulars da la permissiun d'organisaziun respectiva a la purtadra ina taxa unica sco er ina taxa periodica annuala tenor ils artitgels 65 – 68 da quest concordat.

Chapitel: Taxas

EMPRIMA PART: DISPOSIZIUNS GENERALAS

Art. 51 Custs totals decisivs

Ils custs totals che ston vegnir finanziads cun taxas che vegnan incassadas en il rom da las disposiziuns qua survart, sa cumponan sco suonda:

- a. custs da la purtadra, inclusiv la dretgira da gieu per daners;

- b. cunts da la GESPA;
- c. la part dals chantuns vi dals cunts da l'organ da coordinaziun tenor l'artitgel 114 LGD.

Art. 52 Finanziaziun

¹ Ils cunts totals tenor l'artitgel 51 qua survart vegnan cuvrìds en emprima lingia tras

- a. las taxas per disposiziuns e per prestaziuns da la GESPA en il cas singul (art. 54 ss.);
- b. las taxas per proceduras davant la dretgira da gieus per daners en il cas singul (art. 59).

² Per cuvrir la part dals cunts totals, che na vegn betg cuvrìda tras las taxas tenor l'alinea 1 literas a e b qua survart, ma che ha in stetg connex d'attribuziun cun ils organisateurs da gieus da gronda extensiun, incassa la GESPA mintga onn dals organisateurs ina taxa da surveglianza per sectur da surveglianza (art. 60 ss.).

³ La part dals cunts totals, che na po betg vegnir attribuida als organisateurs da gieus da gronda extensiun, vegn finanziada tras il retgav da la taxa periodica annuala per la concessiun dals dretgs exclusivs d'organisar gieus per daners, part "surveglianza".

Art. 53 Reglament da taxas da la GESPA

¹ La GESPA regla ils detagls da las taxas en in reglament da taxas che sto vegnir publictà.

² Ella regla particularmain la cunfinaziun tranter la part dals cunts totals che po vegnir attribuida e la part che na po betg vegnir attribuida (art. 52 al. 2 e 3).

³ Uschenavant ch'il concordat qua avant maun ed il reglament da la GESPA na cuntegnan naginas disposiziuns, vegnan applitgadas las disposiziuns da l'Ordinaziun federala generala davart las taxas dals 8 da settember 2004 (OgeT; CS 172.041.1) tenor il senn.

SEGUNDA PART: TAXAS PER ACTS SINGULS DA LA GESPA

Art. 54 Obligaziun da pajar taxas

¹ Tgi che chaschuna ina disposiziun da la GESPA u profita d'ina prestaziun da la GESPA, sto pajar ina taxa per quai.

² La GESPA po incassar en cas singuls taxas per proceduras che chaschunan custs da controlla considerabels e che na termineschan betg cun ina disposiziun, sche la persuna obligada da pajar taxas ha chaschunà questa procedura.

Art. 55 Calculaziun

¹ Las taxas vegnan calculadas tenor il temp effectiv impundi e dumandà e tenor las competenzas tecnicas necessarias, e graduadas tenor ils stgalims da funcziun e tenor la qualificaziun dal persunal engaschà.

² La tariffa per ura da la taxa è tranter 100.– francs e 350.– francs.

³ La GESPA fixescha las tariffas per ils differents stgalims da funcziun en ses reglament da taxas.

⁴ Ella po fixar tariffas generalas pauschalas per proceduras standardisadas.

Art. 56 Supplements a las taxas

La GESPA po incassar supplements da fin 50 pertschient da las taxas tenor ils artitgels 54 s. per prestaziuns u per disposiziuns che

- a. vegnan – sin dumonda – furnidas u decretadas urgentamain, u
- b. ston vegnir furnidas u decretadas ordaifer il temp da lavur normal.

Art. 57 Expensas

¹ Expensas èn debitadas supplementarmain a la taxa.

² Sco expensas valan ils custs che resultan supplementarmain d'ina singula disposiziun u prestaziun, particularmain:

- a. ils custs per experts consultads;
- b. ils custs da viadi e da transport;
- c. ils custs da pernottaziun e d'alimentaziun;
- d. ils custs da reproducziun, il porto e la comunicaziun.

Art. 58 Pajaments anticipads

La GESPA po pretender in pajament anticipà da la persuna obligada da pajar la taxa. Quest pajament anticipà na po betg surpassar l'import da la taxa debitada inclusiv las expensas.

TERZ CHAPITEL: TAXAS DA LA DRETGIRA DA GIEUS PER DANERS

Art. 59 **Taxas da la dretgira da gieus per daners**

Las taxas per la procedura davant la dretgira da gieus per daners sa drizzan tenor il senn a maun da la legislaziun federala davant il Tribunal administrativ federal.

QUART CHAPITEL: TAXA DA SURVEGLIANZA

Art. 60 **Obligaziun da pagar la taxa**

La GESPA incassa mintga onn ina taxa da surveglianza dals titulars d'ina permissiun d'organisaziun (art. 21 LGD).

Art. 61 **Calculaziun da la taxa**

¹ Il cussegl da surveglianza da la GESPA fixescha mintga onn l'import da la taxa da surveglianza sa basond sin il preventiv da la GESPA.

² L'import da la taxa sto vegnir fixà uschia, ch'ils retgavs cuvrian la part dals custs totals, che na vegn betg finanziada tras la taxa d'acts singuls, ma che vegn attribuida als organisaturs da gieu da gronda extensiun, e ch'i vegnian observadas las prescripziuns concernent la furnaziun da reservas (art. 27 al. 2).

³ Ils custs che vegnan finanziads mintga onn cun la taxa da surveglianza na dastgan betg surpassar 70 % dals custs totals annuals (art. 51).

⁴ Ils organisaturs surpiglian la taxa da surveglianza proporziunalmain a lur retgavs da gieu bruts.

⁵ Sco retgav da gieu brut vala la differenza tranter las messas ed ils gudogns pajads als giugaders.

Art. 62 **Cumenzament e fin da l'obligaziun da pagar la taxa**

¹ L'obligaziun da pagar la taxa cumenza cun la concessiun da la permissiun d'organisaziun e finescha cun sia retratga respectivamain cun la relaschada or da la surveglianza.

² Sche l'obligaziun da pagar la taxa na cumenza u na finescha betg cun l'onni da gestiun, è la taxa debitada pro rata temporis.

Art. 63 Incassament da la taxa

¹ Sin basa da ses preventiv da l'onn da gestiun metta la GESPA a quint als organisaturs obligads da pajar la taxa in pajament anticipà dals custs che importa la taxa probablamain debitada.

² Durant l'emprim semester da l'onn suandant fa ella il quint final sin basa dal quint annual sco er dals retgavs da giu bruts definitivs da las persunas obligadas da pajar la taxa. La differenza tranter il pajament anticipà dals custs ch'è vegni pajà e l'import da la taxa da surveglianza che vegn effectivamain debità, vegn reportada sin il pajament anticipà dals custs da l'onn suandant.

³ Il termin da pajament importa 30 dis.

⁴ Sche la taxa da surveglianza è disputaivla, po l'organisatur pretender ina disposiziun contestabla da la GESPA.

⁵ Il mument da la comunicaziun da la disposiziun sto vegnir pajà l'entir import da la taxa da surveglianza.

TSCHINTGAVEL CHAPITEL: TAXA PER LA CONCESSION DALS DRETGS EXCLUSIVS
D'ORGANISAR GIEUS PER DANERS

**Art. 64 Taxa unica per la concessiun dals dretgs exclusivs
d'organisar giuus per daners**

¹ La taxa unica tenor l'artitgel 50 importa tut en tut 3 milliuns francs.

² L'import tenor l'aleina 1 vegn reparti tranter ils titulars dals dretgs exclusivs d'organisar giuus per daners proporziunalmain als retgavs da giu bruts obtegnids durant l'emprim onn suenter l'entrada en vigur da quest concordat.

³ La purtadra utilischa il retgav da la taxa unica tenor l'aleina 1 per dotar la GESPA cun chapital (art. 27 al. 1).

**Art. 65 Taxa periodica annuala per la concessiun dals dretgs
exclusivs d'organisar giuus per daners**

La taxa periodica annuala tenor l'artitgel 50 sa cumpona d'ina part "prevenziun" e d'ina part "surveglianza".

Art. 66 Part "prevenziun"

¹ La part "prevenziun" importa 0,5 % dal retgav da giu brut obtegnì annualmain da las lottarias e da las scumessas da sport.

² Il retgav da la part "prevenziun" dastga vegnir duvrà exclusivamain per las mesiras tenor l'artitgel 85 LGD.

³ El vegn reparti tranter ils chantuns ch'èn obligads d'al duvrar tenor l'alineia 2 qua survart, tenor il retgav da gieuv brut obtegnì en ils singuls chantuns.

⁴ La CDGD decretescha recumandaziuns davart l'utilisaziun da la taxa.

Art. 67 Part "surveglianza"

¹ La CDGD fixescha mintga onn l'import da la part "surveglianza" a norma da l'artitgel 52 alineia 3.

² La purtadra dovra il retgav da questa taxa per cuvrir ses custs sco er per pajar la contribuziun a la GESPA tenor l'artitgel 28.

Art. 68 Incassament da la taxa per la concessiun dals dretgs exclusivs d'organisar gieus per daners

¹ La GESPA incassa la taxa en num ed a quint da la purtadra.

² L'artitgel 63 vala tenor il senn. La GESPA decretescha eventualmain ina disposiziun.

Chapitel: Disposiziuns finalas

Art. 69 Entrada en vigor

¹ Quest concordat entra en vigor, uschespert che almain 18 chantuns han declerà lur participaziun.

² La participaziun sto vegnir declerada envers la Conferenza dals directurs chantunals cumpetents per il martgà da lottarias e per la lescha davart las lottarias. La Conferenza communitgescha l'entrada en vigor da quest concordat als chantuns ed a la Confederaziun.

³ Il mument da l'entrada en vigor da quest concordat vegn abolida la Cunvegna interchantunala davart la surveglianza, davart la permissiun e davart l'utilisaziun dal retgav da lottarias e da scumessas che vegnan manadas tras sin plaun interchantunal u naziunal (CILS), ch'è vegnida deliberada da la Conferenza dals directurs chantunals cumpetents per il martgà da lottarias e per la lescha davart las lottarias ils 7 da schaner 2005 per la ratificaziun en ils chantuns.

⁴ Las disposiziuns executivas decretadas sin basa da la CILS vegnan abolidas il mument da l'entrada en vigor da quest concordat.

Art. 70 Validità, visada

¹ Il concordat vala per in temp illimità.

² El po vegnir visà tras ina communicaziun en scrit a la purtadra, mintgamai cun in termin da 2 onns per la fin d'in onn, ma il pli baud per la fin dal 10. onn dapi sia entrada en vigur.

³ La visada d'in chantun metta fin al concordat, sch'il dumber dals chantuns da concordat che restan sa reducescha tras quai a sut 18.

Art. 71 Midada dal concordat

¹ Sin proposta d'in chantun u da la GESPA decida la CDGD, sch'ella introducescha ina revisiun parziala u totala dal concordat.

² La midada entra en vigur, uschespert che tut ils chantuns da concordat l'han approvada.

³ Adattaziuns d'impurtanza subordinada pon vegnir fatgas en ina procedura simplifitgada. Ellas ston vegnir concludidas unanimamain da la CDGD. La purtadra infurmescha precedentamain ils chantuns davart la formulaziun exacta dal conclus previs.

Art. 72 Relaziun cun ils concordats regiunals

Quest concordat preceda las disposiziuns cuntrarias da la IKV¹, da la C-LoRo² sco er lur concordats successivs.

Art. 73 Disposiziuns transitoricas

¹ Il mument da l'entrada en vigur da quest concordat remplazza la purtadra la Conferenza dals directurs chantunals cumpetents per il martgà da lottarias e per la lescha davart las lottarias tenor l'artitgel 13 litera a CILS.

² Il mument da l'entrada en vigur da quest concordat remplazza il cussegl da surveglianza da la GESPA la cumissiun da lottarias e da scumessas tenor l'artitgel 3 litera b CILS. Ils commembers en uffizi da la cumissiun da lottarias e da scumessas pon terminar lur durada d'uffizi e daventan commembers dal cussegl da

¹ Cunvegna interchantunala dals 26 da matg 1937 davart l'execuziun collectiva da lottarias (a la quala èn participads ils chantuns da la Svizra tudestga ed il chantun Tessin).

² 9ème Convention relative à la Loterie Romande dals 18 da november 2005 (a la quala èn participads ils chantuns da la Svizra franzosa).

surveglianza. Las duradas d'uffizi cumpletas prestadas durant la valaivladad da la CILS vegnan messas a quint per calcular la durada maximala d'uffizi.

³ Tut ils dretgs e tut las obligaziuns ch'èn resultads da la CILS, passan a la GESPA, cun resalva dals alineas qua sutvart.

⁴ La GESPA surpiglia tut las proceduras da la cumissiun da lottarias e da scumessas, ch'èn pendentas il mument da l'entrada en vigur da quest concordat.

⁵ Il mument da l'entrada en vigur da quest concordat remplazza la dretgira da gieus per daners la cumissiun da recurs tenor l'artitgel 3 litera c CILS. Ils derschaders ed ils derschaders suppleants en uffizi da la cumissiun da recurs pon terminar lur durada d'uffizi e daventan derschaders e derschaders suppleants da la dretgira da gieus per daners. Las duradas d'uffizi cumpletas prestadas durant la valaivladad da la CILS vegnan messas a quint per calcular la durada maximala d'uffizi.

⁶ La dretgira da gieus per daners surpiglia tut las proceduras da la cumissiun da recurs, ch'èn pendentas il mument da l'entrada en vigur da quest concordat.

⁷ Per proceduras ch'èn pendentas il mument da l'entrada en vigur da quest concordat, vala il dretg processual vertent fin a lur clusiun davant l'istanza pertutgada. Per ils meds legals vala il dretg ch'è en vigur il mument da la comunicaziun da la decisiun. Las dumondas da permissiun sin basa da la LGD vegnan giuditgadas tenor il nov dretg processual.

⁸ La GESPA è autorisada – durant in termin da 5 onns a partir da l'entrada en vigur da quest concordat – d'incassar dals titulars da permissiuns dal dretg vegl, ils pajaments anticipads e las taxas che sa basan sin las permissiuns dal dretg vegl.

⁹ L'import per promover il sport naziunal tenor l'artitgel 34 vegn fixà per l'emprima giada l'onn 2022 per la perioda 2023 – 2026. Fin la fin da l'onn 2022 pon ils chantuns duvrar – sco fin ussa – ina part dals retgavs nets per promover il sport naziunal, e quai avant la repartiziun als fonds chantunals.

¹⁰ L'ultima taxa da surveglianza ch'è vegnida incassada tenor il dretg vegl sin basa da l'artitgel 21 CILS dals organisaturs, vala sco pajament anticipà en il senn da l'artitgel 58.

Concludi ils 20 da matg 2019 da la radunanza plenara da la Conferenza dals directurs chantunals cumpetents per il martgà da lottarias e per la lescha davart las lottarias per mauns da la ratificaziun en ils chantuns.

Per la Conferenza dals directurs chantunals cumpetents per il martgà da lottarias e per la lescha davart las lottarias



Dr. Andrea Bettiga, landamma

President da la CDCL

Adesione del Cantone dei Grigioni alla Convenzione sui giochi in denaro sul piano nazionale del 20 maggio 2019

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

1. Il Cantone dei Grigioni aderisce alla Convenzione sui giochi in denaro sul piano nazionale del 20 maggio 2019.
2. Il Governo viene autorizzato a dichiarare l'adesione alla Convenzione sui giochi in denaro sul piano nazionale del 20 maggio 2019 dinanzi alla Conferenza dei direttori cantonali competenti in materia di lotterie.
3. I numeri 1 e 2 della presente decisione sono soggetti a referendum facoltativo.

Convenzione sui giochi in denaro sul piano nazionale (CGD)

del 20 maggio 2019

I Cantoni,

- visti gli articoli 48, 106 nonché 191b capoverso 2 della Costituzione federale della Confederazione svizzera del 18 aprile 1999 (Cost.; RS 101);
- vista la legge federale del 29 settembre 2017 sui giochi in denaro (Legge sui giochi in denaro, LGD; RS 935.51)

convengono:

Capitolo 1: Disposizioni generali

Art. 1 Oggetto

La presente convenzione disciplina:

- a. l'Ente intercantonale dei giochi in denaro (in seguito Ente intercantonale), compreso il Tribunale intercantonale dei giochi in denaro (in seguito Tribunale intercantonale);
- b. l'Autorità intercantonale di vigilanza sui giochi in denaro come autorità intercantonale di vigilanza e di esecuzione ai sensi dell'articolo 105 LGD (in seguito Autorità di vigilanza);
- c. la Fondazione per la promozione dello sport in Svizzera (in seguito FPSS);
- d. la concessione di diritti esclusivi per l'organizzazione di grandi lotterie e di grandi scommesse sportive;
- e. la riscossione di tasse e l'utilizzo dei relativi proventi per finanziare gli oneri legati ai giochi in denaro e alla lotta contro la dipendenza dal gioco.

Capitolo 2: L'Ente intercantonale dei giochi in denaro

SEZIONE 1: COMPITI E ORGANIZZAZIONE

a) *Aspetti generali*

Art. 2 **Compiti**

L'Ente intercantonale:

- a. definisce nel rispetto del diritto superiore la politica dei Cantoni in materia di grandi giochi e pone le condizioni quadro del settore;
- b. è responsabile a nome dei Cantoni della vigilanza dei giochi in denaro; esercita in particolare la vigilanza amministrativa sull'Autorità di vigilanza;
- c. istituisce il Tribunale intercantonale;
- d. garantisce l'impiego trasparente degli utili netti delle grandi lotterie e delle grandi scommesse sportive a favore dello sport nazionale; è in particolare responsabile della vigilanza amministrativa sulla FPSS;
- e. è depositario della presente convenzione.

Art. 3 **Forma giuridica, sede e organi**

¹ L'Ente intercantonale è una corporazione di diritto pubblico con sede a Berna.

² Esso si compone dei seguenti organi:

- a. la Conferenza dei direttori cantonali dei giochi in denaro (CDGD);
- b. il Comitato direttivo;
- c. il Tribunale intercantonale dei giochi in denaro;
- d. l'Ufficio di revisione.

b) *La Conferenza dei direttori cantonali dei giochi in denaro (CDGD)*

Art. 4 Composizione

Ogni Cantone delega un membro del proprio Governo in seno alla CDGD.

Art. 5 Competenze

¹ La CDGD:

- a. emana prese di posizione e raccomandazioni all'indirizzo dei Cantoni nell'ambito della politica sui giochi in denaro;
- b. nomina:
 - i. i membri del Comitato direttivo;
 - ii. l'Ufficio di revisione;
 - iii. i membri del Consiglio dell'Autorità di vigilanza e la sua presidenza;
 - iv. i giudici, i giudici supplenti e i giudici straordinari del Tribunale intercantonale e la sua presidenza;
 - v. i membri del Consiglio della FPSS nonché della sua presidenza;
 - vi. i rappresentanti delle autorità di esecuzione cantonali e dell'Autorità di vigilanza nell'organo di coordinamento ai sensi degli articoli 113 e seguenti LGD;
- c. nomina il membro o i membri dei Cantoni nella Commissione federale delle case da gioco ai sensi degli articoli 94 e seguenti LGD;
- d. emana il regolamento interno dell'Ente;
- e. decide:
 - i. il preventivo;
 - ii. il rapporto annuale e il consuntivo;
 - iii. la parte destinata alla vigilanza dei proventi della tassa ai sensi dell'articolo 67 capoverso 1;
 - iv. il mandato di prestazione con l'Autorità di vigilanza rinnovato ogni quattro anni;

- v. il contributo annuale all'Autorità di vigilanza dal ricavato della tassa ai sensi dell'articolo 67 capoverso 2 su richiesta della stessa;
 - vi. il regolamento interno della FPSS su richiesta della stessa;
 - vii. su richiesta della FPSS e a scadenza quadriennale l'importo per la promozione dello sport nazionale secondo la procedura definita dall'articolo 34;
 - viii. su richiesta della FPSS e a scadenza quadriennale le priorità per l'impiego dei mezzi a favore dello sport nazionale;
 - ix. modifiche di lieve entità della presente convenzione in procedura semplificata ai sensi dell'articolo 71 capoverso 3;
- f. approva:
- i. il regolamento interno dell'Autorità di vigilanza;
 - ii. il regolamento degli emolumenti dell'Autorità di vigilanza;
 - iii. il regolamento sulle indennità dei membri del Consiglio dell'Autorità di vigilanza;
 - iv. il rapporto di attività quadriennale dell'Autorità di vigilanza;
 - v. il regolamento interno del Tribunale intercantonale;
 - vi. il rapporto annuale e i conti speciali del Tribunale intercantonale;
 - vii. il regolamento sulle indennità dei membri del Consiglio della FPSS;
 - viii. il rapporto di attività quadriennale della FPSS;
- g. prende conoscenza:
- i. del preventivo annuale dell'Autorità di vigilanza;
 - ii. del rapporto annuale e del consuntivo dell'Autorità di vigilanza;
 - iii. del rapporto annuale e del consuntivo della FPSS;
- h. si fa inoltre carico di tutte le competenze dell'Ente intercantonale non trasferite ad altri organi di quest'ultimo.

Art. 6 Deliberazioni

¹ La CDGD è in grado di deliberare alla presenza della maggioranza dei suoi membri.

² Le risoluzioni della CDGD sono prese alla maggioranza dei votanti fatti salvi l'articolo 34 e l'articolo 71 capoverso 3.

³ In caso di parità il voto preponderante spetta alla presidenza.

c) *Il Comitato direttivo*

Art. 7 **Composizione**

¹ La CDGD nomina tra le sue fila cinque membri del Comitato direttivo. Almeno due di essi provengono dalla Svizzera romanda.

² Uno dei membri della Svizzera romanda assume la carica di direttore o di vicedirettore.

³ La Conférence romande des membres de gouvernement concernés par les jeux d'argent (CRJA) ha il diritto di proporre i membri del Comitato direttivo della Svizzera romanda.

Art. 8 **Competenze**

Il Comitato direttivo:

- a. prepara le risoluzioni della CDGD, le sottopone alla sua approvazione e le attua;
- b. rappresenta l'Ente intercantonale verso l'esterno.

Art. 9 **Deliberazioni**

¹ Il Comitato direttivo può deliberare alla presenza della maggioranza dei suoi membri.

² Le risoluzioni del Comitato direttivo sono prese alla maggioranza dei votanti.

³ In caso di parità il voto preponderante spetta alla presidenza.

Art. 10 **Segreteria**

¹ Il Comitato direttivo dispone di una segreteria.

² L'eventuale assunzione di personale è disciplinata dal diritto pubblico. Si applica per analogia il diritto in materia di personale federale. Se la situazione particolare e i

compiti da adempiere lo esigono, il regolamento interno contempla disposizioni derogatorie.

d) Il Tribunale intercantonale dei giochi in denaro

Art. 11 Composizione, durata della carica e rinnovo della nomina

¹ Il Tribunale intercantonale si compone di cinque giudici, di cui due provenienti dalla Svizzera romanda, due dalla Svizzera tedesca e uno dalla Svizzera italiana.

² Il Tribunale intercantonale conta tre giudici supplenti, di cui due provenienti dalla Svizzera tedesca e uno dalla Svizzera romanda oppure dalla Svizzera italiana.

³ Ogni giudice o ogni giudice supplente resta in carica per sei anni. La sua nomina può essere rinnovata una volta. La durata della carica di giudice supplente non è considerata nel calcolo della durata massima del mandato di un giudice.

⁴ La CDGD può nominare giudici straordinari su proposta del Tribunale intercantonale

- a. se a seguito di una ricusazione da parte dei giudici ordinari e dei giudici supplenti la validità del trattamento della causa non è più garantita; oppure
- b. se per giudicare di una causa sono necessarie conoscenze specifiche particolari, di cui i giudici ordinari o i giudici supplenti non dispongono; in questo caso il giudice straordinario deve possedere le conoscenze specifiche corrispondenti.

Art. 12 Competenza

Il Tribunale giudica come autorità giudiziaria di ultima istanza a livello intercantonale e in piena conoscenza di causa, dal punto di vista sia materiale sia formale, i ricorsi contro disposizioni e decisioni delle altre organizzazioni istituite con la presente convenzione oppure dei loro organi.

Art. 13 Indipendenza

Il Tribunale dei giochi in denaro è indipendente nelle sue decisioni e sottostà unicamente alle disposizioni di legge.

Art. 14 Organizzazione e rendiconto

¹ Il Tribunale intercantonale emana un regolamento interno soggetto all'approvazione della CDGD. Il regolamento disciplina in particolare l'organizzazione, le competenze, le indennità, il personale e l'informazione del tribunale.

² L'eventuale assunzione di personale è disciplinata dal diritto pubblico. Si applica per analogia il diritto in materia di personale federale. Se la situazione particolare e i compiti che il Tribunale intercantonale deve adempiere lo esigono, il regolamento interno comprende disposizioni derogatorie.

³ La procedura applicata dal Tribunale intercantonale segue le disposizioni della legge federale del 17 giugno sul Tribunale amministrativo federale (LTAF; RS 173.32).

⁴ Il Tribunale intercantonale sottopone una volta l'anno alla CDGD un rapporto annuale assieme al conto speciale verificato dall'Ufficio di revisione dell'Ente intercantonale.

e) *L'Ufficio di revisione*

Art. 15 Nomina e rendiconto

¹ La CDGD nomina come Ufficio di revisione un organo di revisione cantonale specializzato o un ufficio di revisione privato riconosciuto; l'incarico ha una durata di quattro anni e può essere rinnovato.

² L'Ufficio di revisione effettua, ai sensi dell'articolo 728a della legge federale di complemento del Codice civile svizzero del 30 marzo 1911 (Libro quinto: Diritto delle obbligazioni/CO; RS 220), una revisione ordinaria del conto dell'Ente intercantonale, compreso il conto speciale del Tribunale intercantonale.

³ L'Ufficio di revisione presenta un rapporto alla CDGD, proponendo di approvare o di respingere il conto che ha esaminato.

f) *Altre unità organizzative*

Art. 16 Commissioni e gruppi di lavoro

¹ La CDGD e il Comitato direttivo possono istituire gruppi di lavoro per progetti specifici; la CDGD può inoltre nominare commissioni permanenti.

² L'organo che istituisce una commissione o un gruppo di lavoro ne definisce il mandato, i membri e i mezzi di cui può disporre.

³ Le unità così istituite presentano periodicamente un rapporto sullo stato dei loro lavori e sottopongono le loro proposte ad approvazione.

SEZIONE 2: FINANZE

Art. 17 Finanziamento

L'Ente intercantonale copre i propri oneri mediante i proventi della tassa di cui all'articolo 67 e mediante gli emolumenti riscossi dal Tribunale intercantonale.

Art. 18 Contabilità

¹ L'Ente intercantonale tiene una propria contabilità. La presentazione dei conti ha luogo applicando per analogia le disposizioni del titolo trentesimosecondo CO.

² Il Tribunale intercantonale gestisce un conto speciale, come parte della contabilità di cui al capoverso 1.

**Capitolo 3: L'Autorità intercantonale di vigilanza sui giochi
in denaro**

SEZIONE 1: COMPITI E ORGANIZZAZIONE

a) *Aspetti generali*

Art. 19 Compiti e facoltà

¹ L'Autorità di vigilanza svolge i compiti assegnati dalla LGD all'autorità intercantonale di vigilanza e di esecuzione, avvalendosi delle facoltà che le sono attribuite nell'ambito del diritto federale. L'Ente intercantonale può concordare con l'Autorità di vigilanza principi generali per l'adempimento dei compiti.

² L'Autorità di vigilanza è il centro di competenze dei Cantoni nell'ambito dei giochi in denaro. L'Ente intercantonale mediante il mandato di prestazione emana disposizioni generali riguardo alla quantità e alla qualità dell'adempimento dei compiti. Può inoltre demandare all'Autorità di vigilanza altri compiti subordinati.

³ L'Autorità di vigilanza può emanare disposizioni di esecuzione riguardo all'adempimento dei suoi compiti.

⁴ Può fornire prestazioni su mandato di terzi se remunerata in modo da coprire i costi, per quanto sussista una stretta correlazione con i compiti di cui ai capoversi 1 e 2.

⁵ L'Autorità di vigilanza non può fornire prestazioni commerciali sul mercato; non può inoltre assumere partecipazioni o stringere cooperazioni a questo scopo.

Art. 20 **Forma giuridica, sede e organi**

¹ L'Autorità di vigilanza è un istituto intercantonale di diritto pubblico con personalità giuridica propria e con sede a Berna.

² L'Autorità di vigilanza si compone dei seguenti organi:

- a. il Consiglio di vigilanza;
- b. l'Ufficio del Consiglio di vigilanza;
- c. l'Ufficio di revisione.

Art. 21 **Indipendenza**

¹ L'Autorità di vigilanza svolge i suoi compiti in maniera autonoma e indipendente.

² La presidenza della CDGD ha un colloquio annuale con la presidenza dell'Autorità di vigilanza riguardo all'adempimento dei compiti.

Art. 22 **Organizzazione e rendiconto**

¹ L'Autorità di vigilanza si organizza autonomamente nel quadro di quanto stabilito dalla presente convenzione.

² L'Autorità di vigilanza sottopone ogni anno per conoscenza all'Ente intercantonale un rapporto, assieme al consuntivo verificato dall'Ufficio di revisione.

³ L'Autorità di vigilanza sottopone all'Ente intercantonale un rapporto di attività quadriennale.

b) *Il Consiglio di vigilanza*

Art. 23 **Composizione, durata della carica e rinnovo della nomina**

¹ Il Consiglio di vigilanza è composto da cinque fino a sette membri esperti del settore, due dei quali almeno provengono dalla Svizzera tedesca, due almeno dalla

Svizzera romanda e uno almeno dalla Svizzera italiana. Almeno uno dei membri dispone di conoscenze specifiche nell'ambito della prevenzione della dipendenza.

² I membri del Consiglio di vigilanza sono nominati per quattro anni; la carica può essere rinnovata per al massimo due volte.

Art. 24 Competenze

¹ Il Consiglio di vigilanza:

- a. emana:
 - i. il regolamento interno dell'Autorità di vigilanza, previa approvazione della CDGD;
 - ii. il regolamento degli emolumenti dell'Autorità di vigilanza, previa approvazione della CDGD;
 - iii. il regolamento sulle indennità dei membri del Consiglio di vigilanza, previa approvazione della CDGD;
 - iv. il regolamento sul personale;
- b. può formulare raccomandazioni all'indirizzo dei Cantoni;
- c. adotta:
 - i. il preventivo annuale dell'Autorità di vigilanza;
 - ii. il rapporto annuale e il consuntivo dell'Autorità di vigilanza;
 - iii. il rapporto di attività quadriennale all'attenzione della CDGD;
- d. assume il direttore e il vicedirettore e approva l'assunzione dei restanti collaboratori dell'Ufficio.

² Il Consiglio di vigilanza esercita le competenze previste ai sensi della LGD e tutte le competenze necessarie ad assolvere i compiti stabiliti dalla presente convenzione e dal mandato di prestazione non assegnati a nessun altro organo.

³ Il Consiglio di vigilanza emana in particolar modo le autorizzazioni per gli organizzatori e per i giochi e decide sulle relative tasse.

⁴ Il Consiglio di vigilanza può delegare competenze all'Ufficio del Consiglio di vigilanza tramite il regolamento interno.

⁵ Il Consiglio di vigilanza può trasferire singoli compiti ai Cantoni e ai Comuni di reciproco accordo e sulla base di una remunerazione che copra i costi.

c) *L'Ufficio del Consiglio di vigilanza*

Art. 25 Ufficio del Consiglio di vigilanza e personale

¹ L'Ufficio del Consiglio di vigilanza è guidato da un direttore.

² Esercita la vigilanza diretta sul settore dei grandi giochi; in casi di portata maggiore la responsabilità della vigilanza può però essere direttamente assunta dal Consiglio di vigilanza.

³ Prepara i dossier di cui si occupa il Consiglio di vigilanza, li sottopone alla sua approvazione e attua le sue risoluzioni.

⁴ Presenta regolarmente dei resoconti al Consiglio di vigilanza, senza indugio nel caso di eventi particolari.

⁵ Intrattiene rapporti diretti con organizzatori di giochi in denaro, autorità e terzi, prende decisioni nei limiti delle sue competenze e sulla base del regolamento interno e riscuote tasse.

⁶ Verifica la conformità con il diritto federale delle autorizzazioni rilasciate dalle autorità cantonali e da queste trasmesse all'Autorità di vigilanza sulla base dell'articolo 32 capoverso 2 LGD.

⁷ Rappresenta l'Autorità di vigilanza di fronte ai tribunali federali, intercantonali e cantonali.

⁸ L'eventuale assunzione di personale è disciplinata dal diritto pubblico. Si applica per analogia il diritto in materia di personale federale. Se la situazione particolare e i compiti da adempiere lo esigono, il regolamento interno comprende disposizioni derogatorie.

d) *L'Ufficio di revisione*

Art. 26 Nomina, mandato e rendiconto

¹ Il Consiglio di vigilanza incarica della revisione un organo di revisione cantonale o un ufficio di revisione privato riconosciuto; l'incarico ha una durata di quattro anni e può essere rinnovato.

² L'Ufficio di revisione incaricato effettua, ai sensi dell'articolo 728a CO, una revisione ordinaria e presenta il suo rapporto al Consiglio di vigilanza.

SEZIONE 2: FINANZE E DIRITTO PROCEDURALE APPLICABILE

Art. 27 Riserve

¹ L'Autorità di vigilanza accantona riserve per un ammontare di tre milioni di franchi, attingendo ai proventi della tassa unica (art. 64).

² A partire dal quarto anno dall'entrata in vigore della presente convenzione le riserve dell'Autorità di vigilanza devono sempre corrispondere ad almeno il 50 e al massimo il 150 per cento della media dell'onere complessivo annuo registrato durante i tre anni precedenti.

Art. 28 Finanziamento

L'Autorità di vigilanza copre le sue spese mediante la riscossione di tasse ai sensi del capitolo 7 della presente convenzione e con i contributi dell'Ente intercantonale.

Art. 29 Presentazione dei conti

¹ I conti sono strutturati in modo da garantire che le tasse di cui al capitolo 7 siano calcolate correttamente.

² Per il resto si applicano per analogia le disposizioni del titolo trentesimosecondo della legge federale del 30 marzo 1911 di complemento del Codice civile svizzero (Codice delle obbligazioni, CO; RS 220).

Art. 30 Ripartizione del disavanzo o degli attivi in caso di scioglimento dell'Autorità di vigilanza

¹ Se l'Autorità di vigilanza è sciolta, il disavanzo o gli attivi sono ripartiti tra i Cantoni in proporzione alla loro popolazione residente.

² I Cantoni utilizzano eventuali attivi esclusivamente per finanziare la vigilanza del settore dei grandi giochi oppure a scopi di utilità pubblica.

Art. 31 Diritto procedurale

La procedura segue per analogia le disposizioni della legge federale del 20 dicembre 1968 sulla procedura amministrativa (PA; RS 172.021).

Capitolo 4: La Fondazione per la promozione dello sport in Svizzera (FPSS)

Art. 32 Istituzione e scopo

¹ I Cantoni impiegano una parte degli utili netti delle grandi lotterie e delle grandi scommesse sportive per promuovere lo sport nazionale.

² La Fondazione per la promozione dello sport in Svizzera (FPSS) è istituita come fondazione autonoma di diritto pubblico allo scopo di ripartire i mezzi finanziari di cui al capoverso 1.

³ La FPSS assegna contributi per la promozione dello sport nazionale nell'ambito delle disposizioni del diritto superiore, della presente convenzione e delle disposizioni della CDGD (regolamento interno e decisione della CDGD sulle priorità riguardo all'impiego dei mezzi).

⁴ Controlla l'uso conforme dei contributi da parte dei destinatari.

⁵ Può adempiere altri compiti sulla base del regolamento interno.

Art. 33 Patrimonio

¹ La CDGD stabilisce a scadenza quadriennale e sulla base della procedura definita dall'articolo 34 l'importo dell'utile netto da destinare annualmente alla FPSS.

² Il patrimonio accumulato grazie agli utili netti delle grandi lotterie e delle grandi scommesse sportive può essere impiegato esclusivamente per promuovere lo sport nazionale, in particolare lo sport agonistico giovanile, la formazione e il perfezionamento, l'informazione e l'amministrazione della FPSS.

³ In caso di scioglimento della FPSS il suo patrimonio viene ripartito tra i Cantoni in proporzione alla loro popolazione residente.

⁴ I Cantoni impiegano i mezzi finanziari di cui al capoverso 3 esclusivamente per promuovere lo sport cantonale.

Art. 34 Procedura per stabilire l'importo per la promozione dello sport nazionale

¹ Il Consiglio di fondazione della FPSS presenta la sua domanda almeno 12 mesi prima dello scadere del periodo di quattro anni.

² I membri della CDGD informano tempestivamente il Governo del Cantone che rappresentano in merito alla deliberazione prevista. Il Governo cantonale può attribuire al proprio delegato un mandato vincolato.

³ La decisione della CDGD è adottata quando la domanda è approvata sia dalla maggioranza dei votanti dei sei Cantoni della Svizzera romanda che dalla maggioranza dei votanti dei venti Cantoni della Svizzera tedesca e del Cantone Ticino.

⁴ I Cantoni si fanno carico dell'importo in proporzione del numero degli abitanti. Quest'ultimo viene stabilito sulla base dei dati più recenti dell'Ufficio federale di statistica al momento della deliberazione.

Art. 35 Organizzazione

¹ La FPSS dispone di un Consiglio di fondazione come organo superiore e di un Ufficio di revisione.

² Il Consiglio di fondazione è composto da cinque fino a sette membri; nell'attribuzione dei membri occorre garantire che le diverse regioni linguistiche siano rappresentate in maniera adeguata.

³ La presentazione dei conti avviene applicando per analogia le disposizioni del titolo trentesimosecondo CO.

⁴ Il Consiglio di fondazione sceglie come Ufficio di revisione un organo di revisione cantonale o un ufficio di revisione riconosciuto; l'incarico ha una durata di quattro anni e può essere rinnovato.

⁵ L'Ufficio di revisione esegue una revisione ordinaria ai sensi dell'articolo 728a CO e verifica in particolare se i mezzi sono stati impiegati conformemente alle disposizioni.

⁶ La CDGC decide la sede della fondazione e disciplina le questioni di dettaglio su richiesta della FPSS in un regolamento interno. Il regolamento deve segnatamente definire in maniera esaustiva i compiti della FPSS, l'organizzazione compresi la contabilità e il rendiconto, l'indipendenza dai destinatari nonché la procedura e i criteri per la distribuzione dei mezzi.

⁷ L'eventuale assunzione di personale è disciplinata dal diritto privato.

Art. 36 Rendiconto

¹ La FPSS sottopone ogni anno alla CDGD un rapporto per conoscenza, assieme al consuntivo verificato dall'Ufficio di revisione.

² Presenta ogni quattro anni un rendiconto alla CDGD.

Art. 37 Criteri e procedura per l'assegnazione dei mezzi

¹ La FPSS concede contributi:

- a. all'organizzazione mantello delle associazioni sportive nazionali (Swiss Olympic);
- b. ad associazioni sportive nazionali che come la federazione del calcio e quella dell'hockey su ghiaccio generano in maniera determinante il sostrato per le scommesse organizzate in Svizzera.

² La CDGD disciplina su richiesta della FPSS la procedura e i criteri per l'impiego dei mezzi nel regolamento interno della fondazione e decide ogni quattro anni le priorità per l'impiego dei mezzi sempre su richiesta della FPSS.

³ Non c'è nessun diritto ai contributi della FPSS.

Art. 38 Trasparenza

¹ La FPSS rende pubblici i nomi dei beneficiari e gli importi da loro percepiti in base al settore.

² La FPSS pubblica annualmente sul suo sito Internet le informazioni di cui al capoverso 1 e il suo consuntivo.

Capitolo 5: Disposizioni comuni

Art. 39 Inconciliabilità

¹ Nessuno può essere membro contemporaneamente di più organi istituiti mediante la presente convenzione.

² I membri degli organi istituiti con la presente convenzione non possono essere né membri di un organo né collaboratori di un'azienda attiva nel settore dei giochi in denaro o nella fabbricazione o nella commercializzazione relative allo stesso settore né possono essere coinvolti in una di queste aziende o esercitare un mandato per conto di una di esse.

Art. 40 Dichiarazione di legami di interesse

¹ I membri degli organi istituiti con la presente convenzione dichiarano i loro legami di interesse prima della loro nomina.

² Chi rifiuta di dichiarare i suoi legami di interesse non può essere eletto membro di un organo.

Art. 41 **Obbligo di ricusazione**

¹ Chi ha interessi personali diretti in un affare è soggetto all'obbligo di ricusazione durante il periodo della trattazione.

² È soggetto all'obbligo di ricusazione anche chi è in rapporti di parentela o affinità in linea diretta o laterale fino al terzo grado con una persona che ha interessi personali diretti in un affare oppure chi le è legato per matrimonio, unione domestica registrata oppure per comunione di vita di fatto o rappresenta questa persona dal punto di vista legale, statuario o contrattuale.

³ Le persone soggette all'obbligo di ricusazione devono dichiarare il loro legame di interesse spontaneamente.

⁴ Possono esprimersi prima di lasciare la sala.

Art. 42 **Obbligo di trasferire l'obbligo di ricusazione ai collaboratori**

Le organizzazioni istituite mediante la presente convenzione garantiscono che i collaboratori del settore dei giochi in denaro siano indipendenti e che in caso di conflitto di interesse ricusino.

Art. 43 **Vigilanza finanziaria**

Le organizzazioni istituite mediante la CGD non sono soggette alla vigilanza finanziaria dei Cantoni. La vigilanza finanziaria è di competenza esclusiva della CDGD.

Art. 44 **Responsabilità**

¹ Fatte salve le disposizioni seguenti, in materia di responsabilità si applica per analogia la legge del 14 marzo 1958 sulla responsabilità (Legge sulla responsabilità, LResp; RS 170.32).

² L'Autorità di vigilanza è responsabile per i danni che procura a terzi nell'esercizio della sua attività ufficiale unicamente se i suoi organi o i suoi collaboratori

- a. hanno leso doveri di ufficio fondamentali e
- b. i danni procurati non sono riconducibili a violazioni degli obblighi da parte di una persona sottoposta a vigilanza.

³ L'organizzazione emana una decisione circa le pretese nei suoi confronti avanzate da terzi.

⁴ La parte lesa non ha nessun diritto nei confronti di organi o di collaboratori.

⁵ Se l'organizzazione responsabile non è in grado di versare l'indennità richiesta, rispondono i Cantoni in maniera solidare.

⁶ I Cantoni si fanno carico di un eventuale danno proporzionalmente alla loro popolazione residente.

Art. 45 Protezione dei dati

¹ La protezione dei dati applica per analogia la legislazione federale sulla protezione dei dati (LPD; RS 235.1 e disposizioni di esecuzione).

² Le organizzazioni istituite con la presente convenzione designano nel loro regolamento interno un servizio indipendente per la vigilanza della protezione dei dati. I compiti del servizio sono definiti sulla base degli articoli 27, 30 e 31 LPD. Le restanti disposizioni della sezione 5 della LPD non possono invece essere applicate.

Art. 46 Consultazione degli atti

¹ Fatti salvi i seguenti capoversi la consultazione degli atti ufficiali applica per analogia la legislazione federale sul principio di trasparenza nell'amministrazione (RS 152.3 e disposizioni di esecuzione).

² Non viene concesso alcun accesso agli atti ufficiali che riguardano l'attività di approvazione e di vigilanza dell'Autorità di vigilanza.

³ Non possono essere applicate le disposizioni relative alla procedura di mediazione (art. 13-15 della legge sulla trasparenza; RS 152.3). L'autorità cui è fatta richiesta di consultare gli atti informa in merito alla proroga oppure alla sua decisione ed emana su richiesta una decisione formale.

⁴ La consultazione di atti relativi a procedure in corso è disciplinata sulla base del diritto procedurale applicabile.

Art. 47 Pubblicazioni

¹ L'Ente intercantonale, l'Autorità di vigilanza e la FPSS pubblicano i loro atti normativi e altre comunicazioni che devono essere rese pubbliche sui rispettivi siti Internet.

² Le pubblicazioni relative a procedure di aggiudicazione sono effettuate sulla piattaforma Internet per gli acquisti pubblici gestita in comune dalla Confederazione e dai Cantoni.

Art. 48 **Diritto applicabile**

Nella misura in cui la presente convenzione o i regolamenti emanati sulla sua base non prevedono alcun disciplinamento particolare, si applica per analogia il diritto federale.

Capitolo 6: Concessione di diritti esclusivi per l'organizzazione di grandi lotterie e di grandi scommesse sportive

Art. 49 **Organizzatori autorizzati di grandi lotterie e di grandi scommesse sportive**

¹ Sulla base dell'articolo 23 capoverso 1 LGD, il numero di organizzatori di grandi lotterie e di grandi scommesse è limitato a due.

² Sulla base dell'articolo 23 capoverso 2 LGD, sul territorio dei Cantoni della Svizzera tedesca e del Cantone Ticino può essere rilasciata, a condizione che siano soddisfatti i necessari requisiti, un'unica autorizzazione a organizzare grandi lotterie e grandi scommesse sportive. I Cantoni della Svizzera tedesca e il Canton Ticino designano l'organizzatore mediante una convenzione intercantonale con valore normativo.

³ Sulla base dell'articolo 23 capoverso 2 LGD, sul territorio dei Cantoni della Svizzera romanda può essere rilasciata, a condizione che siano soddisfatti i necessari requisiti, un'unica autorizzazione a organizzare grandi lotterie e grandi scommesse sportive. I Cantoni della Svizzera romanda designano l'organizzatore mediante una convenzione intercantonale con valore normativo.

Art. 50 **Tassa per la concessione di diritti esclusivi a organizzare giochi in denaro**

Quale controprestazione per la concessione di diritti esclusivi a organizzare giochi in denaro di cui all'articolo 49 i detentori dell'autorizzazione a organizzare grandi giochi versano all'Ente intercantonale una tassa unica e una tassa annuale sulla scorta di quanto previsto dagli articoli 65 – 68.

Capitolo 7: Tasse

SEZIONE 1: DISPOSIZIONI GENERALI

Art. 51 Onere complessivo determinante

L'onere complessivo da finanziare con la riscossione di tasse nel quadro delle seguenti disposizioni comprende:

- a. l'onere dell'Ente intercantonale, compreso il Tribunale intercantonale;
- b. l'onere dell'Autorità di vigilanza;
- c. la quota a carico dei Cantoni dell'onere dell'organo di coordinamento ai sensi dell'articolo 114 LGD.

Art. 52 Finanziamento

¹ La copertura dell'onere complessivo di cui all'articolo 51 viene garantita innanzitutto riscuotendo:

- a. emolumenti per decisioni e prestazioni dell'Autorità di vigilanza che riguardano il singolo caso (art. 54 segg.);
- b. emolumenti per le procedure di fronte al Tribunale intercantonale che riguardano il singolo caso (art. 59).

² Per finanziare la parte dell'onere complessivo non coperta dagli emolumenti di cui al capoverso 1 lettere a e b ma per la quale esiste uno stretto legame di imputazione, l'Autorità di vigilanza riscuote annualmente dagli organizzatori di grandi giochi una tassa per ogni territorio soggetto al suo controllo (art. 60 segg.).

³ La parte dei costi complessivi non imputabile agli organizzatori di grandi giochi viene finanziata mediante la quota destinata alla vigilanza dei proventi della tassa periodica per l'ottenimento di diritti esclusivi per l'organizzazione di giochi in denaro.

Art. 53 Regolamento sugli emolumenti dell'Autorità di vigilanza

¹ L'Autorità di vigilanza disciplina i dettagli che riguardano le tasse pubblicando un regolamento sugli emolumenti.

² L'Autorità di vigilanza disciplina in particolare la delimitazione tra la parte imputabile e la parte non imputabile dell'onere complessivo (art. 52 cpv. 2 e 3).

³ Per i casi non contemplati dalla presente convenzione né dal regolamento sugli emolumenti dell'Autorità di vigilanza si applicano per analogia le disposizioni dell'ordinanza generale dell'8 settembre 2004 sugli emolumenti (OgeEm; RS 172.041.1).

SEZIONE 2: EMOLUMENTI PER ATTI SINGOLI DELL'AUTORITÀ DI VIGILANZA

Art. 54 Assoggettamento

¹ Chi è all'origine di una decisione dell'Autorità di vigilanza o le richiede una prestazione deve pagare un emolumento.

² L'Autorità di vigilanza può riscuotere in casi singoli un emolumento per procedure che causano considerevoli costi di controllo pur non sfociando in una decisione, se la procedura è stata occasionata da chi è soggetto agli emolumenti.

Art. 55 Calcolo

¹ Gli emolumenti sono calcolati in base al tempo effettivamente impiegato, alle conoscenze tecniche richieste e alle classi di funzione e alle qualifiche del personale impiegato.

² L'ammontare dell'emolumento si situa tra i 100 e i 350 franchi l'ora.

³ L'Autorità di vigilanza stabilisce i coefficienti per le singole classi di funzione nel regolamento sugli emolumenti.

⁴ L'Autorità di vigilanza può stabilire tariffe quadro forfettarie per procedure standard.

Art. 56 Supplementi

Conformemente agli articoli 52 e 53, l'Autorità di vigilanza può riscuotere supplementi fino al 50 per cento per prestazioni o decisioni:

- a. fornite o emanate in maniera urgente a seguito di una richiesta in tal senso; oppure
- b. che devono essere fornite o emanate al di fuori del normale tempo di lavoro.

Art. 57 **Esborsi**

¹ Gli esborsi sono dovuti in aggiunta agli emolumenti.

² Sono ritenuti esborsi i costi supplementari generati da una singola decisione o prestazione, segnatamente:

- a. i costi legati alla consultazione di esperti;
- b. i costi di viaggio e di trasporto;
- c. i costi per il vitto e l'alloggio;
- d. i costi per la riproduzione di documenti, il porto et la comunicazione.

Art. 58 **Pagamenti anticipati**

L'Autorità di vigilanza può esigere un pagamento anticipato degli emolumenti, compresi gli esborsi, fino al loro ammontare previsto.

SEZIONE 3: EMOLUMENTI DEL TRIBUNALE INTERCANTONALE

Art. 59 **Emolumenti**

Gli emolumenti per la procedura di fronte al Tribunale intercantonale seguono per analogia la legislazione sul Tribunale amministrativo federale.

SEZIONE 4: TASSA DI VIGILANZA

Art. 60 **Assoggettamento**

L'Autorità di vigilanza riscuote una tassa di vigilanza annuale presso i titolari di un'autorizzazione a organizzare grandi giochi (art. 21 LGD).

Art. 61 **Calcolo**

¹ Il Consiglio di vigilanza stabilisce annualmente l'ammontare della tassa di vigilanza sulla base del preventivo dell'Autorità di vigilanza.

² L'ammontare della tassa è stabilito in modo che i proventi coprano la parte dell'onere complessivo non finanziata mediante gli emolumenti per atti singoli ma imputabile agli organizzatori di grandi giochi e siano inoltre rispettate le direttive sulla formazione di riserve (art. 27 cpv. 2).

³ L'onere finanziato annualmente con i proventi della tassa di vigilanza non deve superare il 70 per cento dei costi complessivi annui (art. 51).

⁴ Gli organizzatori si fanno carico della tassa di vigilanza in proporzione al prodotto lordo dei giochi.

⁵ Il prodotto lordo dei giochi corrisponde alla differenza tra le poste giocate e le vincite versate ai giocatori.

Art. 62 Inizio e fine dell'assoggettamento

¹ L'assoggettamento inizia con il conferimento dell'autorizzazione a organizzare grandi giochi e finisce con la sua revoca oppure con l'esclusione dalla vigilanza.

² Se l'inizio o la fine dell'assoggettamento non coincidono con l'anno contabile, la tassa è dovuta pro rata temporis.

Art. 63 Riscossione

¹ L'Autorità di vigilanza chiede il pagamento anticipato della tassa calcolandola sulla base del preventivo annuale dell'organizzatore soggetto.

² Nel primo semestre dell'anno successivo l'Autorità di vigilanza elabora il conteggio finale sulla base del consuntivo e del prodotto lordo definitivo degli organizzatori soggetti. Le differenze tra il pagamento anticipato e la tassa effettivamente dovuta sono riportate sull'anticipo dell'anno successivo.

³ È fissato un termine di pagamento di 30 giorni.

⁴ Se il conteggio della tassa è contestato, l'organizzatore può chiedere all'Autorità di vigilanza di emanare una decisione soggetta a ricorso.

⁵ Con la notifica della decisione l'intera tassa di vigilanza diventa esigibile.

SEZIONE 5: TASSA PER LA CONCESSIONE DI DIRITTI ESCLUSIVI A ORGANIZZARE GIOCHI IN DENARO

Art. 64 Tassa unica

¹ La tassa unica di cui all'articolo 50 ammonta complessivamente a tre milioni di franchi.

² La tassa viene corrisposta ai detentori dei diritti esclusivi di organizzare giochi in denaro in proporzione al prodotto lordo dei giochi da loro realizzato il primo anno dopo l'entrata in vigore della presente convenzione.

³ L'Ente intercantonale utilizza i proventi della tassa unica per dotare di capitale l'Autorità di vigilanza (art. 27 cpv. 1).

Art. 65 Tassa periodica

La tassa annuale di cui all'articolo 50 si compone di una parte destinata alla prevenzione e di una parte destinata alla vigilanza.

Art. 66 Parte destinata alla prevenzione

¹ La parte destinata alla prevenzione ammonta allo 0,5 per cento del prodotto lordo dei giochi realizzato annualmente con le lotterie e le scommesse sportive.

² I proventi della parte destinata alla prevenzione sono utilizzati esclusivamente per misure ai sensi dell'articolo 83 LGD.

³ I proventi sono soggetti alla destinazione vincolata di cui al capoverso 2 e suddivisi tra i Cantoni in base al prodotto lordo dei giochi realizzato in ognuno di essi.

⁴ La CDGD emana raccomandazioni sull'impiego della tassa.

Art. 67 Parte destinata alla vigilanza

¹ La CDGD stabilisce annualmente l'ammontare della parte destinata alla vigilanza a norma dell'articolo 52 capoverso 3.

² L'Ente intercantonale utilizza i proventi di questa tassa per coprire i suoi costi e per versare il suo contributo all'Autorità di vigilanza, come previsto dall'articolo 28.

Art. 68 Riscossione

¹ La tassa è riscossa dall'Autorità di vigilanza che la fattura a nome dell'Ente intercantonale.

² Si applica per analogia l'articolo 61. La decisione è eventualmente emanata dall'Autorità di vigilanza.

Capitolo 8: Disposizioni finali

Art. 69 Entrata in vigore

¹ La presente convenzione entra in vigore non appena almeno 18 Cantoni hanno notificato la loro adesione.

² L'adesione deve essere notificata alla Conferenza dei direttori cantonali competenti in materia di lotterie. La Conferenza comunica l'entrata in vigore della presente convenzione ai Cantoni e alla Confederazione.

³ L'entrata in vigore della presente convenzione abroga la convenzione intercantonale del 7 gennaio 2005 sulla sorveglianza, l'autorizzazione e la ripartizione dei proventi delle lotterie e delle scommesse gestite sul piano intercantonale o su tutto il territorio della Confederazione (CILS), adottata dalla Conferenza dei direttori cantonali competenti in materia di lotterie in vista della ratifica da parte dei Cantoni.

⁴ Le disposizioni di esecuzione emanate sulla base della CILS sono abrogate al momento dell'entrata in vigore della presente convenzione.

Art. 70 Validità e disdetta

¹ La presente convenzione ha durata illimitata.

² La presente convenzione può essere disdetta con un preavviso di due anni mediante comunicazione scritta all'Ente intercantonale per la fine di ogni anno, ma al più presto entro il decimo anno dalla sua entrata in vigore.

³ La presente convenzione cessa di esistere se si scende sotto la soglia minima di 18 Cantoni.

Art. 71 Modifica della convenzione

¹ Su proposta di un Cantone o dell'Autorità di vigilanza, la CDGD decide se procedere a una revisione parziale o totale della presente convenzione.

² Una modifica della presente convenzione entra in vigore con la sua ratifica da parte di tutti i Cantoni che vi aderiscono.

³ Mediante risoluzione unanime e procedura semplificata, la CDGD può introdurre adeguamenti di rilevanza minore. L'Ente intercantonale comunica ai Cantoni in anticipo il tenore della risoluzione che la CDGD intende adottare.

Art. 72 Rapporto con le convenzioni regionali

La presente convenzione è poziore rispetto alle disposizioni contrarie dell'IKV¹ e della C-LoRo², e delle convenzioni che a queste succederanno.

Art. 73 Disposizioni transitorie

¹ Al momento dell'entrata in vigore della presente convenzione l'Ente intercantonale sostituisce la Conferenza dei direttori cantonali competenti in materia di lotterie di cui all'articolo 3 lettera a CILS.

² Al momento dell'entrata in vigore della presente convenzione il Consiglio di vigilanza sostituisce la Commissione intercantonale delle lotterie e delle scommesse (COMLOT) di cui all'articolo 3 lettera b CILS. I membri in carica della COMLOT possono porre fine al loro mandato e diventare membri del Consiglio di vigilanza. La durata complessiva delle cariche esercitate integralmente sotto il regime della CILS è considerata per il calcolo della durata massima di un mandato.

³ Tutti i diritti e i doveri definiti dalla CILS sono trasferiti all'Autorità di vigilanza, fatti salvi i capoversi che seguono.

⁴ L'Autorità di vigilanza rileva tutte le procedure della COMLOT pendenti al momento dell'entrata in vigore della presente convenzione.

⁵ Al momento dell'entrata in vigore della presente convenzione il Tribunale intercantonale sostituisce la Commissione di ricorso di cui all'articolo 3 lettera c CILS. I giudici in carica e i giudici supplenti della Commissione di ricorso possono porre fine al loro mandato e assumere le stesse funzioni in seno al Tribunale intercantonale. La durata complessiva delle cariche esercitate integralmente sotto il regime della CILS è considerata per il calcolo della durata massima di un mandato.

⁶ Il Tribunale intercantonale rileva tutte le procedure della Commissione di ricorso pendenti al momento dell'entrata in vigore della presente convenzione.

¹ Accordo intercantonale del 26 maggio 1937 concernente l'organizzazione in comune di lotterie, cui hanno aderito i Cantoni della Svizzera tedesca e il Cantone Ticino.

² 9ème Convention du 18 novembre 2005 relative à la Loterie Romande, cui hanno aderito i Cantoni della Svizzera romanda.

⁷ Per le procedure pendenti al momento dell'entrata in vigore della presente convenzione si applica il diritto procedurale previgente fino alla loro chiusura di fronte all'istanza competente. Per i rimedi giuridici si applica il diritto in vigore al momento della notifica della decisione. Le domande di autorizzazione in virtù della LGD sono giudicate sulla base del nuovo diritto procedurale.

⁸ Per una durata di cinque anni dall'entrata in vigore della presente convenzione l'Autorità di vigilanza ha la facoltà di riscuotere presso i titolari di autorizzazioni concesse prima dell'adozione della presente convenzione anticipi e tasse sulla base del diritto previgente.

⁹ L'importo destinato alla promozione dello sport nazionale ai sensi dell'articolo 34 verrà stabilito per la prima volta nel 2022 per il periodo 2023 – 2026. Fino alla fine del 2022 i Cantoni potranno continuare a utilizzare per la promozione dello sport nazionale una parte degli utili netti prima della loro distribuzione nei fondi cantonali.

¹⁰ L'ultima tassa di vigilanza riscossa presso gli organizzatori sulla base dell'articolo 21 CILS vale come anticipo ai sensi dell'articolo 58.

Adottata dall'Assemblea plenaria della Conferenza dei direttori cantonali competenti in materia di lotterie in vista della ratifica da parte dei Cantoni il 20 maggio 2019.

Per la Conferenza dei direttori cantonali competenti in materia di lotterie



Dr. Andrea Bettiga, Landamano

Presidente della FDKL

Geltendes Recht

Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht, die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten

vom 24. April 2006 ¹⁾

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden

gestützt auf Art. 32 Abs. 2 der Kantonsverfassung ²⁾,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 10. Januar 2006 ³⁾

beschliesst:

1. Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht, die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten vom 7. Januar 2005 ⁴⁾ bei.
2. Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht, die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten zu erklären. ⁵⁾
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum ⁶⁾.

¹⁾ GRP 2005/2006, 1100

²⁾ BR 110.100

³⁾ Seite 1533

⁴⁾ BR 935.470

⁵⁾ Die Regierung hat mit RB vom 22. August 2006 den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung erklärt.

⁶⁾ Die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 ungenutzt abgelaufen.

Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten

Von der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz am 7. Januar 2005 zur Ratifizierung in den Kantonen verabschiedet

Die Kantone,

gestützt auf die Art. 15, 16 und 34 des BG betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923¹⁾, vereinbaren:

I. Allgemeine Bestimmungen

GEGENSTAND UND ZWECK

Art. 1

Diese Vereinbarung regelt die Aufsicht sowie die Bewilligung und die Ertragsverwendung von interkantonalen oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten, die der Interkantonalen Vereinbarung betreffen die gemeinsame Durchführung von Lotterien vom 26. Mai 1937²⁾ oder der Convention relative à Loterie de la Suisse Romande vom 6. Februar 1985 unterstehen. Gegenstand

Art. 2

Diese Vereinbarung bezweckt die einheitliche und koordinierte Anwendung des Lotterierechts, den Schutz der Bevölkerung vor sozialschädlichen Auswirkungen der Lotterien und Wetten sowie die transparente Verwendung der Lotterie- und Wetterträge auf dem Gebiet der angeschlossenen Kantone. Zweck

¹⁾ SR 935.51

²⁾ Art. 8 IKV

II. Organisation

Art. 3

Organe

Organe dieser Vereinbarung sind:

- a) Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegelgesetz;
- b) Lotterie- und Wettkommission;
- c) Rekurskommission.

1. FACHDIREKTORENKONFERENZ

Art. 4

Zuständigkeit

Die Fachdirektorenkonferenz ist oberstes Vereinbarungsorgan. Sie setzt sich zusammen aus je einem Regierungsvertreter jedes Kantons.

Sie nimmt folgende Aufgaben wahr.

- a) sie ist Depositärin der Vereinbarung;
- b) sie wählt auf Vorschlag der Kantone die Lotterie- und Wettkommission und bezeichnet deren Präsidentin oder Präsidenten;
- c) sie wählt auf Vorschlag der Kantone die Rekurskommission und bezeichnet deren Präsidentin oder Präsidenten;
- d) sie genehmigt das Geschäftsreglement der Lotterie- und Wettkommission sowie der Rekurskommission;
- e) sie genehmigt das Budget sowie den Geschäftsbericht und die von einer unabhängigen Revisionsstelle geprüfte Jahresrechnung der Lotterie- und Wettkommission;
- f) sie genehmigt das Budget sowie den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der Rekurskommission;
- g) sie genehmigt Leistungsverträge gemäss Art. 6 Abs. 3.

2. LOTTERIE- UND WETTKOMMISSION

Art. 5

Zusammensetzung

Die Kommission besteht aus fünf Mitgliedern, wovon je zwei Mitglieder aus der welschen und deutschen Schweiz sowie ein Mitglied aus der italienischsprachigen Schweiz stammen. Die Wahl erfolgt für eine Amtsdauer von 4 Jahren, Wiederwahl ist möglich.

Die Kommissionsmitglieder dürfen weder Mitglied eines Organs noch Angestellte von Lotterie- oder Wettunternehmen, Spielbanken, Fabrikations- und Handelsbetrieben der Spielbedarfsbranche oder von diesen nahe stehenden Unternehmen und Körperschaften sein.

Art. 6

Die Kommission erlässt ein Geschäftsreglement, das von der Fachdirektorenkonferenz zu genehmigen ist. Darin regelt sie insbesondere die Einzelheiten ihrer Organisation, der Zuständigkeiten des Präsidiums und der Entschädigungen. Organisation

Die Kommission unterbreitet der Fachdirektorenkonferenz jährlich einen Geschäftsbericht mit revidierter Jahresrechnung und einen Budgetentwurf zur Genehmigung.

Der Kommission steht ein ständiges Sekretariat zur Seite. Sie kann dazu mit Dritten Leistungsverträge abschliessen.

Art. 7

Die Kommission ist Zulassungs- und Aufsichtsbehörde für Lotterien und Wetten gemäss dieser Vereinbarung. Zuständigkeit

Der Kommission stehen im Übrigen alle Befugnisse zu, die nicht einem anderen Organ zugewiesen sind.

3. REKURSKOMMISSION**Art. 8**

Die Rekurskommission besteht aus fünf Mitgliedern, wovon je zwei Mitglieder aus der welschen und deutschen Schweiz sowie ein Mitglied aus der italienischsprachigen Schweiz stammen. Die Wahl erfolgt für eine Amtsdauer von 4 Jahren, Wiederwahl ist möglich. Zusammensetzung

Die Kommissionsmitglieder dürfen weder Mitglied eines Organs noch Angestellte von Lotterie- oder Wettunternehmen, Spielbanken, Fabrikations- und Handelsbetrieben der Spielbedarfsbranche oder von diesen nahe stehenden Unternehmen und Körperschaften sein.

Art. 9

Die Rekurskommission erlässt ein Geschäftsreglement, das von der Fachdirektorenkonferenz zu genehmigen ist. Darin regelt sie insbesondere die Einzelheiten ihrer Organisation, der Zuständigkeiten des Präsidiums und der Entschädigungen. Organisation

Die Rekurskommission unterbreitet der Fachdirektorenkonferenz jährlich einen Geschäftsbericht mit Jahresrechnung und einen Budgetentwurf zur Genehmigung.

Art. 10

Die Rekurskommission ist letztinstanzliche interkantonale richterliche Behörde. Zuständigkeit

4. ANWENDBARES RECHT

Art. 11

Allgemein Wo diese Vereinbarung keine Bestimmungen enthält und weder die einzelnen Vereinbarungsmitglieder noch die Lotterie- und Wettkommission zur Regelung zuständig sind, gilt Bundesrecht analog.

Art. 12

Publikationen Publikationen der Vereinbarungsorgane erfolgen in allen offiziellen Publikationsorganen der von der Mitteilung betroffenen Kantone.

Art. 13

Verfahrensrecht Soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt, richtet sich das Verfahren für Verfügungen und andere Entscheide der Vereinbarungsorgane nach dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (VwVG)¹⁾

III. Bewilligung und Aufsicht von interkantonaler oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten

1. BEWILLIGUNGEN

Art. 14

Zulassungsbewilligung Lotterien und Wetten gemäss dieser Vereinbarung bedürfen einer Zulassungsbewilligung der Lotterie- und Wettkommission.

Die Kommission

- a) prüft die Gesuche und führt das Gesuchsverfahren durch,
- b) erlässt die Zulassungsverfügung und stellt sie vor Eröffnung den Kantonen zu.

Art. 15

Durchführungsbewilligung Die Kantone entscheiden innert 30 Tagen nach Zustellung der Zulassungsverfügung über die Durchführung auf ihrem Gebiet und stellen ihre Durchführungsbewilligungen der Kommission zu.

Mit der Durchführungsbewilligung können die Kantone keine von der Zulassungsverfügung abweichenden spieltechnischen Bedingungen und Auflagen verfügen. Zulässig sind nur zusätzliche Bedingungen und Auflagen, welche die von der Kommission verfügten Massnahmen zur Prävention verschärfen.

¹⁾ SR 172.021

Art. 16

Die Kommission eröffnet der Gesuchstellerin die Zulassungsverfügung und Durchführungsbewilligungen derjenigen Kantone, in denen die Lotterie oder Wette durchgeführt werden darf. Eröffnung der Bewilligung

2. SPIELSUCHT UND WERBUNG**Art. 17**

Die Kommission prüft vor Erteilung der Bewilligung das Suchtpotenzial der Lotterie oder Wette und trifft die erforderlichen Massnahmen insbesondere im Interesse der Spielsuchtprävention und des Jugendschutzes. Massnahmen zur Prävention von Spielsucht

Die Kommission kann die Lotterie- und Wettunternehmen verpflichten, überall wo ihre Lotterien oder Wetten angeboten werden, Informationen über die Spielsucht, deren Prävention und Behandlungsmöglichkeiten zugänglich zu machen. Wo dies nicht zumutbar ist, können die Lotterie- und Wettunternehmen verpflichtet werden anzugeben, wo diese Informationen angefordert werden können.

Art. 18

Die Lotterie- und Wettunternehmen leisten den Kantonen eine Abgabe von 0,5 Prozent der in ihren Kantonsgebieten mit den einzelnen Spielen erzielten Bruttospielerträgen. Spielsuchtabgabe

Die Kantone sind verpflichtet, die Abgaben zur Prävention und Spielsuchtbekämpfung einzusetzen. Sie können dabei zusammenarbeiten.

Art. 19

Für Lotterien und Wetten darf nicht in aufdringlicher Weise geworben werden. In der Werbung muss die Veranstalterin klar ersichtlich sein. Werbung

3. AUFSICHT**Art. 20**

Die Kommission überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Bewilligungsvoraussetzungen. Stellt sie Verstösse fest, trifft sie die erforderlichen Massnahmen.

Die Kommission kann die Ausübung von Aufsichtsaufgaben an die Kantone delegieren.

Die Kommission entzieht die Bewilligung, wenn die Voraussetzungen für deren Erteilung nicht mehr erfüllt sind.

4. GEBÜHREN

Art. 21

Die Kommission Die Kommission erhebt für ihre Tätigkeit kostendeckende Gebühren.

Die Gebühren bestehen aus:

- a) einer jährlichen Aufsichtsgebühr;
- b) Gebühren für Verfügungen und Dienstleistungen.

Die jährliche Aufsichtsgebühr wird im Verhältnis des im entsprechenden Jahr erzielten Bruttospielertrags den Lotterie- und Wettveranstalterinnen auferlegt.

Die Gebühren für Verfügungen und Dienstleistungen richten sich nach dem Aufwand.

Art. 22

Die Kantone Die Kantone erheben für ihre Tätigkeiten kostendeckende Gebühren für

- a) den Erlass der Durchführungsbewilligung,
- b) die Ausübung der Aufsichtsaufgaben nach Art. 20 Abs. 2.

5. RECHTSSCHUTZ

Art. 23

Gegen Verfügungen und Entscheide der Vereinbarungsorgane, die gestützt auf diese Vereinbarung oder auf deren Folgeerlasse getroffen werden, kann bei der Rekurskommission Beschwerde erhoben werden.

Das Verfahren vor der Rekurskommission richtet sich nach dem Verwaltungsgerichtsgesetz des Bundes (VVG)¹⁾, soweit diese Vereinbarung nichts anderes bestimmt. Bis In-Kraft-Treten des VVG sind die Bestimmungen des VwVG²⁾ analog anwendbar.

Die Verfahrenskosten der Rekurskommission sind in der Regel so festzulegen, dass sie die Kosten decken. Ungedeckte Kosten der Rekurskommission werden durch die Lotterie- und Wettkommission getragen.

IV. Lotterie- und Wettfonds und Verteilung der Mittel

Art. 24

Lotterie- und Wettfonds

Jeder Kanton errichtet einen Lotterie- und Wettfonds. Die Kantone können separate Sportfonds führen.

¹⁾ Verwaltungsgerichtsgesetz, noch nicht in Kraft. Gemäss Planung nicht vor 2006

²⁾ SR 172.021

Die Lotterieveranstalterinnen liefern ihre Reinerträge in die Fonds jener Kantone, in denen die Lotterien und die Wetten durchgeführt worden sind. Die Kantone können einen Teil der Reinerträge vor der Verteilung in die kantonalen Fonds für nationale gemeinnützige oder wohltätige Zwecke verwenden.

Art. 25

Die Kantone bezeichnen die für die Verteilung der Mittel aus den Fonds zuständige Instanz. Verteilinstanz

Art. 26

Die Kantone bestimmen die Kriterien, die die Verteilinstanz für die Unterstützung gemeinnütziger und wohltätiger Projekte anwenden muss. Verteilkriterien

Art. 27

Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Ausrichtung von Beiträgen aus den Fonds. Entscheide

Art. 28

Die für die Verteilung zuständige Instanz veröffentlicht jährlich einen Bericht mit folgenden Angaben: Bericht

- a) den Namen der aus den Fonds Begünstigten;
- b) der Art der unterstützten Projekte;
- c) der Rechnung der Fonds.

V. Schlussbestimmungen**Art. 29**

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald alle Kantone ihren Beitritt erklärt haben. Inkrafttreten

Der Beitritt ist gegenüber der Fachdirektorenkonferenz zu erklären. Sie teilt das Inkrafttreten den Kantonen sowie dem Bund mit.

Art. 30

Die Vereinbarung gilt unbefristet.

Sie kann mit einer Frist von zwei Jahren auf das Ende einer Amtsdauer durch Mitteilung an die Fachdirektorenkonferenz gekündigt werden, frühestens auf das Ende des 10. Jahres seit Inkrafttreten. Geltungsdauer, Kündigung

Die Kündigung eines Kantons beendet die Vereinbarung.

Art. 31

Änderung der Vereinbarung

Auf Antrag eines Kantons oder der Lotterie- und Wettkommission leitet die Fachdirektorenkonferenz umgehend eine Teil- oder Totalrevision der Vereinbarung ein.

Die Änderung tritt in Kraft, sobald ihr alle Kantone zugestimmt haben.

Art. 32

Übergangsbestimmungen

Zulassungsbewilligungen von interkantonalen oder gesamtschweizerischen Lotterien und Wetten sowie Beschlüsse über die Ertragsverwendung, die vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung ausgesprochen wurden, bleiben von dieser Vereinbarung unberührt.

Durchführungsbewilligungen für nach bisherigem Recht bewilligte Lotterien und Wetten in Kantonen, in denen sie noch nicht durchgeführt worden sind, richten sich nach dieser Vereinbarung. Gesuche um Erteilung von Durchführungsbewilligungen sind bei der Lotterie- und Wettkommission einzureichen.

Die übrigen Bestimmungen dieser Vereinbarung, insbesondere über die Spielsuchtabgabe, Werbung, Aufsicht und Gebühren, finden auch für bestehende Zulassungs- und Durchführungsbewilligungen mit Inkrafttreten der Vereinbarung Anwendung.

Neue Gesuche und Anträge sowie solche über Verlängerungen oder Erneuerungen bestehender Bewilligungen und Beschlüsse, die nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung eingereicht werden, richten sich ausschliesslich nach dieser Vereinbarung.

Art. 33

Verhältnis zu bestehenden interkantonalen Vereinbarungen

Die Anwendung von dieser Vereinbarung widersprechenden Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien vom 26. Mai 1937 sowie der Convention relative à Loterie de la Suisse Romande vom 6. Februar 1985 wird ausgesetzt, solange diese Vereinbarung in Kraft ist.